

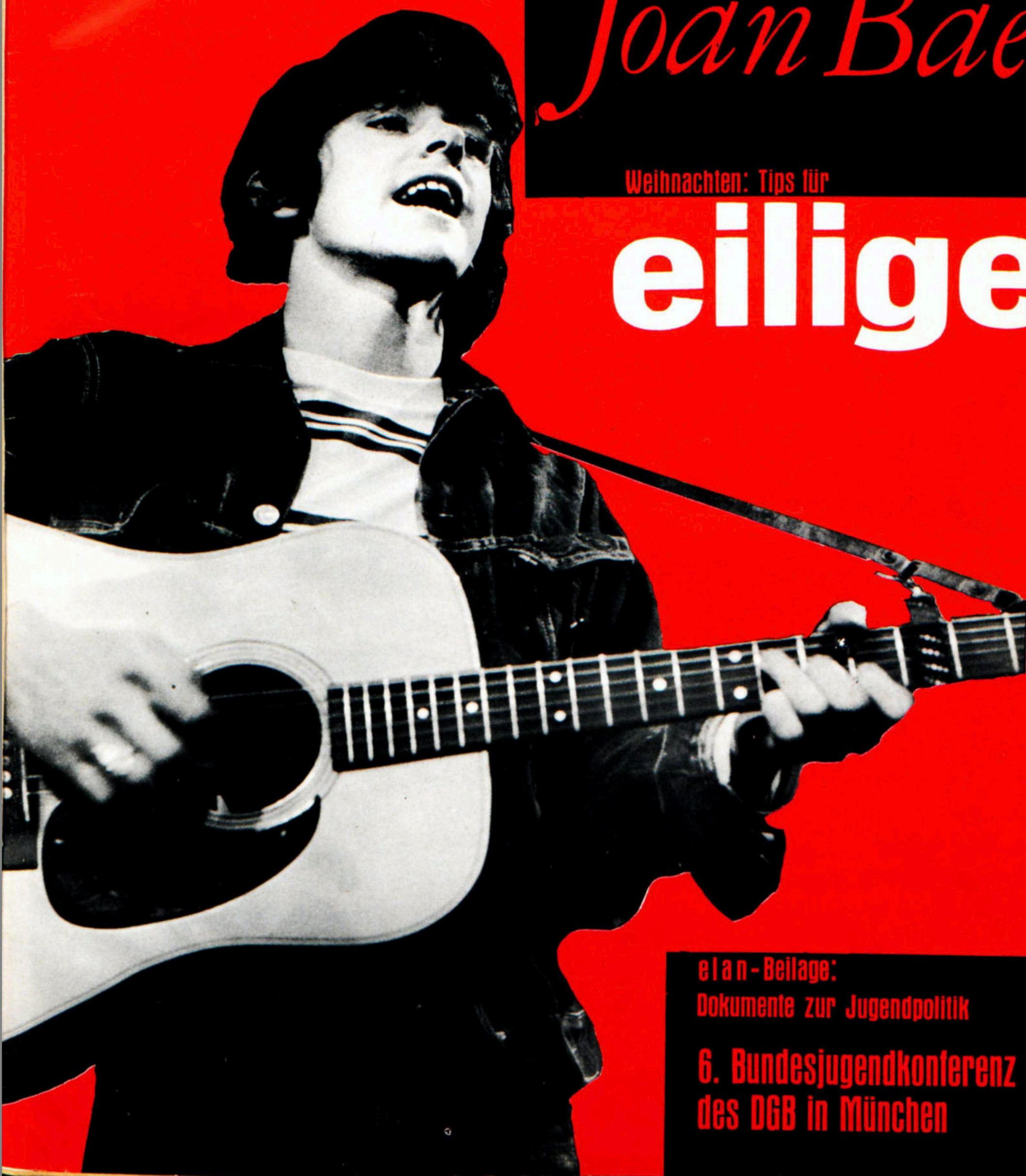
elan

Schwarzer Engel gegen Johnson:

Joan Baez

Weihnachten: Tips für

eilige



elan-Beilage:
Dokumente zur Jugendpolitik

6. Bundesjugendkonferenz
des DGB in München

Weihnachten 1965

In diesen Tagen, liebe Freunde, in denen ich diese Zeilen schreibe, ist in allen Gegenden Europas der erste Schnee gefallen und in diesen Tagen, in denen wir nach Laubsäge und Sperrholz greifen, ein nettes Geschenk für unsere Lieben zu basteln, werden wir daran erinnert, daß wieder eine Weihnacht vor der Tür steht. „Das Fest des Friedens“, wie es im allgemeinen die Menschheit so schön nennt. In diesen Tagen wird uns dabei in Erinnerung gebracht, daß in dieser haßerfüllten und kriegerischen Welt das kleine Wörtchen „Friede“ noch vorhanden ist und sei es auch nur in Form eines Lippenbekenntnisses. Das geschieht durch Staatsmänner und jene, die da vorgaben, das Ohr an der Stimme des Volkes zu haben. Sie alle entdecken nun plötzlich, wie jedes Jahr um diese Zeit, erneut ihr Herz für jenes göttliche Kind, dessen Geburtstag wir feiern, das auf die Erde gekommen ist, der Menschheit den wahren Frieden zu bringen und das ihr, dieser Menschheit, die Worte zurief: „Liebet Eure Feinde, tuet Gutes denen, die Euch hassen!“

Es ist eine seltsame Verehrung, die man angesichts solcher Ermahnung auf der einen und eines blutigen und grausamen Krieges wie in Vietnam auf der anderen Seite, von seiten der Regierenden und der öffentlichen Meinungsmacher in dieser Welt wie alljährlich, so auch in diesen Tagen und Wochen, dem göttlichen Kind entgegenbringt. Man hört wohl auf die Stimmen seiner Nachfolger, auf die eines Johannes XXIII., der da schrieb: „Christus möge den Sinn der Regierenden erleuchten, daß sie mit gedeihlichem Wohlstand ihren Bürgern auch das schöne Geschenk des Friedens sichern.“ Und man horcht auf, wenn ein Paul VI. vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen in New York ausruft: „Niemals mehr Krieg, niemals mehr Krieg! Der Friede, der Friede muß das Geschick der Völker und der ganzen Menschheit leiten!“, — allein, der Wille, dem von Sorge um die Menschheit geprägten Ruf dieser Großen zu folgen, ist nirgendwo am Horizont erkennbar.

Schlägt man hier die Hand, die der Gegner zum Frieden reichen will, gleich zweimal zurück, reist man dort in der Weltgeschichte umher, um zu sondieren, auf welchem Wege man am ehesten den Finger an den Abzugshahn der Atombombe bekommt. Und dies alles geschieht unter dem Deckmantel des Christentums, unter dem man sich verbirgt, um die eigene Ohnmacht gegenüber den gewaltigen friedlichen Aufgaben die die Zeit und die Menschheit stellt und mit denen die Herrschenden nicht fertig werden, zuzudecken.

Eine sehr fragwürdige Nachfolge Christi, die sich uns hier in diesen Tagen und Wochen, liebe Freunde, offenbart.

Es wird in diesen Tagen der Weihnacht, in denen in Vietnam die Feuer einer grausamen Hölle lodern und im eigenen Lande ein durch eine Fehlpolitik sich „christlich“ nennender Parteien ausgebrütetes und haßerfülltes Nattergezucht zu Tage tritt, an uns liegen, zu überlegen, wie wir in Zukunft, und zwar in noch viel stärkerem Ausmaß, als es bisher geschehen ist, mithelfen können an dem, was die Staatsmänner nicht vermögen; an Aufbau einer friedlicheren und schöneren Welt.

Ich wünsche Ihnen, meine Freunde, zugleich im Namen des Weltkreis-Verlages, des Herausgebergremiums und der Redaktion des e l a n eine schöne Weihnacht und für das anhebende neue Jahr 1966 eine friedvollere und schönere Welt.

Ihr

Werner Weismantel

Was hast Du von der Mitbestimmung? — So lautete unsere Frage im letzten e l a n. Die ersten Antworten sind da. Für diejenigen, die mitdiskutieren wollen, hier noch einmal die Fragen:

1. Liegt die Mitbestimmung im Interesse der Demokratie und der sozialen Sicherheit?
2. Welche Vorteile hast Du von der Mitbestimmung?
3. Was sagst Du zu den Angriffen der Unternehmer auf die Gewerkschaften?

Mitbestimmung

In der Präambel zum Grundgesetzprogramm des DGB wird richtig festgestellt, daß die Entwicklung in der BRD zur Wiederherstellung der alten Besitz- u. Machtverhältnisse geführt hat. Es heißt sinngemäß weiter, daß die Arbeitnehmer nach wie vor von der Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel ausgeschlossen sind und die Arbeitskraft die einzige Einkommensquelle ist. Noch immer bedeutet wirtschaftliche Macht in unserem Land politische Macht. Vergangenheit und Gegenwart haben uns verdeutlicht, daß die Unternehmer diese Macht erkannt haben, sie auch anwenden und mißbrauchen. Die Gewerkschaften haben auf ihren jüngsten Kongressen klarzumachen versucht, daß die politische Demokratie durch die wirtschaftliche Demokratie ergänzt werden muß. Erst dann, wenn der Staatsbürger die Möglichkeit hat, auf die Regelung des Wirtschaftslebens einzuwirken, wird er tatsächlich gesellschaftliche Gleichberechtigung erhalten.

Der Arbeitnehmer ist der wichtigste Produktionsfaktor inmitten allen wirtschaftlichen Geschehens. Daher ist es nötig, daß er aufgrund seiner Bedeutung die notwendige Berücksichtigung findet.

Trotz 15jähriger guter Erfahrung mit der Mitbestimmung in der Montanindustrie spukten die Arbeitgeber und die ihnen nahestehenden Politiker Gift und Galle auf die Forderung der Gewerkschaften, die Mitbestimmung über den Rahmen der Eisen- und Stahl- sowie Bergbauindustrie hinaus durchzuführen.

Die gleichen Herren, die die Mitbestimmung verdammen, fordern Atomwaffen und Notstandsgesetze! Für Fortschritt und Demokratie haben die Unternehmer nie viel übrig gehabt, es sei denn, sie können sich persönlich daran bereichern.

Die technische Entwicklung, die auf uns zukommt, erfordert neue Gedanken. Engstirnige Einzelinteressen sind nicht mehr gefragt. Unsere Gesellschaft benötigt eine andere Ordnung. Ein Weg dahin ist die Mitbestimmung der Arbeitnehmer am Arbeitsplatz, im Betrieb, im Unternehmen und in der gesamten Wirtschaft.

Werner Hilke, Hannover,
1. Vors. des DGB-Kreisjugendausschusses, Betriebsrat

Zu Ihrer ersten Frage wäre eigentlich gar nicht viel zu sagen. Denn Mitbestimmung und soziale Sicherheit sind meiner Meinung nach eine Voraussetzung für die Demokratie. Sie liegt also nicht nur in deren Interesse. Eine Demokratie ohne Mitbestimmung der größten Bevölkerungsschicht, der Arbeiter, wäre ja gar keine Demokratie. Nun zur zweiten Frage: Die Vorteile der Mitbestimmung liegen klar auf der Hand:

I. Die Interessen der Arbeiter, Lohnfragen, Preisstop, Bildungsreform) können besser wahrgenommen und verwirklicht werden.

II. Durch die Mitbestimmung können politische Fehlritte (Notstandsgesetze) der Regierung verhindert werden.

III. Die volle Mitbestimmung fördert auch das Ansehen der BRD im Ausland, besonders bei den sozialistischen Staaten.

Zur dritten Frage:

Regierung und Unternehmer sind ja bei ihnen in der Bundesrepublik fast eins. Die Angriffe und der Druck der Gewerkschaften auf den Rahmen der Eisen- und Stahl- sowie Bergbauindustrie hinaus durchzuführen.

Die gleichen Herren, die die Mitbestimmung verdammen, fordern Atomwaffen und Notstandsgesetze! Für Fortschritt und Demokratie haben die Unternehmer nie viel übrig gehabt, es sei denn, sie können sich persönlich daran bereichern.

Michael Schiemann, Berlin
messener, die Red.) Gesprächspartner für uns ist, weil mit dem offiziellen Gespräch ein praktisches Präjudiz (Vorentscheidung, die Red.) für die Anerkennung der DDR (als Rechtsstaat) geschaffen würde. Diesen die FDJ als Gesprächspartner negierenden Standpunkt muß man m. E. zwar für anachronistisch (zeitwidrig, die Red.) halten, ebenso dann aber auch die Erklärung des Bundesjugendringes vom 22. 9. e l a n sollte es ähnlich wie Voltaire halten der den folgenden Leitspruch zum obersten Prinzip seines Handelns machte: „Ich hasse Ihre Meinung, aber ich bin bereit, dafür zu sterben, daß Sie sie aussprechen dürfen!“

Borwin Wulf, Niederroden

Roter Charme

Zu Ihrem Artikel „Roter Charme zu kleinen Preisen“ (DDR-Modeschöpfer Bormann am Rhein) wäre erwähnenswert, daß an der Kommandi Gesellschaft von Bormann, der Staat mit 60 Prozent beteiligt ist.

Im übrigen importiert Bormann seine Stoffe aus Frankreich, der Schweiz, Italien und der Bundesrepublik. Mit den Stoffen aus der DDR allein könnte Bormann keine solchen Kleider machen. Vgl. SPIEGEL Nr. 43 vom 20. 10. 65, Seite 59.

Lotar Demas, Fürth/Bayern



elan - titelbild

Leicht, Donovan Philip, genannt: Donovan.
Nationalität: Brite, genauer Schotte.
Beruf: Folk-Sänger. Alter: 21.
Donovan ist der bekannteste europäische
Volkssänger, demnächst im e l a n.

SOS... ich komme

Von Ernst S. Guenther

Sam Hollys Transportunternehmen hält sich auf dem absteigenden Ast! Die Leute zahlten nicht mehr die alten Preise; Eisenbahn und Flugzeug machten starke Konkurrenz. Wenn es so weiterlaufen würde, wäre Sam in wenigen Monaten bankrott. Er zermartete sich schon tagelang seinen Kopf und glaubte schließlich, den rettenden Strohalm entdeckt zu haben.

Der Bürolehrling rannte dienstfeilig durch alle Räume und benachrichtigte Sams Angestellte, daß eine Sitzung beim Chef stattfinden würde.

Die wenigen Männer fanden sich schnell ein. Sie hörten den Eröffnungen ihres Brötchengebers gespannt und niedergedrückt zu; einige sahen sich schon in den Zeitungen nach ihnen zusagenden neuen Stellen um, als dem Buchhalter die Idee kam, die allen als Rettung erschien. Der Buchhalter schlug eine großartige Werbekampagne vor, die in den seriösesten Zeitungen der Stadt ausgetragen werden sollte. Die Männer nickten Zustimmung und machten sich begeistert an die Ausarbeitung einiger Inserate. Endlich sah es folgendermaßen aus:

Sie brauchen uns nur mitzuteilen, wo Sie sich befinden. Wir holen Sie ab und bringen Sie sicher dorthin, wohin Sie wollen. Außerst kulante Preise, auf Wunsch Ratenzahlungen.

Das große Geschäft lief an. Sam Holly wurde über Nacht reich und geachtet. Eines Tages erhielt er einen Brief, der aus Vietnam abgesandt worden war und unter dessen Schluß 19 Unterschriften prangten.

Der Brief aus Vietnam hatte folgenden Wortlaut: Wir befinden uns dreißig Kilometer südlich des 15. Breitengrades an der Hauptnachschubstraße im dritten Schützengraben links an einem Reisfeld, in dem sich zur Zeit Schlammwasser befindet. Wenn Sie bitte so nett sein würden und uns so schnell wie möglich abholten ...

elan ist immer dabei

„elan ist immer dabei!“ bei Liebe, Sport und Jugendleben in allen Lebenslagen. Die schönsten Aufnahmen zu diesem Thema werden veröffentlicht und mit DM 10,— honoriert.

Diese Aufnahme schoß Reinhard Vedder auf einem Schulhof in Dortmund. An ihn geht der Preis. Herzlichen Glückwunsch!



Anmerkungen

OLDTIMERS — Autos aus alten Tagen — stellten wir im e l a n Nr. 11/65 vor. Leider informierte uns der Motorbuch-Verlag Stuttgart nicht richtig: Die 16 Bildtafeln (40 x 30 cm) kosten nicht DM 38,00, sondern nur DM 9,80. Einem Teil unserer Auflage liegt ein Prospekt des Progreß-Verlag Johann-Fladung GmbH, Gundersheim, bei. Wir bitten um Ihre Aufmerksamkeit. REDAKTION e l a n



Barbara Liebig am Plattenstand kann keine besondere Nachfrage nach der Goldfinger-Platte feststellen. (oben) Interesse an dieser Karte, nicht aber am Hemd beklagte Horten-Geschäftsführer Bickmann. (unten)

Unterzeichneter ist berechtigt das original James Bond Shirt zu tragen.

Name
Strasse
Wohnort
Nationalität
Körpergröße
Gewicht
Brustumfang
Geheimagent

Augenfarbe
Haarfarbe
Kennzeichen



nur gültig mit James Bond Shirt

An der 007-Seife gerochen haben Klaus Wyduba (links im Bild) und Hans-Joachim Wotka (rechts). „Ich würde nicht darauf kommen, mir 007-Seife zu kaufen“, meinte Klaus nach der Duftprobe und Hans-Joachim: „Ich habe alle Bond-Filme gesehen, aber warum soll ich mir sowas kaufen?“ (unten)



Sean Connery, Darsteller des berühmtesten Kinohelden James Bond, bekannte kürzlich in Hollywood: „Ich habe von den Bond-Filmen und von dem Bond-Rummel langsam genug!“

Diese Einsicht kommt spät — er hat sein Schäfchen im Trocknen. Connery als 007 wurde und wird noch von geschäftstüchtigen Produzenten als neuer Messias gefeiert. (elan 6/65). Warenhauskönig Horten, noch nicht so einsichtsvoll wie Bond-Connery, startete jetzt einen Werbefeldzug mit Bond-Artikeln in großem Stil. Vom Oberhemd ala 007 bis zum Schlafanzug, in denen Connery in seinen Rollen eine spezielle Stärke bewies, wird alles geboten, was der Geheimagent seiner britischen Majestät in allen Lebenslagen benutzt haben könnte. Ich wollte der Sache auf den Grund gehen und besuchte deshalb in Dortmund das neue Warenhaus „Horten“.

Nach einem Gläschen französischen Cognac plauderte Geschäftsführer Günter Bickmann im Obergeschoß des Superhauses: „Auf Anweisung unserer Zentrale machen wir in diesen Wochen eine konzentrierte Bond-Werbung. Warum? James Bond ist beim Publikum gewissermaßen als Idol bereits vorhanden, vor allem die Jugend soll davon angesprochen werden. Bond ist einfach ein Begriff, der da ist,“ meint Bickmann. „Sind die Artikel, die sie anbieten etwas Besonderes?“ bohrte ich. „Die Artikel sind schon von eigener Art, kann man sagen,“ sagt der Geschäftsführer. Um es genauer zu erfahren, frage ich Verkäuferinnen.

Am Plattenstand sagt mir die Verkäuferin Barbara Liebig: „Es gibt keine besondere Nachfrage nach der Goldfingerplatte.“ Elke Verführth, Drogistin am Stand für Toilettenartikel: „Es wird mehr bestaunt als gekauft.“ Die Duftnote des 007-Eau-de-Cologne vermochte sie jedoch aus allen Düften herauszufinden. Ich hatte mir im dritten Stock des Warenhauses eine Prise „007“ auf die Hand gesprüht und Elke unter die Nase gehalten, worauf sie prompt kommentierte: „Natürlich 007.“

(Mir ist allerdings bis jetzt nicht ganz klar geworden wie Geheimdienstsuperagent Bond eine Duftnote im Kino übertragen kann. Ich jedenfalls habe im Kino solche Art Düfte nicht bemerkt.)

Zwei Jungen am 007-Seifenstand, die die Artikel bestaunen meinten: „Ich würde nicht darauf kommen, mir 007-Seife zu kaufen.“

Doris Thier, von der Hemdenabteilung: „Man muß schon eine Bond-Figur haben, wenn man so etwas tragen will.“ Auch sie konnte kein auffallendes Interesse an den Waren feststellen.

Sean Connery, der sich in Hollywood selbst einige der Waren betrachtete, die auf den Markt gebracht werden, urteilte trocken: „Ein Haufen Quatsch.“

Axel Molik



Mit der gefürchteten Beretta des 007 kann die Drogistin Elke Verführth noch nicht so recht umgehen. Das Geld mit dem Revolver einzutreiben bleibt vorläufig wohl eine Pose für den Fotografen. (oben)

Man muß schon eine Bondfigur haben, wenn man ein 007-shirt (sprich: Hemd) tragen will, meint d.e Verkäuferin Doris Thier. (unten)



fotos: molik



Ich habe es satt

* Wir auch!



Aufgepaßt, deutsche Kinogänger, jetzt gehen wir herrlichen Zeiten entgegen. Zumindest muß man das befürchten, seit sich das letzte Filmseminar in Oberhausen intensiv mit alten Nazifilmen beschäftigt hat. Und wie man hört, hat ein namhafter deutscher Filmverleih gleich einen Teil der vorgeführten Filme aufgekauft und will sie demnächst vor breitem Publikum präsentieren. In großen Erstaufführungstheatern, versteht sich, mit entsprechender Reklame und allem, was zu einem großen Filmschlager gehört.

Da werden sie also fröhliche Urständ feiern, die Propagandaschinken von Goebbels, und wie's scheint, hat man sie nicht ohne Geschick so ausgesucht. So, daß für jede Gruppe etwas dabei ist. Zuerst die Landser und Flieger. Für sie gibt es ein Wiedersehen mit „D III 86“ und „Stukas“, sowie mit „Unternehmen Michael“. Die Jugend darf sich an den Filmen „Hitlerjunge Quex“, „Kadetten“ und „Junge Adler“ begeistern. Die Heimatvertriebenen werden ihre Freude daran haben, Streifen wie „Feinde“ und „Flüchtlinge“ wiederzufinden, und natürlich fehlen auch supernationalen Schinken nicht, die schwarz auf weiß attestieren, welch heroisches Volk wir Deutschen doch sind, und wie niederträchtig sich dagegen zum Beispiel die Engländer oder Russen ausmachen. Und schließlich dürfen wir dann noch

erfahren, wie antijüdische Propaganda im Tausendjährigen Reich ausgesehen hat. Dazu hat man den perfekten aller Nazistreifen ausgegraben, den Streifen „Jud Süß“, der seinerzeit maßgeblich dazu beigetragen hat, daß es ein Dachau, ein Auschwitz, Buchenwald und Treblinka gegeben hat. Kurzum, eine regelrechte Aktion „braune Leinwand“, die uns hier bevorsteht.

Man greift sich unwillkürlich an den Kopf und fragt, ob die Verantwortlichen bei „atlas“ so naiv oder so dumm sind, um nicht zu begreifen, welche unermesslichen Gefahren in ihrem Vorhaben stecken. Können sie sich wirklich nicht ausmalen, wie der deutsche Durchschnittsbürger, wie die Jugend oder wie gar Bundeswehresoldaten auf diese widerwärtigen Nazifilme reagieren werden? Und man fragt sich weiter: Ist es notwendig, ausgerechnet diese üblen Propagandawerke auszugraben, die vor trümpem Deutschtum und billiger Propaganda nur so triefen? Haben wir in der Tat gar nichts Besseres mehr zu bieten? Und darf die Filmindustrie bedenkenlos all das zerstören, was an demokratischem Gedankengut im Nachkriegsdeutschland zaghaft herangewachsen ist? Da bemühen sich Lehrer und Eltern, Verbände und Institutionen jahraus, jahrein darum, der Jugend die Schrecken der Diktatur, des Nationalismus und des Rassenswahn vor Augen zu führen, damit

sich gleiches niemals wiederholen soll. Da erhitzen sich im Bundestag die Gemüter bei der Debatte um die Verjährungsfrist — und dann serviert man uns frischfröhlich die aufgewärmten Nazifilme übelster Sorte. Fürwahr, eine sonderbare Art, die Vergangenheit zu bewältigen. Der Doktor Goebbels müßte seine reine Freude daran haben!

Aber halt, so sei das alles nicht zu verstehen, klärt die besagte Verleihfirma auf. Man werde diese Filme entschärfen, und zwar auf folgende Weise: Erstens wird ein Sirenengeheul vorgespannt (wie sinnig!), zweitens wird eine ungekürzte Naziwochenschau gezeigt (wie aufklärend!), und schließlich sollen in dem Betrachter gründliche Zweifel erweckt werden durch das Einblenden von kritischen Kommentaren, von gegensätzlichen Bildpassagen und sonstigem Beiwerk. Am Schluß erscheint dann noch ein Hinweis auf die Toten des zweiten Weltkrieges.

Man darf wohl berechnete Zweifel haben daran, ob diese wohlgemeinte Fleißarbeit den gewünschten Effekt erzielt. Wohl kaum. Eher wird das Gegenteil eintreten, und genau genommen sind die Gefühlsempfindungen, auf die hier gezielt wird, gar nicht so zeitfremd. Durchhalteappelle und Nationalbewußtsein waren noch zu jeder Zeit eine gängige Ware, und in punkto Antikommunismus haben wir eine derartige Auffrischung ei-

gentlich gar nicht nötig. Heikel wird es dann allerdings beim Thema Rassenhaß, denn wer mag schon dafür garantieren, daß wir nicht flugs die ausländischen Arbeiter in die Rolle der Juden drängen.

Indes, ganz so duster sind die Absichten nicht, und schon gar nicht die Absichten der Verleiher. Denn, so werden sie argumentieren, einer muß es ja tun, und wenn wir nicht die entgifteten Filme bringen, dann zeigt sie morgen ein anderer in der unbereinigten Fassung. Jaja, diese Platte kennen wir, sie ist nicht neu. Und sie lenkt stets von der eigentlichen Frage ab; nämlich: Ist es überhaupt nötig, ausgerechnet die verheerenden Propagandafilme aus der Nazizeit wieder auszugraben?

Ich sage nein. Und sei dies noch so gut gemeint, und will man es in der besten Absicht machen — man sollte besser die Finger davon lassen. Auch die besten Geschäfte rechtfertigen es nicht, daß erneut das Gift von Nationalsozialismus und Rassenhaß ausgestreut wird. Am wenigsten bei uns, die wir doch wahrlich gebrannte Kinder sind. Bleibt nur zu hoffen, daß die Verantwortlichen in der Freiwilligen Filmselfkontrolle so viel staatsbürgerliche Verantwortung verspüren, um hier eine klare Entscheidung zu treffen. Es wäre ein großes Verdienst um die Demokratie.

(Aus „aufwärts“)

Der Reichsminister für Volkserziehung und Propaganda

Herrn

Prof. Harlan
Ufa-Filmkunst-GmbH

Stadtschlößchen Babelsberg

Berlin W 8, den 1. Juni 1943
Wilhelmplatz 8-9
Telefon Nr. 11 00 14

Hiermit beauftrage ich Sie, einen Grossfilm „Kolberg“ herzustellen. Aufgabe dieses Films soll es sein, am Beispiel der Stadt, die dem Film den Titel gibt, zu zeigen, das ein in Heimat und Front geeintes Volk jeden Gegner überwindet. Ich ermächtige Sie, alle Dienststellen von Wehrmacht, Staat und Partei, soweit erforderlich, um ihre Hilfe und Unterstützung zu bitten und sich dabei darauf zu berufen, dass der hiermit von mir angeordnete Film im Dienste unserer geistigen Kriegsführung steht.

V. J. J.

Der 30. Januar 1945 Kolberg



Damalige Prädikate

„Film der Nation“. Staatspolitisch und künstlerisch besonders wertvoll, kulturell wertvoll, volkstümlich wertvoll, anerkennenswert, volksbildend, jugendwert.

Der Film wurde in den Jahren 1943 und 1944 zum Teil in Kolberg und zum Teil in und bei Berlin hergestellt.

Gemäß der Entscheidung der alliierten Militär-Regierungen war die öffentliche Vorführung des Films in Deutschland bisher verboten.

Im Rahmenprogramm:

Dokumentation zur Entstehungsgeschichte des Films und Die DEUTSCHE WOCHENSCHAU Nr. 3/1945

„Wer in der Absicht, sich oder einem Dritten einen rechtswidrigen Vermögensvorteil zu verschaffen, das Vermögen eines anderen dadurch beschädigt, daß er durch Vorspiegelung falscher oder durch Entstellung oder Unterdrückung wahrer Tatsachen einen Irrtum erregt oder unterhält, wird wegen Betruges mit Gefängnis bestraft ...“ So lautet der § 263 (Betrug) des Strafgesetzbuches. Vor der Wahl überraschte die CDU die Gewerkschaften durch eine mit dem Bilde Erhards gezielte Wahlanzeige, in der es damals wörtlich hieß: „Bis zum Jahre 1975 wird der durchschnittliche Stundenlohn des Arbeiters auf 7,84 DM steigen, seine Arbeitszeit auf 35 Stunden in der Woche fallen.“

Nach der Wahl sagte Erhard in seiner Regierungserklärung plötzlich:

„Also sollten wir mindestens darauf verzichten, die Arbeit weiter zu verkürzen.“ Und wenig später: „Es muß sich vielmehr ernsthaft, und zwar nicht nur theoretisch, die Frage stellen — ... —, ob es in seiner Lage nicht zweckmäßiger und sinnvoller wäre, die tariflich vereinbarte wöchentliche Arbeitszeit um eine Stunde zu erhöhen.“

„Wer ... durch Vorspiegelung falscher ... Tatsachen einen Irrtum erregt ...“ heißt es im StGB. Erhard und die CDU haben durch Wahlgeschenke und Wahlversprechen falsche Tatsachen vorge spiegelt, denn sie haben über Geld verfügt, von dem sie vor der Wahl wußten, daß sie es nach der Wahl nicht ausgeben könnten oder würden. Durch diese Vorspiegelung falscher Tatsachen haben sie beim Wähler einen Irrtum erregt, der zu einer Stimmabgabe führte, von der er jetzt den Schaden hat.

Im privaten Leben wäre Fritz Müller und jeder andere dafür ins Gefängnis gewandert.

Politiker müssen sich jedoch an Wahlversprechen nicht halten, entschied das höchste Gericht in der Bundesrepublik.

Die Arbeiter sind da anderer Meinung, die Regierungserklärung Erhards hat bei ihnen große Unruhe ausgelöst.

Es hagelte Proteste aus allen Teilen des Landes. In dem kleinen sauerländischen Städtchen Warstein traten 400 Arbeiter aus Protest gegen Erhard in den Streik.

Man schickte einen Reporter auf die Reise. Es wurde kein Streikreport — es wurde ein Report zum Thema Freiheit.

Der Betriebsleiter der Warsteiner Eisenwerke, Herr Szarny, ist für mich nicht zu sprechen. Dafür gibt mir der ortsansässige Pastor Wietbüscher Auskunft über den Streik und seine Meinung dazu: „Ich habe am Sonntag in einer Predigt zum Heldengedenktag (er meinte Volkstrauertag) gesagt, daß es sicher nicht im Sinne der Gefallenen sei, wenn hier gestreikt würde. Ich war im Kriege als Fallschirmjäger in Rußland, deshalb glaube ich schon, daß ich das Recht habe, ein Wort dazu zu sagen.“

Auf dem Werkgelände sehe ich einige Arbeiter. „Hallo, Kumpels, sagt mal, wie war das eigentlich mit dem Streik hier?“ erkundigte ich mich.

„Na ja, die Konjunkturlage im Werk ist schlecht. Bis jetzt wurden schon 49 Arbeiter entlassen, und dann sagt der Erhard, wir sollen länger arbeiten, wie soll sich denn das vertragen. Wir haben ganz spontan gestreikt. Alle haben mitgemacht. Wir haben einfach die Mittagspause verlängert. Es sollte eine kleine Warnung sein, daß wir uns nicht alles gefallen lassen.“ „Wie heißt ihr denn?“ möchte ich wissen. „Nein, um Gottes willen, keine Namen, wir sind doch nicht lebensmüde. Nein, auch kein Foto!“

Ich warte vor dem Tor. Die Kumpels kommen. „Alle Frauen sind geflogen. Selbstverständlich haben alle gestreikt, auch ich. Warum? Na, dumme Frage, wegen dieser Äußerungen Erhards. Ist doch klar, das darf man sich doch nicht bieten lassen.“ Aber immer fällt die Klappe, wenn ich nach Namen und Hausnummer frage:

„Meinen Namen? Ich bin doch nicht verrückt. Ich will doch nicht nach 14 Tagen auf der Straße stehen.“

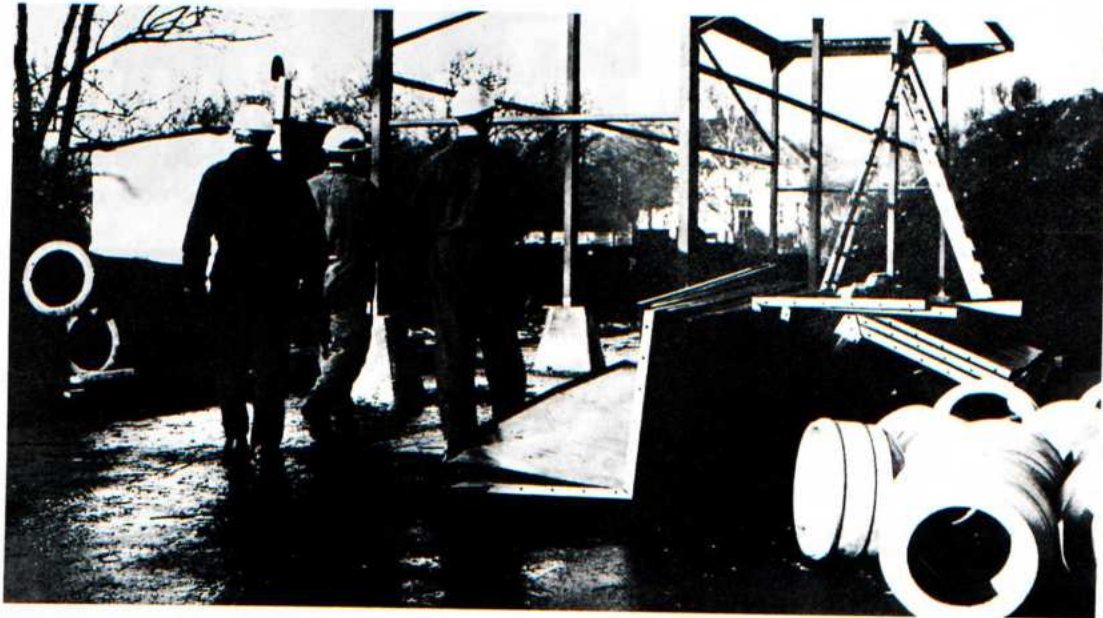
Sie haben Angst vor der Entlassung. Denn: Wer aufmuckt, steht schnell auf der „Schwarzen Liste“, und wer auf der Schwarzen Liste steht, der steht bald auf der Liste der 48—49 Arbeiter, die ihre Papiere bekommen.

Entlassungen bis zu 49 sind wieder „modern“. Das ist rechtlich korrekt, obwohl es Unrecht ist. Der Bochumer Verein kürzte für 20 000 Arbeiter die wöchentliche Arbeitszeit von 42 auf 40 Stunden ohne finanziellen Ausgleich. In vielen Betrieben ist Kurzarbeit angekündigt, so u. a. bei Bosch, Senking und Blaupunkt.

Die Unternehmer-Regierung funktioniert: Die Koalition Erhard verlangt von den Arbeitern mehr Arbeit für gleichen Lohn — die Unternehmer, Lohnneinbuße durch Kurzarbeit. Diese Entwicklung haben die Gegner der Erhard'schen Politik schon vor der Wahl gesehen. Die Warsteiner Eisenwerke sind nur ein Beispiel für das, was sich im Großen tut — aber auch ein Beispiel dafür, was für die Arbeiter zu tun im Großen nötig ist. Klaus Rose

WAHL- BETRUG

Versuch einer Streikreportage



Arbeiter der Warsteiner Eisenwerke
Sie wollten unbekannt bleiben,
weil sie Entlassung befürchten (Foto oben).



Stahlarbeiter —
von Kurzarbeit bedroht (links).

In diesem Werk streikten die Arbeiter
gegen Erhard (Foto unten).

Fotos: Klaus Rose



bei anderen gelesen

Die Regierungserklärung des Bundeskanzlers stand im November im Mittelpunkt der Diskussion. Besonders die Gewerkschaften wurden durch einige gezielte Äußerungen Erhards alarmiert. Es kam zu Warnstreiks. Mit der Regierungserklärung befaßte sich auch der IG Metall-Vorsitzende Otto Brenner in der Gewerkschaftszeitung „Metall“, 23/65. Aus diesem Artikel bringen wir einige Auszüge.

Kampfansage

Als Ludwig Erhard im Oktober 1963 seine erste Regierungserklärung abgab, schrieb ich an dieser Stelle, daß die Gewerkschaften ihn nicht mit Vorschüßelbeeren bedenken wollten. Ich anerkannte aber, daß seine damalige Regierungserklärung eine Reihe vielversprechender Bemerkungen enthielt. Inzwischen hat sich allerdings gezeigt, wie wenig von diesen Versprechungen zu halten war. Deshalb müssen die Arbeitnehmer und ihre Organisationen die neue Regierungserklärung um so kritischer unter die Lupe nehmen.

Sie ist, um es gleich vorweg zu sagen, eine große Enttäuschung und zugleich eine Kampfansage an alle, die die Bundesrepublik zu einem sozialen Rechtsstaat ausgestalten wollen. In dieser Regierungserklärung hat sich der Kanzler, dessen Unentschlossenheit und Wankelmüt übersehbar geworden ist, vor allem selbst Mut zugesprochen. Es wimmelt nur so von verschwommenen Gemeinplätzen, philosophischen Redensarten und unklaren Absichtserklärungen. Woher der Wind weht, das zeigt der Beifall, der dem Kanzler aus Unternehmerkreisen gezollt wird.

Die Forderung mit der Arbeitszeitverkürzung Schluß zu machen und statt dessen die tarifliche Arbeitszeit um eine Stunde wöchentlich zu verlängern, stellt eine unerhörte Herausforderung aller arbeitenden Menschen dar. Erhard erhob diese Forderung, obwohl er im gleichen Atemzug erklärte, es sei außerordentlich schwer, die Auswirkungen einer Verlängerung der Arbeitszeit rechnerisch zu ermitteln. Offensichtlich glaubt der Bundeskanzler auch gar nicht ernsthaft an diese Möglichkeit. Er will damit nur Stimmung gegen die Gewerkschaften machen. Die Gewerkschaften werden in der kommenden Zeit ihre ganze Kraft brauchen, um ihrer Aufgabe als Vertreter der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der Bevölkerung und als Hüter der Demokratie zu entsprechen.

termine

3. 12. — 5. 12. 1965 in Hamburg: Bundeskongreß der Jungsozialisten.

5. 12. — 11. 12. 1965 in Drenke (Beverungen): Arbeitstagung für Jugendgruppenleiter der Gewerkschaft Textil — Bekleidung.

9. 5. — 14. 5. 1966 in Berlin: 7. Ordentlicher Bundeskongreß des DGB.

27./28. 5. 1966 in Bremen: 7. Zentrale Jugendkonferenz der IG Chemie, Papier, Keramik.

e l a n aktuell - e l a n aktuell - e l a n aktuell - e l a

Alarm!

Alarm schlagen müssen wir nach dieser Regierungserklärung des Bundeskanzlers, nach der in den nächsten vier Jahren in Bonn regiert werden soll. Was bringt uns, der Jugend, den Staatsträgern von morgen, diese Regierung?

Es ist kein Geheimnis: Die neue Regierung ist jugendfeindlich! Von ihr ist nichts Gutes zu erwarten.

PREISTREIBER

Nicht nur die Mittel des Bundesjugendplanes, sondern auch die Mittel des Bundesverkehrsministeriums werden gekürzt. Nicht nur das vor der Wahl so gepriesene „Pennälergehalt“ wird um 10 Mark gekürzt. Die Regierung entpuppt sich als Preistreiber! Die staats-eigene Bundesbahn will im Frühjahr die Fahrpreise erhöhen. Und schon jetzt weiß man, daß die Nahverkehrsbetriebe vielerorts ihre Fahrpreise auf Kosten der Lehrlinge und Schüler erheblich anheben wollen.

KAMPFANSAGE

Der IG Metall-Vorsitzende Otto Brenner bezeichnete die Regierungserklärung als „Kampfansage“ (siehe linke Spalte). Und das ist sie auch: Eine Kampfansage! Nicht nur die Gewerkschaften, auch die Jugendverbände und deren Sprecher haben sich zu Wort gemeldet.

DEMOKRATIE UND JAEGER

So schrieb Nils C. Nagel in der Falken-Zeitschrift „junge gemeinschaft“: „Einen Minister, der dem Parlament die Wahrheit verschwiegen, hatten wir schon. Auch ein Minister, der unser Grundgesetz nur als Dekorationsmittel — bei feierlichen Anlässen unter dem Arm zu tragen — ansah, war schon da. Bundeskanzler Erhard hat nun möglich gemacht, was bisher noch fehlte: einen Minister, der unser Grundgesetz an der Elterspanischer und portugiesischer Diktaturen mißt, die ihm gar wohl gefallen. Ludwig Erhard hat Richard Jaeger (CSU) zum Minister gemacht ...“

KLARE WORTE

„Nur sehr mager“ ist der jugendpolitische Inhalt der Regierungserklärung, meint der SPD-Jugendexperte und MdB Heinz Westphal. Der langjährige Geschäftsführer des Bundesjugendringes ver-



Foto: Hollmann

Lederjacken

„Wir wollen keine Krawalle, wir wollen Ruhe und Ordnung!“ — „Wir sind keine Halbstarken, wir sind Jugendliche!“

Mit diesen Losungen, an ihren „Ofen“ angebracht, führen vor einigen Tagen 150 „Mops“ durch Hamburgs Straßen. Der Begleitschutz: 40 Polizisten mit 6 Krädnern, 4 Peterwagen, 2 Überfallwagen und einige getarnte Wagen. Hamburg's Polizei war durch das vom Springer-Haus organisierte „Rolling-Stones-Konzert“ gewarnt.

Aber die „Mops“, die Mopedbesitzer, waren friedlich. Ihre „Ofen“, die Maschinen, hingegen knatterten deutlich vernehmbar. Ein neuer Club wurde aus der Taufe gehoben: Deutscher Moped-Renn-Club, kurz DMRC genannt.

Die Hamburger verzeichnen einen ungeahnten Zustrom von Lederjacken nebst „Ofen“. Nach wenigen Tagen

wurden bereits 300 Mitglieder registriert! Was will der DMRC? Krawalle, siehe oben, auf keinen Fall. Die Mopedfahrer der Hansestadt will man zusammenfassen. Sonntags wird auf der Sandbahn einer Hamburger Rennbahn trainiert. In Zusammenarbeit mit einer Fahrschule können die Lederjacken für 138,— DM ihren Führerschein dritter Klasse machen. Mit dem HSV wurde verhandelt, daß der Verein gibt Fechtunterricht für Interessierte. Die Jugendlichen können einen „Erste-Hilfe-Kursus“ mitmachen. Eine Reitschule erklärte sich bereit, Jugendliche reiten zu lassen.

Dieser Tage führten die cleveren Hamburger eine Mitgliederversammlung durch, zu der auch die Eltern eingeladen wurden. Man will ihnen klarmachen, daß ihre Kinder hier gut aufgehoben sind. Für Krawalle hat man gar nichts übrig.

mißt ein klares Wort zum Berufsausbildungsgesetz. Hat er nicht recht, wenn er im SPD-Pressedienst erklärt: „Wenn man — wie es in der Regierungserklärung steht — den Bundesjugendplan ... weiterentwickeln will, dann heißt das wohl oder übel vor allem, ihm eine höhere Dotation im Bundesetat zu verschaffen. Man wird abwarten, was diese Bundesregierung unter „weiterentwickeln“ versteht ...“

WAS GIBT'S NEUES?

Herbert Faller, ehemaliger Bundesjugendleiter der Naturfreundejugend, kommentiert den Wahlausgang in „Wir sind jung“:

„... Wir müssen weiterhin den unheilvollen Atomplänen der bürgerlichen Koalition entgegen treten. Sie versperren den Weg zu einem Abkommen gegen die Ausbreitung von Atomwaffen ...“ Der Wahlausgang zeigt, daß es notwendig ist, gegenüber der CDU eine Politik der Alternative zu entwickeln. Mit Umarmung ist nicht zu siegen und schon gar nichts zu ändern.

CDU SCHLAGEN

Bei den kommenden Landtagswahlen in Hamburg und NRW bietet sich die Möglichkeit, der CDU Paroli zu bieten. e l a n-Verleger Karl Heinz Schröder erklärte dazu auf einem Jugendforum: „In Hamburg kommt es darauf an, zu verhindern, daß der Bürgerblock CDU — FDP die SPD aus der Regierung drängt. In Nordrhein-Westfalen stellt sich die Aufgabe, die CDU aus der Regierung zu drängen. Beides ist möglich. Voraussetzung ist freilich, daß seitens der Sozialdemokratischen Partei nicht weiterhin versucht wird, die CDU rechts zu überholen. Das Godesberger Programm und das DGB-Grundsatzprogramm bieten die notwendigen Möglichkeiten für eine echte Alternativ-Politik, die sicherlich von weiten Kreisen unterstützt wird.“

In Oberhausen und Nürnberg wurde es mit Polizeieinsatz verhindert. In der Neckarmetropole fand es statt: Ein offenes Gespräch zwischen der Jugend aus Ost und West. Gespräche und Diskussionen zeigten: „Was uns eint, ist stärker!“

DDR - Leute in Stuttgart



Die sowjetischen Gäste in Nürnberg. Klaus Staubitzer, dortiger DJG-Leiter, berichtet auf der Burg aus der Geschichte der Stadt.

Sowjetische Gäste

Gäste aus der Sowjetunion hatte die Deutsche Jugend-Gemeinschaft. Aufgrund einer Vereinbarung zwischen der DJG und dem Jugendreisebüro „Sputnik“ in Moskau, weilte in der Zeit vom 27. 10. bis 6. 11. 1965 eine Gruppe von fünf jungen Russen in der Bundesrepublik. Die Besucher hatten Gelegenheit, sich in dieser Zeit mit dem Leben — besonders der Jugend — bei uns bekanntzumachen. Die Gäste besuchten die Städte Hamburg, Hannover, Düsseldorf, Duisburg, Frankfurt, Nürnberg und München. Vor ihrer Rückreise nach Moskau erklärten die Mitglieder der Reisegruppe, daß sie während der Reise ihr Bild über die Jugend in der Bundesrepublik präzisieren könnten und sie mit dem Ergebnis der Reise sehr zufrieden seien. Der DJG-Vorsitzende Erich Roßmann (Düsseldorf) erklärte: „Gemeinsam mit unseren Gästen fanden wir über den Kreis der DJG hinaus Zutritt wo immer wir wollten: In Betrieben, bei Betriebsräten, bei führenden Persönlichkeiten der Gewerkschaften und Jugendorganisationen und bei der Presse. Eine Verständigung im Geiste des Friedens ist möglich und nötiger denn je. Deshalb wird die Deutsche Jugend-Gemeinschaft ihre Kontakte im Osten und Westen verstärken und weiter ausbauen.“

20 Jugendleiter und Studenten, denen sich 32 weitere Jugendleiter anschlossen, hatten zu dieser Begegnung im Gewerkschaftshaus eingeladen. 22 junge Abgeordnete, Jugendvertreter, Arbeiter und Wissenschaftler aus Dresden waren der Einladung gefolgt.

ZWEI MACHTBEREICHE

An der Forumsdiskussion — Thema: „Jugend aus Ost und West — Gibt es noch Gemeinsamkeiten?“ — nahmen 120 Jugendliche teil. Kurt Sprenger, Naturfreunde-Bundesjugendleiter, stellte in seinem Einleitungsreferat fest, daß als „Folge des verbrecherischen Hitlerkrieges zwei deutsche Machtbereiche entstanden, deren Entwicklung sich nicht unter Betonung der Gemeinsamkeiten, sondern der Gegensätze“ vollzogen habe. Während in der BR der Antikommunismus die Grundlage dieser Entwicklung sei, habe sich in der DDR die Entwicklung unter Verzicht auf liberale und evolutionäre Verhaltensweisen vollzogen.

DER JUGEND GEHÖRT DIE ZUKUNFT

DDR-Sprecher Werner Freitag hob hervor, daß trotz aller unterschiedlichen Standpunkte für die Jugend die Verpflichtung bestehe, miteinander auszukommen. Das

„letzte Drittel unseres Jahrhunderts wird von der Jugend geprägt. Darum muß diese Jugend auch in allen Bereichen mitbestimmen“, sagte Freitag.

In der Diskussion schlug ein Redner vor, gesamtdeutsche Begegnungen „frei von Ideologien zu halten“ und die Realitäten zur Grundlage der Diskussion zu machen.

AUF'S KREUZ LEG'N?

In vier Arbeitskreisen, insgesamt nahmen 200 Jugendliche daran teil, wurde die Begegnung am Sonntag fortgesetzt. Die Referenten: Pastor Heinz-Georg Binder (Chefredakteur der „Jungen Stimme“) und Dr. Maurer (Assistent an der TH). Die Berichterstatter konnten in einigen Punkten eine Annäherung feststellen. Die Nützlichkeit und den Erfolg gesamtdeutscher Begegnungen hoben sie besonders hervor.

In Stuttgart wurde deutlich: Sinn des Gesprächs ist es nicht, den Landsmann aufs Kreuz zu legen, sondern sachlich und ehrlich miteinander zu reden. Unsere Jugendlichen schlugen sich wacker. Bedauerlich, daß die Begegnungen in Nürnberg und Oberhausen verhindert wurden. Denn trotz vieler Meinungsverschiedenheiten: Was uns eint, ist stärker! R. J. P.

Neuer Vorsitzender

Helmut Neukirch (39), DGB-Bundesjugendsekretär, wurde auf der 31. Vollversammlung des Deutschen Bundesjugendringes zum neuen Vorsitzenden gewählt.

Club Voltaire

Die Schriftsteller Christian Geissler und Max von der Grün, der Bundesjugendsekretär der IG Druck und Papier und der Direktor der Dresdener Gemäldegalerie, Dr. Uhlitzsch, werden an verschiedenen Veranstaltungen des Stuttgarter „Club Voltaire“ teilnehmen. Auf dem Programm des Clubs stehen weitere Diskussions- und Filmabende sowie Jazz-Veranstaltungen.

Vorbilder

John F. Kennedy, Winnetou, Albert Schweitzer sind, in dieser Reihenfolge, die Vorbilder der männlichen Jugend. Dieses Ergebnis erbrachte eine Umfrage des Münchner Schneider-Verlages. 180 000 Kinder und Jugendliche zwischen 5 und 17 Jahren wurden befragt.

Gehalt gekürzt

Das „Pennäler“-Gehalt, am 1. April 1965 wurde das betreffende Gesetz erst beschlossen, wird nunmehr im Zuge der Sparmaßnahmen der Bundesregierung von DM 40 auf DM 30 gesenkt. Dadurch sollen 150 Millionen Mark eingespart werden.

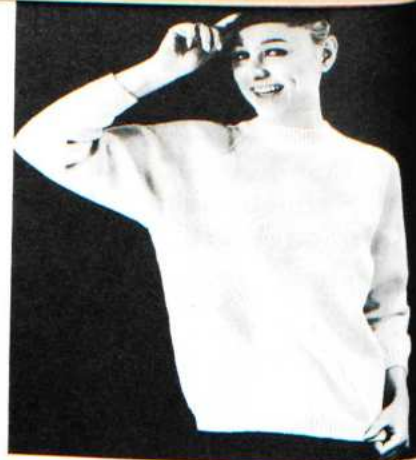


Der Bundesjugendleiter der Naturfreundejugend, Kurt Sprenger, hier bei seinem Einleitungsreferat (oben). 120 Jugendliche waren anwesend (unten). ZB-Fotos



elan - mode:

praktisch und keß



„Cowboylook – allerdings ausgesprochen weiblich abgewandelt ist diese hübsche Kombination. (Foto links) Grundstock für eine praktische Reisegarderobe ist dieser glatt gestrickte Pullover. (Foto oben)“



Chic und voller Schwung ist dieser Reisemantel aus leichtem Nino-Flex. (Foto oben)
Robuste Freizeitkleidung, ein Wunschtraum vieler Mädchen. Dieses Modell im blue-jeans-Stil ist sehr unkompliziert. (unten)



Modelle: Schachmayr, Uwe, Helanca
Gminder-Halblinnen

Bücher

LECKERBISSEN für Fotofreunde enthält der Fotoalmanach international 1966 in Fülle. Der Fotoalmanach wird durch die Aufnahme von Fotos aus dem Osten und einem tschechischen Textbeitrag seinem Namen zum ersten Male voll gerecht. Die internationale Breite der Bildautoren zeigt anschaulich, daß die Sprache der Fotografie wahrhaft international ist und in Moskau, Paris oder Berlin auf keinerlei Verständigungsschwierigkeiten stößt. Dieses Buch auf dem Weihnachtstisch wird Fotoamateuren eine große Freude machen.

(FOTOALMANACH international 1966, Knapp Verlag Düsseldorf, 224 Seiten, 200 Fotos, DM 24,80)

DIE GESCHICHTE DES WIDERSTANDES einer deutschen Großstadt schrieb die Journalistin Gerda Zorn. In mühevoller Kleinarbeit trug sie verschüttete und unbekannte Tatsachen zusammen. Mit dem Wissen um die Geschichte seiner Heimatstadt sollte die

Bewältigung unserer Vergangenheit besonders unter der Jugend begonnen werden. Deshalb gehört dieses Buch in erster Linie in die Hände von Pädagogen und Jugendleitern. Es sollte in jede Schulbibliothek aufgenommen werden. Diese sehr lobenswerte Arbeit sollte zahlreiche Nachahmungen auch über andere Städte finden.
(Gerda Zorn: **STADT IM WIDERSTAND** Röderberg-Verlag, 160 Seiten DM 7,-)

AUF KOSTEN UNSERER KINDER? fragt Hildegard Hamm-Brücher in ihrem Bericht von ihrer „Reise durch die pädagogischen Provinzen der Bundesrepublik und Berlin“. Ihr Bericht, der bereits beim Vorabdruck in der „Zeit“ Beachtung und starkes Interesse fand, wird angesichts der herrschenden Bildungsmisere aufmerksam gelesen werden müssen. Er sei besonders dem Bonner „Streich“-Quartett als Pflichtlektüre empfohlen. Wir kommen auf dieses Buch in Kürze zurück.
(AUF KOSTEN UNSERER KINDER von Hildegard Hamm-Brücher, 144 Seiten, Paperback, DIE ZEIT BÜCHER, Kannen-Verlag, Preis: 7,80 DM)

DAS BILDERBUCH eines vitalen Politikers und Staatsmannes könnte man das Buch über N. S. Chruschtschow nennen. In der Auswahl der Fotos und in der Aufmachung

hervorragend gestaltet. Doch man muß zweifeln, ob Wolfgang Leonhard der richtige Autor für eine Chruschtschow-Biografie war. Der Sowjetexperte Leonhard hat sich weitgehend zerschossen, zumal schon sein erstes Werk über die Sowjetunion, das noch aus eigenem Erleben geschrieben wurde, Zweifel und Ablehnung hervorrief.
(Nikita S. Chruschtschow, Aufstieg und Fall eines Sowjetführers von Wolfgang Leonhard, 192 S., Verlag C. J. Bucher AG Luzern DM 19,80)

DIE GRÜNEN TEUFEL – Autor ist der amerikanische Schriftsteller und Special-Forces-Mann Robert Moore – werden die Männer genannt, die in Südvietnam den „heldenhaften Kampf gegen den Kommunismus“ führen. Der Leser erhält einen ausgezeichneten Einblick in die ungeheuerlichen Praktiken dieser amerikanischen „Berater“. Raffiniert und brutal sind ihre Methoden, menschenverachtend ihre Handlungen.
Der Autor ist stolz auf seine Landsleute. Sein Buch macht hoffentlich nachdenklich.
(DIE GRÜNEN TEUFEL von Robin Moore, Verlag Fritz Molden München, 390 Seiten, Leinen DM 19,80)

BRIEFE AUS KRÄHWINKEL schreibt der bekannte Journalist Thilo Koch an seine Tochter. Die charmanten Briefe werden nicht nur seine Tochter erfreuen haben, sondern sind für Liebhaber des „Briefromans“ ein Leckerbissen. Dem sonst nüchtern analysierenden Schriftsteller traut man solch versonnene und teils spritzigen Texte nicht zu. Ein Buch für die langen Abende.
(Thilo Koch: **BRIEFE AUS KRÄHWINKEL** mit vielen Holzschnitten von Ludwig Richter illustriert, 140 Seiten, DM 12,80)

DAS BUCH DES MONATS

DEN RAT des Fachmannes sollte man ernst nehmen, besonders die Einwände und Kritik eines Mannes, der es wissen muß. Der ehemalige Verwaltungsgerichtspräsident Richard Schmid, bekannt durch viele kluge Aufsätze, hat unsere politische Justiz unter die Lupe genommen. Das Ergebnis dieser eingehenden Untersuchung über Gesetze und Praktiken der politischen Justiz wird nicht nur Juristen, sondern in besonderem Maße politisch Interessierten, einen ausgezeichneten Einblick in diese Materie verschaffen. Das Buch ist sehr zu empfehlen!
(EINWÄNDE von Richard Schmid, Henry Goverts Verlag, Stuttgart, DM 14,80)

Fünf Märchen des Herrn Bodin



Brauchen wir Deutsche Atomwaffen oder nicht? Diese Frage hat Gerd Bodin in der ASZ (Allgemeine Sonntagszeitung) der Sache nach aufgeworfen.

DER PAPST UND DIE ASZ

Daß sich die ASZ vor allem an junge katholische Menschen wendet, lag die Erwartung nahe, daß die Rede von Papst Paul vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen (UNO) zum Schlüssel der Beantwortung geworden wäre. Bekanntlich hatte Papst Paul die Bemühungen der UNO um die Abrüstung, die Nichtweitergabe von Atomwaffen und die friedliche Lösung strittiger Probleme unterstützend erklärt: „Niemals mehr Krieg! Es ist der Friede, der das Schicksal der Völker und der Menschheit bestimmen muß!“

Jedoch: der Papst ist weit und der Bundeskanzler und Franz Josef Strauß sind nah. Bodin jedenfalls kommt in der ASZ, gestützt auf die Regierungserklärung Erhards und einige Thesen von Strauß, zu der Feststellung:

„... Für die Wahrung der deutschen Interessen bieten sich zwei Wege an: Deutschland (gemeint ist die Bundesrepublik, d. V.) könnte erstens, ähnlich wie Frankreich, eine eigene Atomkraft aufbauen ...“ oder „... Ein Mitspracherecht, positiver oder negativer Art über den Einsatz von Kernwaffen ...“ erringen. Da Frankreich, England und andere NATO-Staaten Bonn aber nicht an den Atomdrücker lassen wollen, bleibt nach der ASZ „... vorerst nur ein Arrangement mit den USA, um dieses deutsche Mitspracherecht zu verwirklichen ...“

5 BODINSCHES MÄRCHEN

Für die Forderung nach Atomwaffen nennt Bodin 5 Gründe. Besser sollte man Märchen sagen.

Die Mär von der Gefahr

Bodin sagt: „... Erstens ist Deutschland das gefährdetste Land im Westen ...“ Wer gefährdet eigentlich Deutschland? Nach dem Tenor der ASZ zu urteilen, können es nur die Russen, die Ostblockstaaten sein. Den Beweis erspart man sich. Er ist in der Tat auch nicht zu erbringen. Die Sowjetunion war der Initiator des Atomteststopabkommens. Von ihr kam der erste in der UNO vorgetragene Plan zur allgemeinen, kontrollierten, weltweiten Abrüstung. Polen schlug vor, in Mitteleuropa eine atomwaffenfreie Zone zu schaffen. Die Tschechoslowakei und die DDR erklärten ihre Bereitschaft, einem solchen Abkommen beizutreten. Ulbricht schlug der alten und neuen Bundesregierung vor, sich über Abrüstung in Deutschland zu einigen. Das Problem der gegenseitigen staatlichen Anerkennung sollte dabei ausgeklammert werden. Die Ostblockstaaten unterstützen den Abschluß eines Vertrages über die Nichtweitergabe von Atomwaffen. Keiner dieser Staaten erhebt irgendwelche territorialen Ansprüche gegenüber der Bundesrepublik. Angesichts solcher unbestreitbarer Tatsachen von Gefährdung zu reden, ist mindestens eine Mär, eine üble, wenn nicht gar schlimmeres.

Die Mär von der Verteidigung und der Souveränität

Bodin sagt zweitens und drittens: Deutschland ist „... der wirtschaftlich und konventionell-militärisch zweitstärkste Staat der NATO. Drittens hat Deutschland bis heute keinen Einfluß darauf, ob und wann es im Kriegsfall mit den modernsten Waffen, d. h. Atomwaffen, verteidigt wird; damit fehlt ein wesentliches Stück echter Souveränität ...“

Foto: Klaus Rose

Was gilt es, womit zu verteidigen? Sind Atomwaffen Merkmal der Souveränität? Jeder Staat hat ein Recht auf Verteidigung. Das ist unbestritten. Aber ist der Frieden, und den gilt es ja wohl zu verteidigen, durch das Wetrüsten, durch Mitverfügung und Besitz von Atomwaffen zu sichern? Es sollte sich doch eigentlich bis zur ASZ und ihren Autoren herumgesprochen haben, daß in einem Krieg mit atomaren Waffen die Bundesrepublik innerhalb weniger Stunden total auszulöschen ist. Für uns würde es in einem solchen Fall weder Sieger noch Besiegte geben. Der Tod würde zum Souverän.

Das zu verhindern, ist nur mittels einer Politik der Sicherheit durch Abrüstung möglich. Da die in der ASZ angenommene Gegenseite, wie oben gezeigt, zu Verhandlungen in diesem Sinne bereit ist, erscheint die Politik der Sicherheit durch Abrüstung notwendig und erfolgversprechend. Sie entspricht auch dem Geist der Souveränität.

Die Mär vom Regierungsauftrag

Viertens und fünftens setzt sich Bodin in der ASZ für atomare Mitverfügung ein, weil „... die deutsche (gemeint ist die Bundesregierung, d. V.) Regierung nicht deshalb vom Volk berufen wurde „um eine imaginäre Menschheit zu beglücken, sondern um die deutschen Interessen zu wahren ...“ und „... für eine angemessene Verteidigung zu sorgen.“ Wurde die „Regierung vom Volk berufen“, um nach Atomwaffen zu greifen? Die Rüstungskosten und -gefahren ins Unermeßliche zu steigern? Das sollten doch selbst Bodin und die ASZ nicht glauben. Umfragetests der Kampagne für Abrüstung haben z. B. ergeben, daß die Mehrheit „gegen die Atombewaffnung“ ist. Ähnliche Ergebnisse zeitigten artverwandte Umfragen verschiedener Meinungsforschungsinstitute. Sollte die ASZ dies in Zweifel stellen, ist es an sich bereit, mit ihr zusammen eine Umfrage zur Atombewaffnung zu veranstalten. Zudem haben sich die Regierungsparteien krampfhaft bemüht, Kernfragen deutscher Politik, wie z. B. die Atombewaffnung, aus dem Wahlkampf herauszuhalten. Das Ergebnis der Bundestagswahl umzuwenden in ein Votum für die Atombewaffnung erinnert an ein Notzucht-Delikt.

KATZE AUS DEM SACK

Lassen wir Bodin selbst zu Wort kommen: „... eine amerikanisch-deutsche Achse, die sich aus dem Zusammengehen in der Atomfrage entwickeln könnte, wäre ein entscheidender Schlag gegen den Kreml und könnte die Rückerstattung der Sowjetzone (gemeint ist die DDR, d. V.) wieder in den Bereich des möglichen rücken ...“ Damit ist die Katze aus dem Sack. Nicht um die Sicherheit der Bundesrepublik geht es, sondern um die „Rückgewinnung“ der DDR per Drohung mit der Atomwaffe. Strauß und auch Erhard gehen noch weiter: Rückgewinnung der Gebiete hinter Oder und Neiße und Neuordnung bis zum Ural.

Bodins Plädoyer entpuppt sich, genau besehen, als Appell zur Fortsetzung der Politik der Stärke, die die Bundesrepublik zum friedensgefährdenden Störenfried in Europa macht und die Entspannung blockiert. Um so notwendiger erscheint es, die Bemühungen um einen Vertrag über die Nichtweitergabe von A-Waffen fortzusetzen und zur Wahrung der deutschen Interessen eine Politik der Sicherheit durch Abrüstung durchzusetzen.

KARL HEINZ SCHRÖDER

* Um Mißverständnissen vorzubeugen: Die ASZ ist nicht das offizielle Organ des Bundes der Katholischen Jugend, sondern gilt als vorbehaltsloser Verfechter der Strauß-Richtung.

(Der Verf.)

Filme



TOLKUHNE MÄNNER

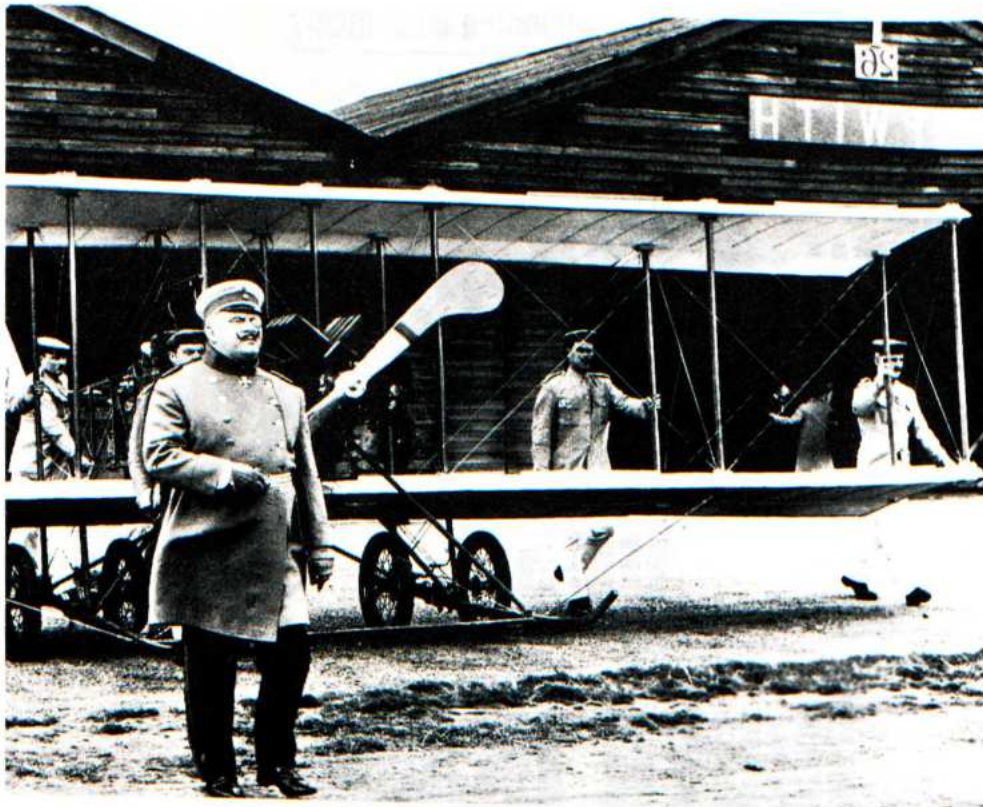
Heiterkeitserfolge verbucht der Film, der als der größte und teuerste Film Englands bezeichnet wird. Einen originellen Wettbewerb schreibt eine Londoner Zeitung im Jahre 1910 aus, 10 000 Dollar für den Sieger eines Wettfluges zwischen London und Paris. Oberst Manfred von Holstein (Gert Fröbe) will diesen Wettbewerb für seinen Kaiser gewinnen. Mit original nachgebauten Maschinen, die zum Teil ganze 80 Sachen fliegen, wird bei Pannen und Abstürzen die Klamotte zu einem Heiden-spaß. Mach Dir ein paar fröhliche Stunden!
Centfox

COWBOY

Ein Greenhorn will im Wilden Westen Cowboy werden. Aber so hart hat sich Frank, ein romantischer Schwärmer aus irgendeinem Büro der Großstadt, das Leben der Cowboys nicht vorgestellt. Die hartgesottenen Männer, deren Leben oft genug auf dem Spiel steht, nehmen den jungen Hüpfen ganz schön in die Mangel. Bis Frank der rauhbeinigen Schar klarmachen kann, daß er ein ganzer Kerl ist. Eine deftige, aber gute Hausmannskost ist dieser Streifen.
Columbia-Bavaria

12 UHR MITTAGS

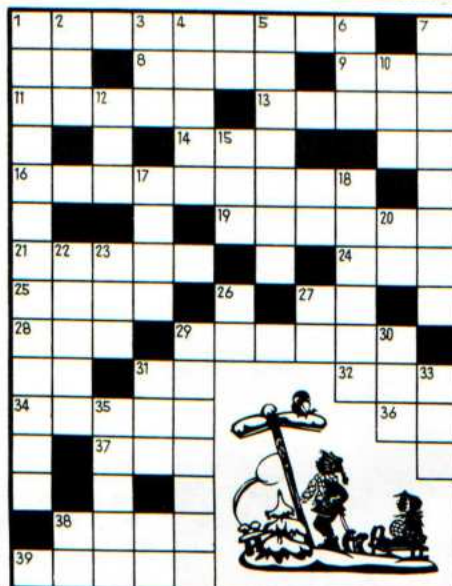
Dieser Film ist kein Western wie jeder andere. Ohne legendäre Wildwest-Romantik und ohne den „Schnellschießer vom Dienst“ erlebt der Zuschauer einen Sheriff des Wilden Westens, der mutig und unerschrocken seine Stadt gegen den Terror der Banditen schützen will. Gary Cooper als Sheriff Will Kane verkörpert diese Gestalt des historischen Ordnungshüters in der kleinen Stadt Hadleyville im amerikanischen Mittelwesten mit großer Überzeugungskraft.
Atlas



Rätsel

Waagerecht: 1. Rodel, 8. deutscher Strom, 9. Passionsspielort in Tirol, 11. Schläge, 13. Stadt am Missouri, 14. nicht reich, 16. findet man im Winter an Fensterscheiben, 19. Kürbisgewächs, 21. Kälte (unter dem Gefrierpunkt), 24. französisch „König“, 25. kaum hörbar, 27. Abkürzung für Anno Domini, 28. fette, brennbare Flüssigkeit, 29. Jahreszeit, 32. schlimme Lage, 34. geometrischer Körper, 36. Zeichen für Molybdän, 37. Leumund, 38. Männername, 39. heißer Wüstenwind.

Senkrecht: 1. Gefrorener Niederschlag, 2. französische „Schrei“, 3. Anerkennung, 4. Muster-gültiges, Vollkommenes, 5. Schlaginstrument, 6. norwegischer Fluß, 7. Vorsicht, hier rutscht man, 10. griechischer Buchstabe, 12. Gefrorenes, 15. Zuckerrohr-Branntwein, 17. tiefe Männerstimme, 18. Himmelsrichtung, 20. englisch „nein“, 22. Ankerplatz vor einem Seehafen, 23. englisches „OI“, 26. Keimzelle, 27. Abkürzung für Altes Testament, 29. chemischer Grundstoff, 30. europäische Hauptstadt, 31. ungebraucht, 33. hörbare Wellenbewegung der Luft, 35. Gewichtseinheit.



Zeichnung: Pansch

Platten



CATERINA VALENTE

Musikalische Geschichten aus den aufregendsten Städte der Welt erzählt Caterina Valente auf ihrer neuen Langspielplatte „Wenn es Nacht wird in den Städten“. Der abendliche Bummel führt durch Paris, San Francisco, Wien, London, New York, Berlin, Rom und Mexico-City. Nett gemacht sind nicht nur die Lieder (Musik: Marcel Peeters, Werner Scharfberger, Hagen Galatis – Texte: Kurt Feltz), sondern auch die Kurzportraits der einzelnen Städte. Regie: Kurt Feltz. (Decca, DM 18,00)

MARY POPPINS

Die amerikanische Folklore-Gruppe „The New Christy Minstrels“, der u. a. bis vor kurzem zwei Mitglieder der BYRDS angehörten, präsentiert sich hier mit zwei Bestsellern aus dem Disney-Film „Mary Poppins“: CHIM CHIM CHER-EE und FREEDOM.
(CBS 1.876, DM 4,75)

FOLKLORE?

Christopher & Michael, einheimische Soziologie-Studenten, versuchen sich mit Folklore. „Soll es denn niemals anders sein“ schrieben die Twens selbst. „Denk' nicht dran“, von Bob Dylan, ist kaum wiederzuerkennen. Der Versuch, amerikanische Folklore zu kopieren, rutscht hier allzusehr ins schnulzenhafte ab.
(CBS 2.127, DM 4,75)

BERND SPIER

Bernd Spier, immer noch erfolgreichster Schlagersänger dieser Tage, singt auf seiner neuen Single zwei hitverdächtige Titel: UND DANN (And then) und HEY, MR. POSTMAN! Beide Seiten gefallen gut.
(CBS 2.119, DM 4,75)

ROCK JAILHOUSE

Die „Rocking Stars“ kramten seit längerer Zeit in der Mottenkiste Elvis Presleys. Nach „Shake, rattle & roll“ gruben sie nunmehr den „Jailhouse Rock“ aus. Rückseite: TEMPTATION!
(CBS 1.877, DM 4,75)

Christopher & Michael

Denk' nicht dran
(Don't Think Twice)

Soll es denn niemals anders sein



BG übt Bürgerkrieg

Während Bonns Ministerialbürokratie an der 110-Minuten-Regierungserklärung des Kanzlers bastelte, illustrierten Einheiten des Bundesgrenzschutzes und der Bundeswehr, an wen die Ankündigung adressiert war, die Notstandsgesetze sollten baldmöglichst verabschiedet werden:

● In der Caltex-Raffinerie in Raunheim führte der Bundesgrenzschutz eine „kriegsmäßige Übung“ durch. Um den Betrieb wurde ein Stacheldrahtverhau gezogen, der von schwerbewaffneten Posten „kontrolliert“ wurde.

● In Mörfelden „übte“ der Grenzschutz die „Auflösung einer großen Streikdemonstration“ im Stadion; die Streikenden wurden von Grenzschützern dargestellt. Durch den Ort patrouillierten Streifen mit Karabinern und Maschinenpistolen.

● Auf dem Rhein-Main-Flughafen gingen Flughafenpolizisten und Bundeswehreinheiten gemeinsam auf eine imaginäre Agentenjagd.

UNRUHE IN DEN BETRIEBEN

Diese Bürgerkriegsübungen, die zeitlich mit der stärksten Unternehmerkampagne gegen die Gewerkschaften und ihre Forderung nach Mitbestimmung zusammenfielen, haben in den Betrieben und bei den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern Unruhe und Empörung ausgelöst. Der zweite Vorsitzende des DGB-Landesbezirks Hessen, Philipp Pleß, erklärte: „Unsere Kollegen befürchten, daß es nur der Verabschiedung der geplanten Notstandsgesetze bedarf, um dann völlig legitime Streikbewegungen zu unterdrücken. Sie sehen in den Übungen dafür eine Generalprobe.“

In der Tat ist das, was Sprecher der Bundeswehr jetzt als „Mißverständnis“ und „Panne“ verharmlosen wollen, ernst zu nehmen. Denn die gegebenen Ausreden sind faul.

BOSSE CONTRA MILLIONEN

Bis jetzt gab es noch keinen Streik in der Bundesrepublik, bei dem „subversive Elemente“ mit bemalten Pappschildern in hellen Scharen von jenseits der Elbe einmarschiert wären. Aber es gab bei jedem Streik westdeutscher Arbeiter ein massives Kesseltreiben gegen die Streikenden und ihre Gewerkschaften, bei dem Unternehmer, Arbeitsgerichtsbarkeit, Regierungsparteien und Minister im gleichen Glied marschierten.

Es gab den Ausspruch von Unternehmer-Boß Paulsen, die Unternehmer könnten den Lohnforderungen der Gewerkschaften nicht energischer entgegentreten, weil es keine Notstandsgesetze gäbe.

Und es gibt die Gesetzentwürfe für die Notstandsverfassung und ein Dutzend weiterer NS-Gesetze, die sich eindeutig gegen die Gewerkschaften und zugunsten der Unternehmer anwenden ließen, wenn sie dieser Regierung in die Hand gegeben würden. Einer Regierung, deren 1. Mann kurz vor der Wahl in Bremen die Gewerkschaften als Feinde des Grundgesetzes und verbotswürdig darstellte.

Vor diesem Hintergrund sind die Bürgerkriegsübungen in Hessen zu sehen. Hier wurde die Selbstverständlichkeit vorexerziert, mit der Staatsapparat und Armee gegen streikende Arbeiter

vorgehen würden, falls es ihnen angebracht erscheint. Deshalb kann der Protest nicht nachdrücklich genug sein, deshalb erscheint es als dringend notwendig, die Aufklärungsarbeit über die Notstandsgesetze entschieden zu verstärken und den zahlreichen Beschlüssen Aktionen folgen zu lassen.

GEWERKSCHAFTER — GANGSTER

Es war kein Zufall, daß unmittelbar nach der Wahl ein großangelegter Feldzug der Unternehmer und ihrer Presse gegen die Gewerkschaften begann:

„Der Wahlkampf ist geschlagen, die Schonzeit ist zu Ende“, So tönte der Vorsitzende des bayrischen Metallunternehmerverbandes, Dr. Heinrich Freiburger. Die „Frankfurter Allgemeine“ schrieb: „Schon lange ist man es gewöhnt gewesen, daß die Gewerkschaften sich

als wichtigen Pfeiler im Gebäude unserer Demokratie bezeichneten. Doch seit einiger Zeit möchten Funktionäre ihre Organisation auf ein höheres Podest stellen. Sie fühlen sich offenbar nicht mehr nur als ein Teil dieser Gesellschaft; einige von ihnen glauben anscheinend, daß die Gewerkschaften die Repräsentanten der Demokratie schlechthin seien... Diese Entwicklung ist in höchstem Grade bedenklich, vor allem deswegen, weil hier eine eklatante Verletzung der politischen Funktionen mit einer Verschleierung der bereits tatsächlich etablierten Macht einhergeht.“

Und in Springers „Welt“ war zu lesen: „Bei den radikalen Gewerkschaften besteht die Gefahr, daß kleine, ehrgeizige und fanatische Funktionäre die Führung an sich reißen, innerhalb ihrer eigenen Reihen die demokratischen Spielregeln überrennen und dann unter der Fahne der „Wirtschaftsdemokratie“ die ganze bundesdeutsche Ordnung in Frage stellen wollen.“

NAZITERROR NICHT VERGESSEN

Erinnern wir uns des 2. Mai 1933, des Tages, an dem die Nazis, von den Großen der deutschen Industrie an die Macht gebracht, die freien Gewerkschaften zerschlugen, die Gewerkschaftshäuser stürmten und tausende ihrer Funktionäre erschlagen und verhaften ließen.

Bei einer Gedenkfeier für die Opfer des Naziterrors in Jammertal sagte kürzlich Alois Wöhrle, der 2. Vorsitzende der IG Metall:

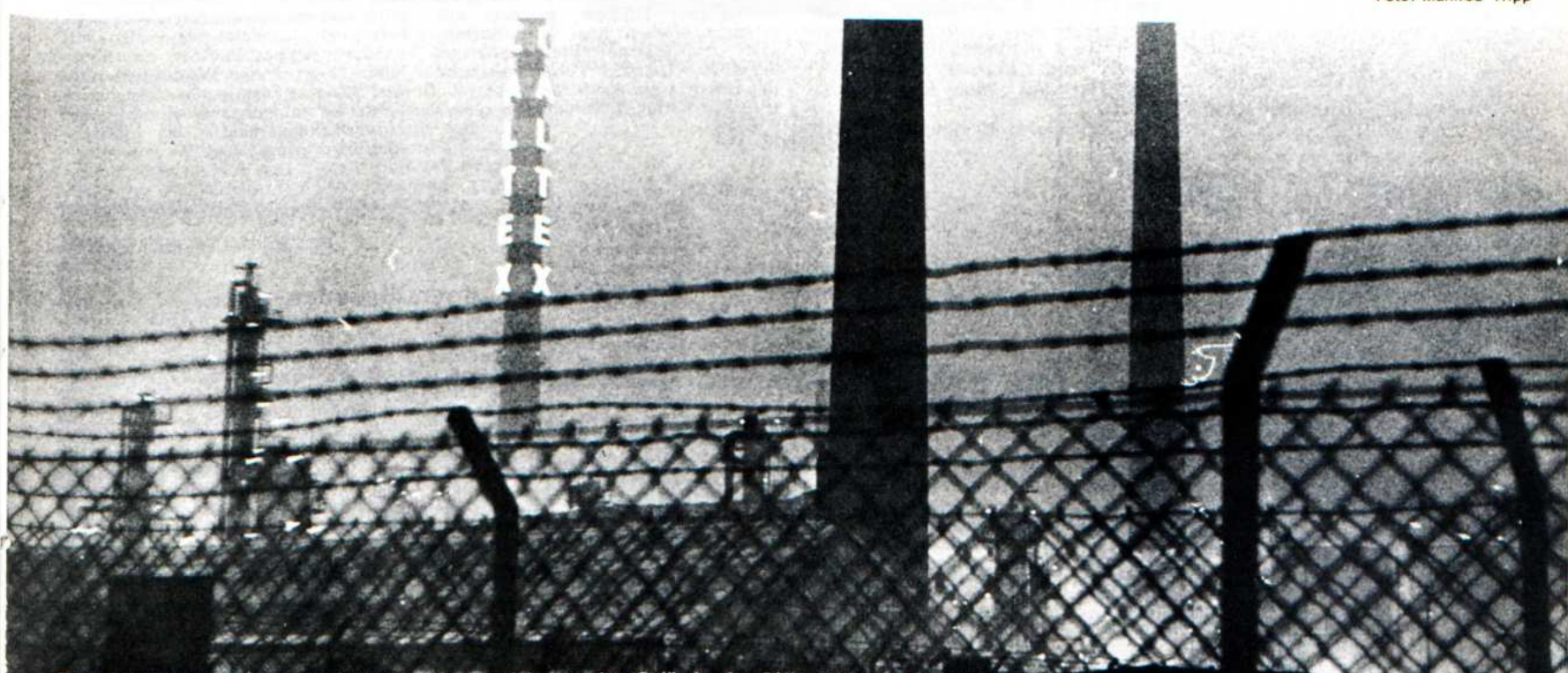
„Es erfüllt uns mit Bitterkeit zu wissen, daß viele, die unter dem Nationalsozialismus hohe Positionen bekleideten, ihr Scherflein ins Trockene gebracht haben, während Millionen namenloser Opfer der Mordmaschinerie der Nazis ungesühnt geblieben sind... Sollen die alten Mächte, die wieder eifrig am Werke sind, zum zweitenmal einen Sieg über unsere Toten erringen, indem sie das Vergessen fördern?“

Wozu diese historische Rückblende? Weil teuer erkaufte Erfahrungen der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung ebenso wenig verjähren wie die Verbrechen des Nazismus und daher, die ihn an die Macht brachten. Weil es gilt, sich für harte Auseinandersetzungen zu rüsten.

Die beste Antwort auf die Bürgerkriegsübungen in Hessen: Entschiedener Kampf gegen die NS-Gesetze. Und — um mit Hans Nätcher, dem früheren Vorsitzenden der Gewerkschaft NGG zu sprechen: Macht eure Gewerkschaften stark, denn der Wind steht auf Sturm.

K. H. R.

Foto: Manfred Tripp

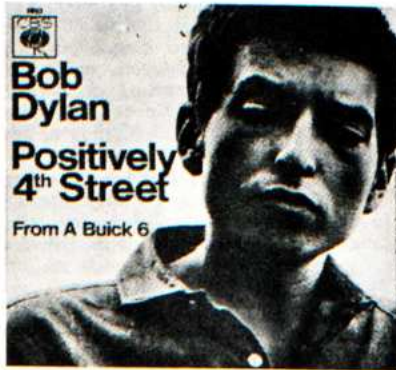


Zum Konzentrationslager machten Grenzschutzeinheiten das Gelände der Caltexraffinerie in Raunheim bei Frankfurt/M. während ihres Planspiels „Notstand“.



**UNSER
KLEINER
WEIHNACHTS
BASAR**

Tips für Eilige



DM 4.75

Mit seiner Platte „Positively 4th Street“ eroberte sich US-Folkloresänger Bob Dylan wieder einen der ersten Plätze der Hitparaden verschiedener Länder. Es lohnt sich, diesem Dylan zuzuhören. Rückseite: From a Buick 6. (CBS 1.893)



DM 18.00

„Liebe ist besser als Krieg“ – Lyrik und lose Lieder aus drei Jahrtausenden, dargeboten von Mitgliedern der Studiobühne an der Universität Hamburg. (Ausschnitte aus NDR-Fernsehsendungen des III. Programms). Eine Platte, mit der man jungverliebten sicher eine Freude machen wird. (fontana SM 885 417 TY)



DM 18.00

Gerade noch rechtzeitig zum Weihnachtsfest startete „eurodisc“ eine neue Schallplattenserie, die Originalaufnahmen aus der UdSSR bringt. Zu den 20 Platten, die zur Zeit zu haben sind, gehört eine LP mit dem Alexandrow-Ensemble, das russische Volkslieder singt. (Eurodisc)



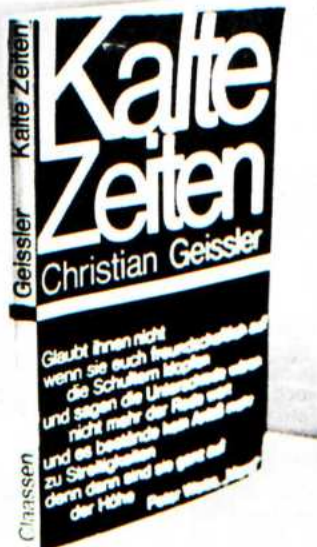
DM 36.00

Ein repräsentatives Geschenk für Belafonte-Freunde mit Odetta, Miriam Makeba, dem Chad Mitchell-Trio und den Belafonte-Folk-Sängern. Eine Kassette mit zwei Langspielplatten. Ein Präsent für einen besonders guten Freund (Freundin) oder für sich selbst! (RCA LSO -6007/2)



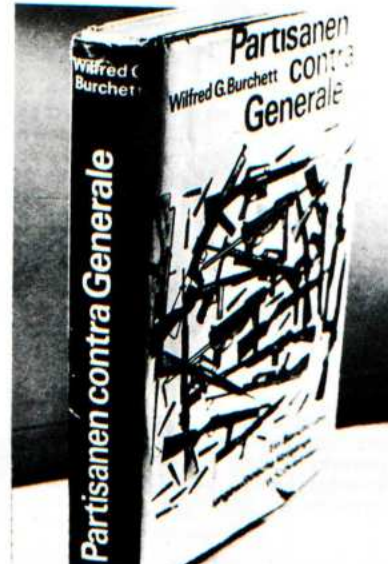
DM 7.60

Einen „Reisebericht über Sibirien und den sowjetischen Orient“ nennt Georg Polikeit sein empfehlenswertes Buch „Wo Moskau im Westen liegt“, das sich durch eine Fülle von Fakten und sachliche Information auszeichnet. (Weltkreisverlag, Frankfurt, Robert-Mayer-Straße 50)



DM 8.50

„Glaubt ihnen nicht, wenn sie euch freundschaftlich auf die Schultern klopfen und sagen, die Unterschiede wären nicht mehr der Rede wert“, sagt Peter Weiß im Vorspruch zu „Kalte Zeiten“ von Christian Geissler. Ein anspruchsvolles Buch für kritische Geister. (Claassen-Verlag, Hamburg)



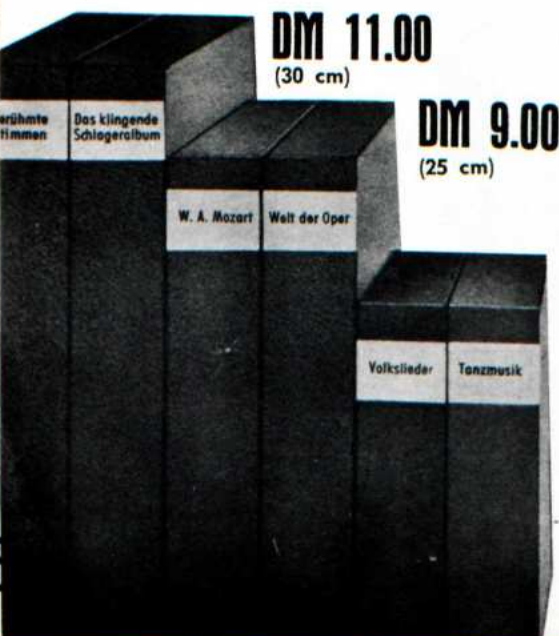
DM 11.20

„Partisanen contra Generale“ – das heißdiskutierte Buch des australischen Journalisten Burchett, in dem aus eigenem Erleben über Hintergründe und Ursachen des Vietnam-Krieges berichtet wird. Ein Tatsachenbericht, der sich wie ein Krimi liest. (Brücken-Verlag, Düsseldorf)



DM 19.80

Fritz Baade, dessen Buch „Wettlauf zum Jahre 2000“ ein starkes Echo fand, legt eine neue, interessante Arbeit vor: „...denn sie sollen satt werden“. Dieses Buch ist ein neues Plädoyer gegen den Rüstungswettlauf und für die Lösung der drängenden Gegenwartsaufgaben im Kampf gegen Hunger und Armut. (Stalling-Verlag)



DM 11.00
(30 cm)

DM 9.00
(25 cm)

DM 6.80
(17 cm)

Ein Sorgenbrecher für Platten-Liebhaber, der immer „ankommt“: Handliche, praktische Plattenkassetten für schwarze Scheiben jeder Größe. Zu jeder Kassette wird ein Aufklebebogen mit 20 Etiketten geliefert. Zu beziehen über Bertelsmann-Schallplattenring, Gütersloh oder über Bertelsmann-Vertretungen in größeren Städten. (Rechtzeitig bestellen!)

Allen unseren Freunden
und Lesern
ein fröhliches,
friedliches
Weihnachtsfest.



Redaktion elan

Weltkreisverlag

Demokratie - Auftrag für die Jugend



6. Bundesjugendkonferenz des DGB vom 19.-20.11.1965 in München

Jazz und Lyrik — mit dieser Vorspeise begann in der kleinen Kongreßhalle an der Theresenhöhe das Parlament der arbeitenden Jugend, die 6. Bundesjugendkonferenz des DGB, seine Arbeit. Zwei Tage dauerten die Beratungen der 150 Abgeordneten, die nahezu 700 000 junge Gewerkschaftsmitglieder vertraten.

Aber hier tagte kein gewerkschaftseigener, politischer Kindergarten, in dem Demokratie am Sandkasten gespielt wurde; hier saßen selbstbewußte, politisch beschlagene Jugendfunktionäre beisammen, deren Aussagen und Beschlüsse bewiesen, daß die Entscheidung der 5. Bundesjugendkonferenz in Berlin für die politische Mündigkeit der Gewerkschaftsjugend richtig und notwendig war.

PARLAMENTARIER IM EXAMEN

Es hätte also keines „Münchner Examens“ bedurft. Wohl aber hätte man manchem echten Parlamentarier einige Nachhilfestunden gewünscht, jenen Realpolitikern vor allem, die die Lektion des 2. Mai 1933 noch immer nicht begriffen haben:

Es ist selbstmörderisch, mit dem Schlagwort „Gemeinsamkeit“ auf den Lippen an dem Strick mitzuwirken, der für den eigenen Hals gedacht ist. Das Stichwort Notstand sagt es. Und es war nicht pure Treue zum Motto der Konferenz („Demokratie — Auftrag für die Jugend“), welche die Delegierten zur gründlichen Behandlung des Komplexes Demokratie bewegte.

Das Besondere hierbei war, daß die Vertreter nicht nur ein eindeutiges Nein zu den Notstandsgesetzen sagten. Ihre Fragestellung war umfassender und konkreter. Sie schloß die Forderung nach Demokratie und Mitbestimmung im Betrieb, am Arbeitsplatz ebenso ein, wie die nach der Mitbestimmung der Jugend in Staat (Wahlrecht ab 18) und Gesellschaft (Demokratisierung der Wirtschaft / Kluft zwischen Verfassung und Verfassungswirklichkeit).

DIE ANTWORT AN HERRN ERHARD

Erhards Regierungserklärung (mehr rüsten — mehr arbeiten — maulhalten — maßhalten) konnte nicht unwidersprochen bleiben. So setzte die DGB-Jugend der angekündigten Fortsetzung der Rüstungspolitik durch die Regierungskoalition erneut ihre Forderung nach eigenen Abrüstungsinitiativen, nach Schritten zur Entspannung statt zu eigenen Atomwaffen entgegen. Sie erneuerte und bekräftigte den Entschluß der Jugendkonferenzen mehrerer Industriegewerkschaften, daß angesichts der jugendfeindlichen Politik Bonn eine aktive Interessenvertretung der arbeitenden Jugend in allen Bereichen notwendig ist. Diese Absicht findet in zahlreichen Beschlüssen seinen Niederschlag. Apropos Jugendfeindlichkeit. Das Musterbeispiel für die Haltung dieser Regierung ist die jahrelange Verschleppung des Berufsausbildungsgesetzes. Zum Leidensweg dieses Gesetzes sagte Helmut Neukirch, der Bundesjugendsekretär des DGB:

HERR SCHMÜCKER: GAR NICHT SO SCHLECHT

„Am 27. Juni 1962 beauftragte der Bundestag die Bundesregierung einstimmig, zum 1. Februar 1963 einen Gesetzentwurf vorzulegen. Am 7. Februar 1964 beantwortete Bundeswirtschaftsminister Schmücker eine diesbezügliche große Anfrage der SPD-Fraktion wie folgt:

Bei eingehender Prüfung — ich habe mir die Dinge von meinen Mitarbeitern wirklich ausführlich darstellen lassen — komme ich zu der Auffassung, daß zur Zeit eine umfassende Vorlage noch nicht möglich ist. Dreißig Stimmen wären für eine Debatte zu dieser Erklärung notwendig gewesen. Nur 23 Abgeordnete hoben dafür die Hand. So nahm der Bundestag diese Erklärung ohne Debatte zur Kenntnis.“

(Fragte der Delegierte Lothar Weck in der Diskussion: „Wo blieben in dieser Frage die gewerkschaftlich organisierten Abgeordneten im Bundestag?“)

„Herr Schmücker erklärte weiterhin, daß das gegenwärtige Berufsausbildungsrecht zwar nicht befriedigt, daß es aber so schlecht nicht sei, daß von heute auf morgen in aller Eile etwas geändert werden sollte.“

Dazu können wir feststellen, daß

- seit 45 Jahren in Deutschland über die Notwendigkeit neuer Rechtsgrundlagen für die Berufsausbildung diskutiert wird,

Eine Übersicht über die wichtigsten Beschlüsse der 6. Bundesjugendkonferenz des DGB

Beschlüsse

Politische Strafjustiz	14
Spanien	14
Herabsetzung des Wahlalters	14
Friedenspolitik	15
1. September: Antikriegstag	15
Sozialreaktionäre Politik der Bundesregierung	15
Vietnam-Konflikt	16
Gewerkschaftliche Jugendarbeit	16
Politische Jugendbildungsarbeit des DGB	17
Betreuung Wehrpflichtiger	17
Kriegsliteratur	18
Mittel für internat. Jugendbegegnung	18
Berufsausbildungsgesetz	18
Reisen in Ostblockländer	18
Auschwitz-Fahrten	18
Gedenkfahrten Buchenwald u. a.	18
Jugendarbeitsschutzgesetz	18
Notstandsgesetz	18
Weltjugendfestspiele (Festival)	19
Jugend in Mitteldeutschland	19
Zur wirtschaftspolitischen Situation	19
Mitbestimmung	19
Memorandum der EKD zur Vertriebenenfrage	19

- vor 35 Jahren dem Deutschen Reichstag der erste Entwurf zugeig,

- seit mehr als 14 Jahren das Land Berlin ein Berufsausbildungsgesetz hat,

- seit mehr als 10 Jahren auch im Bundesministerium für Wirtschaft und im Bundesministerium für Arbeit diese Frage behandelt wird.

Wir stellen weiter fest:

- Eine hektische Eile bei dem Versuch, die Notstandsgesetzgebung zu verabschieden während der letzten Legislaturperiode — demgegenüber viel Zeit für die Berufsausbildung.

Ein Vergleich, der uns alle zum Nachdenken anregen sollte.“

Gesetze für die Jugend erreichen nicht einmal die Geschwindigkeit von mittelalterlichen Postkutschen — Gesetze gegen sie kommen im Vergleich dazu mit Schallgeschwindigkeit zustande. Die Mißachtung der Forderungen der Jugend paart sich in jüngster Zeit in zunehmendem Maß mit Versuchen, mit staatlichen Mitteln Einfluß auf die Jugendverbände und ihre Politik zu nehmen. Während der Weg zu Ostkontakten z. T. mit erheblichen Hürden bestückt und mit diskriminierenden Bedingungen verknüpft ist, erfreuen sich Kontakte zum faschistischen Spanien allerhöchster Billigung und Förderung. Darauf machte Günther Stephan aufmerksam, der den ablehnenden Standpunkt der DGB-Jugend zu Kontakten mit Franco-Spanien darlegte.

BEKENNTNIS ZUM POLITISCHEN ENGAGEMENT

Auch diese Bundesjugendkonferenz bekräftigte das politische Engagement der gewerkschaftlich organisierten Jugend. Und dazu ist, so glaube ich, zweierlei zu sagen:

Die DGB-Jugend ist Bestandteil der Gesamtorganisation, sie ist ein dynamischer, schöpferischer Teil, von dem wertvolle Impulse und Anregungen für die Gewerkschaftsarbeit ausgehen. Mit dieser Jugend ist zu rechnen. Jeder Versuch jedoch, zu reduzieren oder gar zu manipulieren wäre von Schaden für die Gesamtorganisation. Daran konnte nach dieser Konferenz kein Zweifel bleiben. Die zu diesem Komplex geäußerten Kritiken (siehe: Aus der Diskussion) sollten eine positive Wertung erfahren.

Und als unbedingt positiv empfand ich das Denken etlicher Delegierter über den Konferenztag hinaus, wie es mir in einem Pausengespräch u. a. begegnete.

„Wir beschließen nachher eine Menge wichtiger Anträge“, sagte ein Delegierter. „Aber die kommen nur zur Wirkung, wenn alle unsere Mitglieder davon erfahren. Ich werde zu Hause auf einigen Gruppenabenden über die Konferenz berichten. Und dann werden wir zusammen überlegen, wie wir beispielsweise die Berufsausbildungsgeschichte in der Öffentlichkeit populär machen können.“

Gute Überlegungen, die dazu beitragen werden, die Forderungen dieser Konferenz „draußen“ noch nachdrücklicher zu vertreten. Der Kurs der nächsten drei Jahre ist abgesteckt; die Gewerkschaftsjugend wird ihren Weg gehen — mit Elan.

Karl-Hubert Reichel



Beschlüsse

Politische Fragen

Mindesturlaub

Die 6. Ordentliche Bundes-Jugendkonferenz des DGB fordert den Deutschen Bundestag auf, sich in der Urlaubs-gesetzgebung nicht länger den tarifvertraglichen Vereinbarungen zu verschließen und einen Mindesturlaub von 24 Arbeitstagen für alle Beschäftigten gesetzlich festzu-legen.

Todesstrafe

Die 6. Ordentliche Bundes-Jugendkonferenz des DGB lehnt die Todesstrafe ab. Sie wendet sich mit Entschiedenheit gegen alle Versuche, das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland zu verändern. Die Bundes-Jugendkonferenz bittet den Bundesvorstand des DGB, mit allen satzungsgemäßen Mitteln die Wieder-einführung der Todesstrafe zu verhindern.

Politische Justiz in der Bundesrepublik

Die 6. Ordentliche Bundes-Jugendkonferenz des DGB verfolgt mit großer Besorgnis die Entwicklung im Bereich der politischen Justiz in der Bundesrepublik und die Tätigkeit der Ermittlungsstellen sowie der Strafverfolgungs-behörden.

Während aufgrund der immer stärker werdenden öffent-lichen Kritik und teilweise auch aufgrund der ersten An-derungen des Strafgesetzbuches die Zahl der in politi-schen Strafsachen durchgeführten Strafprozesse zurück-geht, steigt die Zahl der politischen Ermittlungsverfahren weiter an.

Die Zahl der in politischen Strafsachen durchgeführten Ermittlungsverfahren wird bezeichnenderweise in den letzten Jahren nicht mehr veröffentlicht. Die Ermittlungs-verfahren führen nur selten zu Strafverfahren. Teilweise schleppen sich diese Ermittlungen ohne Rücksicht auf die Betroffenen über Jahre hinweg. Das Verhalten der Strafverfolgungsbehörden in den Ermittlungen gegen den Herausgeber und die Redakteure des SPIEGELS ist nur als ein in der Öffentlichkeit besonders bekannt geworde-ner Fall anzusehen.

Für die Arbeitnehmer führt in der Regel bereits die Ein-leitung eines Ermittlungsverfahrens zur Entlassung aus dem Betrieb. Es gibt Fälle, in denen auch bei Neuein-stellung in anderen Betrieben auf die Entlassung hin eingewirkt wurde.

Untersuchungen und Ermittlungsverfahren in politischen Strafsachen dienen heute häufig dazu, auf die Betroffenen Druck auszuüben und sie in einen Zustand der Rechts-unsicherheit zu versetzen.

Diese Praxis steht im Widerspruch zur rechtsstaatlichen Struktur des Grundgesetzes in dem in Artikel 3 veranker-ten Prinzip, daß niemand „wegen seines Geschlechts, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen“ benachteiligt oder be-vorzugt werden darf.

Die Bundes-Jugendkonferenz fordert die Innenminister und Justizminister des Bundes und der Länder dazu auf, alle Schritte zu unternehmen, den Mißbrauch der Mittel der politischen Strafjustiz zur Unterdrückung Andersden-kender unmöglich zu machen.

Spanien

Die Delegierten der 6. Bundes-Jugendkonferenz des DGB grüßen in solidarischer Verbundenheit die spanischen Arbeiter, die nach einem Vierteljahrhundert Franco-Dik-tatur mit neuer Kraft erfolgreich um freie Gewerkschaften und um Meinungsfreiheit kämpfen.

In den großen Streiks der vergangenen Jahre hat die junge Generation der spanischen Arbeiter trotz Unter-drückung und terroristischer Strafen die beste Tradition der freien spanischen Gewerkschaftsbewegung weiter-geführt.

Die Delegierten der Bundes-Jugendkonferenz unterstützen die spanischen Arbeitnehmer in ihrem Streben nach Wie-dererfassung der demokratischen Grundrechte. Sie appell-ieren an alle demokratischen Kräfte der Welt, die Er-richtung einer sozialen und demokratischen Staatsord-nung in Spanien zu fördern.

Die Bundes-Jugendkonferenz erklärt sich aufs neue mit Nachdruck gegen die Aufnahme Franco-Spaniens in in-ternationale Institutionen, insbesondere in die EWG und bedauert die Mitgliedschaft in der OECD.

Die Jugend des Deutschen Gewerkschaftsbundes unter-stützt den Kampf, den die noch in der Illegalität wirken-den freigewerkschaftlichen Gruppen um gewerkschaftliche und demokratische Rechte führen, ohne zu Mitteln ge-waltsamer Auseinandersetzungen greifen oder eine Neu-aufgabe des spanischen Bürgerkrieges bewirken zu wollen. Eine friedliche demokratische Lösung der spanischen Frage entspricht sowohl dem Interesse des spanischen Volkes als auch dem europäischen Interesse an einer fortschrittlichen sozialen Entwicklung in den europäischen Randstaaten.

Mit der demokratischen Arbeiterbewegung Spaniens for-dert die Bundes-Jugendkonferenz: die Wiedereinführung der Koalitionsfreiheit, freie und unabhängige Gewerkschaften, die Freilassung der politischen Gefangenen, Meinungs- und volle Pressefreiheit – auch in Spanien.

Herabsetzung des Wahlalters

Die Delegierten der Bundes-Jugendkonferenz bitten den DGB, beim Gesetzgeber darauf hinzuwirken, den Artikel 38 Abs. 2 GG dahingehend zu ändern, daß das Wahlalter auf 18 Jahre und die Wahlbarkeit auf 21 Jahre herab-gesetzt wird.

Durch die Gewährung des Wahlrechts ab dem 18. Lebens-jahr würde dem jungen Menschen schon eher die Mög-lichkeit gegeben, am staatsbürgerlichen Geschehen mit seinem politischen Willen teilzuhaben.

Die Mehrzahl der jungen Menschen wird bereits ab 18. Lebensjahr mit allen Konsequenzen und voller Verant-wortung in die Arbeitswelt eingegliedert. Ihnen obliegen die gleichen Pflichten wie ihren Mitmenschen, die bereits politisches Wahlrecht ausüben dürfen und somit auf das politische Geschehen Einfluß nehmen können. Hierbei ergeben sich erhebliche Nachteile, die sich insbesondere bei der Erfüllung der Wehrpflicht bemerkbar machen.

Es ist demnach ein Widerspruch, wenn der junge Mensch als Wehrpflichtiger bereits mit 18 Jahren einberufen werden kann und Entscheidungen von allergrößter Trag-weite verantworten muß, ihm aber andererseits wegen angeblicher Unreife das Wahlrecht nicht gegeben ist.

Begründung: Die Delegierten sind der Meinung, daß der junge Mensch, dem mit 18 Jahren auf Grund seiner Stellung in der Wirtschaft und in der Gesellschaft nicht weniger als dem sogenannten Erwachsenen abverlangt wird, an politischen Entscheidungen mitwirken muß.



Zum Auftakt Jazz & Lyrik

Abendkundgebung im ehemaligen KZ Dachau mit dem israelischen Botschafter



FOTOS: Hoffmann

Die Münchner

Es fängt nicht harmlos an. Eine junge Delegierte eröffnet die Diskus-sion zum Arbeitsbericht:

Göntgen (Postgewerkschaft): Ich muß den DGB-Bundesvorstand scharf kritisieren. Wir sprechen zwar viel vom Bildungsnotstand. Aber was tut er dagegen in den eigenen Reihen? Die freiwerdenden Stellen von Ju-gendsekretären werden nicht wieder be-setzt. Warum diese Reduzierung? Wovor hat der Bundesvorstand Angst? Ich möchte schließen mit dem Shakespeare-Wort: Es ist was faul im Staate Dänemark.

Hans Birkle (Postgewerkschaft) bemängelt, daß der DGB zuwenig für die Schulung der Personaljugendvertreter tut.

Waldemar Hirsch (Bundesjugendsekretär der Deutschen Postgewerkschaft): Sie hätten als Postler gute Gründe, wenn sie von einer wenig angenehmen Zusammenarbeit mit dem Bundesfamilienminister sprechen wür-den. Unsere Anfrage, ob Fahrten in ehema-lige Konzentrationslager bezuschußt wür-den, ist bis heute ohne Antwort geblieben. Der Herr Minister sollte sich weniger um faschistische Staaten kümmern – es gibt hier genug Probleme für ihn.

Hirsch kritisiert, daß der Minister „nur zu bereitwillig“ den Streichungen des Bundes-jugendplanes zugestimmt hat. Und auch er setzt sich kritisch mit den innergewerk-schaftlichen „Sparmaßnahmen“, mit der Re-duzierung der Jugendsekretäre, auseinan-der.

Warum hier der Rotstift? (Beifall)

Es ist kein guter Stil, wenn Günther Stephan mit dem Ukas in den Bundesjugendausschuß geschickt wird, diese Entwicklung mitzutei-len. Es gibt bessere Sparmöglichkeiten als bei der Jugendarbeit.

Er erinnert daran, daß der Jugendsekretär in vielen Jugendrängen die gewerkschaftlich organisierte Jugend repräsentiert und das eine wirksame Betreuung der Jugend, die Vermittlung von politischem Wissen nur möglich ist, wenn es entsprechende organi-satorische Voraussetzungen gibt.

Wir sind nicht die 5. Kolonne des DGB und wir verdienen es, ernst genommen zu wer-den. (Beifall)

Jochen Müller (IG Chemie) bemängelt, daß im Arbeitsbericht eine kritische Analyse der modernen Industriegesellschaft und der Ver-haltensweisen der Jugend fehle.

Karl Feuerstein (IG Metall): Im Geschäfts-bericht ist zwar aufgeführt, wieviele Veran-staltungen zum Antikriegstag am 1. Septem-ber durchgeführt wurden. Wenn ich es ket-zerisch sagen soll: Es fehlt, wieviele verhin-dert wurden.

In Mannheim planten wir in diesem Jahr einen Fackelzug. Beim Kreisvorstand des DGB hieß es, das verstoße gegen den Bun-desvorstands-Beschluß. Trotzdem beschloß der Kreisvorstand, den Fackelzug durchzu-führen.

Einen Tag später gab es eine Sondersitzung mit Eugen Loderer und Günther Stephan, der als Vollzugsbeamter dieses Beschlusses nach Mannheim kam, obwohl ich glaube, daß er persönlich anders denkt. Der Be-schluß wurde revidiert, und man einigte sich auf eine Saalveranstaltung.

Daraufhin beschlossen Gewerkschaftsfunk-tionäre aus den Betrieben und dem Ge-werkschaftshaus, als Personen zu einem Fak-elzug aufzurufen ...

Meine Meinung ist: Wir sollten auf dieser Konferenz einen ganz klaren Beschluß zum 1. September fassen, in dem gesagt wird, was wir wollen.

Der Bundesvorstandsbeschluß ist fragwür-dig, zumal in einer Zeit, wo ein grausamer Krieg neue Gefahren schafft.

Wenn der Bundesvorstand die gleiche Ak-tivität, die für das Abwürgen von Kundge-bungen aufgebracht wurde, für ihre Durch-führung verwandt hätte, dann wäre im Ge-schäftsbericht von etlicher Kundgebungen mehr die Rede gewesen. (Starker Beifall)

Hinrich Oetjen (Bundesjugendsekretär der IG Chemie) möchte mit einer positiven An-merkung beginnen: Er begrüße es, wenn im Arbeitsbericht der Bezug zum Münchner



Pausengespräch



Aufmerksam

Konferenz

Aus der Diskussion

Kongreß hergestellt werde; wenn in diesem Geist hier gearbeitet werde, dann sei das nur zu unterstützen.

Es fehlt eine Analyse der Lage der arbeitenden Jugend, die Aufschluß gebe über ihr Bewußtsein, über die Auswirkungen dieser Ordnung auf ihre geistige Haltung. Dringend nötig ist eine intensive, politische Bildungsarbeit, weil früher die gesellschaftlichen Gegensätze sichtbar waren und das politische Engagement der Jugend durch viele Faktoren erschwert wird.

(Vergleiche: Gert Lütgert „Unsere Gretchenfragen“ in Sonderbeilage elan zur IG-Metall-Jugendkonferenz, elan 6/65)

Oetjen verweist darauf, daß der Anteil der jungen Mitglieder bei der IG Chemie angestiegen ist, seitdem sie eine intensive Aufklärungsarbeit betreibt; während der Organisationsgrad bei den 15jährigen bei nur 30 Prozent liegt, erreicht er bei den 21jährigen ca. 70 Prozent.

Willi Baumann (Bundesjugendsekretär der IG Druck und Papier) setzt sich mit wiederholten Versuchen des Bundesvorstandes auseinander, „die Schere am ‚aufwärts‘ anzusetzen.“ Stets seien neue Argumente für die Einstellung gekommen. Im Moment sei Ruhe, aber diese Ruhe sei trügerisch. Seine Bitte an die Delegierten: Sorgt dafür, daß der anerkannt gute „aufwärts“ mehr Interesse findet.

Christian Götz (Bundesjugendsekretär der Gewerkschaft HBV) schlägt vor, Taugen für junge Wehrpflichtige bereits vor Dienstantritt und nicht erst hinterher durchzuführen. Die DGB-Jugend dürfte nicht in konformistisches Denken verfallen...

Zum Leidensweg des Berufsausbildungsgesetzes stellt Götz fest, die Bundesregierung habe hier eindeutig den Parlamentswillen mißachtet.

Wenn von uns eine Anpassung an konformistisches Denken verlangt wird, dann ist zu sagen, daß mit konformistischem Denken neue Wege nicht beschritten werden können. Ein solches Denken sollte auf dieser Konferenz ausgeklammert werden.

K. H. Lingen (Düsseldorf) setzt sich mit „gewissen Entpolitisierungstendenzen“ auseinander.

Als Beispiele nennt er die Reduzierung von Aktionen am 1. Sept. und die Beschneidung von Ostblockreisen.

Seine Frage: Wo gibt es darüber hinaus Veranstaltungen zu bestimmten Gedenktagen wie dem 30. Januar? Wo gibt es eine ausreichende Information über die Notstandsgesetze?

Auch die Schulungshefte seien mager geworden; neue Formen der Bildungsarbeit fänden innerhalb des DGB Widerstand, während eine Gewerkschaft mit gutem Schulungsmaterial ihre Unterlagen fast als Geheimsache ansieht.

Lothar Weck (IG Druck) Ein modernes Berufsausbildungsgesetz sei noch immer nicht Wirklichkeit. Fragt, wo die gewerkschaftlich organisierten Abgeordneten in dieser Frage geblieben seien?

Eder (Postgewerkschaft) bemängelt die Betreuung der Wehrpflichtigen. Man solle die eingezogenen Kollegen nicht nur zu gewerkschaftlichen und politischen Veranstaltungen einladen, sondern auch ins Elternhaus. Notwendig sei ferner eine Broschüre für die Ersatzdienstpflichtigen.

Man habe versucht, die DGB-Jugend in einen Raubtierkäfig zu sperren, wo man sie noch sehen und hören könne. Manchmal habe er den Eindruck, daß man sie unter einen Glassturz (Käseglocke) bringen wolle, wo man sie zwar noch sehen, aber nicht mehr hören könne.

Es ist schön, den Vorsitzenden (Ludwig Rosenberg) von der Jugend als Motor sprechen zu hören. Aber wenn die Jugend Motor sein solle, dann dürfe nicht gebremst werden.

Anmerkung: Dem Berichterstatter war es unmöglich, die Diskussion Wort für Wort wiederzugeben. Er mußte sich auf die wesentlichen Aussagen beschränken. Sorry. Das gilt auch für die interessante Diskussion über die Anträge und Entschlüsse.

Beschlüsse



Wem mit 18 Jahren die Wehrpflicht aufgebürdet wird, dem sollte man auch das Recht der Mitentscheidung bei Wahlen zugestehen.

Bundesjugendplan — Europäisches Jugendwerk

Die Delegierten der 6. Bundes-Jugendkonferenz des Deutschen Gewerkschaftsbundes bedauern, daß die Bundesregierung trotz der Ausweitung des Bundeshaushaltes auch im Jahre 1965 eine weitere Kürzung der Bundesjugendplanmittel vorgenommen hat und damit vor allem hinsichtlich der Betreuung der jungen Menschen weitere Einschränkungen eintreten müssen. Darüber hinaus stellen die Delegierten der 6. Bundes-Jugendkonferenz des Deutschen Gewerkschaftsbundes mit Sorge fest, daß das mit überwiegender Mehrheit gewünschte Europäische Jugendwerk seiner Verwirklichung bislang nicht nähergekommen ist, sondern nicht zuletzt durch die Form und Durchführung des Deutsch-Französischen Jugendwerkes ein Europäisches Jugendwerk weiter verhindert wird. Die Delegierten der 6. Bundes-Jugendkonferenz des Deutschen Gewerkschaftsbundes fordern deshalb die Bundesregierung und alle maßgeblichen politischen Kräfte auf, sich baldmöglichst für die Einrichtung eines Europäischen Jugendwerkes einzusetzen und dabei die berufstätige Jugend mehr als bisher zu berücksichtigen.

Rechtsradikale Gruppen

Der DGB-Bundesvorstand wird beauftragt, eine umfassende Untersuchung über rechtsradikale Gruppen in der Bundesrepublik unter besonderer Berücksichtigung ihrer Einflüsse auf die junge Generation durchzuführen und diese in geeigneter Weise zu publizieren.

Begründung: Über die rechtsradikalen Gruppen in der Bundesrepublik und ihre Einflußnahme in der Öffentlichkeit ist viel zu wenig bekannt. Um diesen Gruppen wirkungsvoll entgegenzutreten, ist es notwendig, über die vielfältigen Erscheinungsformen dieser Organisationen informiert zu sein.

Friedenspolitik

Die 6. Ordentliche Bundes-Jugendkonferenz des DGB wendet sich erneut gegen die atomare Gefahr und das atomare Wettrüsten in Ost und West. Sie fordert die Bundesregierung und die politischen Parteien erneut auf, eigene Abrüstungsinitiativen zu entwickeln und auf die atomare Ausrüstung der Bundeswehr endgültig zu verzichten.

Der in Erwägung gezogene Plan, an der Zonengrenze oder anderswo Sperrgürtel durch Atomminen zu errichten, darf nicht verwirklicht werden. Die militärische Vorbereitung auf einen Atomkrieg ist kein Mittel zur Verhinderung des Krieges und zum Überleben, sondern der Vorbereitung zum Selbstmord.

Die Ereignisse der letzten Jahre, die Kuba-Krise sowie der Krieg in Vietnam und zwischen Indien und Pakistan haben immer wieder die Gefahr einer allgemeinen Katastrophe heraufbeschworen. Der Frieden der Welt kann nur erhalten und die Gefahr atomarer Zerstörung nur dann gebannt werden, wenn alle Krisen und Spannungs-herde beseitigt und keine Atomwaffen mehr hergestellt, weitergegeben und benutzt werden.

Deshalb fordert die 6. Bundes-Jugendkonferenz des DGB die Vernichtung aller Kernwaffen in Ost und West, Vernichtung und Verbot aller Atomwaffen, allgemeine international kontrollierte Abrüstung, Aktivierung der Öffentlichkeit und verstärkte gewerkschaftliche Anstrengungen im Kampf gegen die atomare Gefahr. Sie begrüßt jede demokratische Initiative, welche die Öffentlichkeit auf die lebensbedrohliche weltpolitische Lage aufmerksam macht.

Der DGB hat auf seinem Kongreß in Hannover die Bundesregierung und die politischen Parteien aufgefordert, eigene Initiativen zur Abrüstung zu ergreifen und auf die atomare Bewaffnung der Bundeswehr zu verzichten. Darüber hinaus glauben wir weiter, daß es Zeit ist, daß sich jeder Bundesbürger an Aktionen demokratischer Bewegungen beteiligt. Die Delegierten sehen in der „Ostermarsch-Kampagne für Abrüstung“ eine Möglichkeit des wirkungsvollen Protestes.

1. September

Die Delegierten der 6. Bundes-Jugendkonferenz des DGB fordern angesichts der zunehmenden Kriegsgefahr in der Welt erneut alle örtlichen und regionalen Gremien der Gewerkschaftsjugend auf, jeweils am 1. September dem Tag des Ausbruchs des zweiten Weltkrieges, öffentliche Veranstaltungen gegen den Krieg und die Kriegsgefahr durchzuführen.

Die Delegierten fordern den DGB-Bundesvorstand auf, daran mitzuwirken und entgegenstehende Beschlüsse aufzuheben.

Initiativ-Entschlüsse B

Die größtenteils arbeitnehmerfeindliche Regierungserklärung des Bundeskanzlers Erhard bestätigt erneut die sozialreaktionäre Politik der Bundesregierung. Die deutsche Gewerkschaftsjugend verfolgt diese Entwicklung mit großer Besorgnis.

20 Jahre nach dem Zusammenbruch der nationalsozialistischen Tyrannei sind in unserer Gesellschaft wieder Voraussetzungen vorhanden, die erneut Formen autoritärer Herrschaft möglich machen.

Deutliche Anzeichen sind: Die Konzentration von Unternehmereigentum, und die damit verbundene Konzentration von wirtschaftlicher und politischer Macht in den Händen von wenigen, die zunehmende Zahl der wirtschaftlich Abhängigen ohne entscheidenden politischen und wirtschaftlichen Einfluß, die in weiten Bereichen unserer Gesellschaft vorhandenen Kräfte, die ihrer Herkunft und ihrer politischen Zielsetzung nach nicht demokratisch sind.

Als Beispiele für diese Entwicklung sind zu nennen: Justizminister Jäger, der die Todesstrafe fordert, das autoritäre Portugal verherrlicht und ein Freund des faschistischen Spaniens ist. Richter bis in die höchsten Stellen, die Mitarbeiter des NS-Regimes waren.

Ehemalige Nazis, die in vielen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens geduldet und gefördert werden. Sie sind in den Staatsorganen, die die demokratische Verfassung schützen sollen, die erfahrensten „Fachkräfte“ zur Aushöhlung der Demokratie.

Es ist in unserem Lande wieder möglich, Instinkte und Gefühle zu entwickeln, die schon einmal Deutschland und die Welt ins Unglück gestürzt haben. Viele politische Ansichten sind oftmals unbehaglich und werden häufig als „kommunistisch“ abgewertet.

Bezeichnend dafür sind:

die Diffamierungen der Intellektuellen auch durch den Bundeskanzler; die systematisch betriebene Verleumdung der Gewerkschaften und ihrer Repräsentanten; die Brandstiftung an Häusern von Publizisten; die Giftanschläge auf namhafte Kabarettisten; die Morddrohungen gegen evangelische Bischöfe; die Bücherverbrennung in Düsseldorf; die Hetze gegen ehemalige Emigranten und die Forderung nach handfester Zensur im Kunst- und Kulturbereich. Auf Grund dieser Situation wehren wir uns im Interesse der arbeitenden Jugend konsequent gegen jeden weiteren Abbau der Demokratie und setzen uns für eine neue, bessere Gesellschaftsordnung ein.

Vietnam-Konflikt

Die Delegierten der 6. Bundes-Jugendkonferenz wenden sich gegen jede militärische Aktion in Vietnam. Sie sind der Meinung, daß der Anspruch, die Freiheit zu verteidigen, in Frage gestellt werden muß, solange Regime unterstützt werden, die wesentliche demokratische Grundrechte verweigern. Die Delegierten fordern die Regierung der USA und Nordvietnam sowie die „Nationale Befreiungsfront Süd-Vietnams“ (Vietkong) auf, Verhandlungen mit dem Ziel aufzunehmen, in ganz Vietnam allgemeine, freie und geheime Wahlen unter internationaler Kontrolle abzuhalten. Die Bundesregierung der Bundesrepublik Deutschland wird aufgefordert, alle geeigneten Schritte zu unternehmen, um alle Beteiligten zu einer friedlichen Regelung des Vietnamkonflikts in diesem Sinne zu veranlassen. Die Bundesregierung fordert immer alle befreundeten Nationen auf, für das Selbstbestimmungsrecht aller Deutschen einzutreten. Wenn sie nicht unglaubwürdig werden will, muß sie sich auch für das Selbstbestimmungsrecht der Bevölkerung Vietnams einsetzen.

Gewerkschaftliche Jugendarbeit

Gewerkschaftliche Jugendarbeit

Entschließung zur gewerkschaftlichen Jugendarbeit. Die 6. Bundes-Jugendkonferenz des DGB bekennt sich nachdrücklich zu den im Grundsatzprogramm sowie im Antrag 320 des 6. Bundeskongresses niedergelegten Forderungen zur gewerkschaftlichen Jugendarbeit.

Eine demokratische und fortschrittliche Gesellschaft hat der Jugend wirksame erzieherische, ideelle und materielle Hilfe zu gewähren, die sie zur Übernahme sozialer Verantwortung befähigt. Sie ist verpflichtet, der Jugend den Raum in eigener Verantwortung zu geben, der ihr die demokratische Mitarbeit ermöglicht. Die Unterstützung der Jugend muß alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens umfassen.

(Auszug aus dem Grundsatzprogramm des DGB) Die Delegierten des 6. Bundeskongresses des DGB stellen fest, daß die gewerkschaftliche Jugendarbeit ein wesentlicher und integrierender Bestandteil der gesamten Gewerkschaftsbewegung ist, weil es zu ihrer bedeutsamen Aufgabe gehört, den jungen Arbeitnehmer zu einem aktiven, politisch bewußten und gesellschaftlich handelnden Staatsbürger zu erziehen.

(Auszug aus dem Antrag 320 des 6. DGB-Bundeskongresses 1962)

Unter Berücksichtigung dieser Grundsätze und aus der Erkenntnis, daß Jugendarbeit in einer sich wandelnden Welt auf die erforderlichen Notwendigkeiten hin überprüft werden muß, beschließt die 6. Bundes-Jugendkonferenz des DGB den Inhalt dieser Entschließung zusammen mit den „Leitsätzen für die gewerkschaftliche Jugendarbeit“ zur Grundlage der künftigen gewerkschaftlichen Jugendarbeit zu machen.

Die Gewerkschaftsjugend ist integrierender Teil der Gesamtorganisation. Die Situation der Jugendlichen und ihre besonderen Interessen sowie der Charakter einer anerkannten demokratischen Jugendorganisation erfordert eine spezielle gewerkschaftliche bzw. gewerkschaftspolitische Arbeit.

Die Mehrheit der Jugendlichen ist über ihre Situation in der Gesellschaft ungenügend aufgeklärt und weiß insbesondere wenig von der jüngeren Vergangenheit.

Deshalb paßt die heutige junge Generation sich früher und intensiver an die gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse an als ihre Vorgänger.

Dieser Zustand ist nur durch besondere politische Bildungsarbeit zu ändern.

Die gewerkschaftliche Jugendarbeit und vornehmlich die Betreuungs- und Bildungsarbeit haben entscheidende Auswirkungen auf das gewerkschaftliche und politische Engagement der jungen Arbeitnehmer. Ohne diese aufklärenden und gesellschaftspolitischen Maßnahmen würden die Jugendlichen der „Illusion einer heiteren Welt“ erliegen und in der Gesellschaft eine leicht verführbare Masse darstellen. Diese Jugend wäre in Gefahr, alles mitzumachen, was man von ihr verlangt. Das würde ihr nützlicher erscheinen, als sich durch eigene Gedanken „Schwierigkeiten“ zu machen.

Die Integration in die Gewerkschaften erfordert deshalb spezielle politische Bildungsmaßnahmen und einen Raum eigener Verantwortung, der ihr die demokratische Mitarbeit ermöglicht.

Dazu gehört auch das Recht, die politischen Vorstellungen der jungen Arbeitnehmer innerhalb der Gesamtorganisation vertreten und sich an der entsprechenden Willensbildung beteiligen zu können. Die Gewerkschaftsjugend kann nur dann ihren Status als anerkannter demokratischer Jugendverband wahren, wenn ihr dieser Raum eigener Verantwortung gewährt wird.

Die Schwerpunkte der Gewerkschaftsjugend sind dabei hauptsächlich:

1. Junge Arbeitnehmer für die gewerkschaftlichen Aufgaben zu interessieren, sie als Mitglieder und Mitarbeiter zu gewinnen. Dafür sind erforderlich: Personelle Voraussetzungen: Ausreichende Zahl von politisch und gewerkschaftlich ausgebildeten Jugendfunktionären in den Betrieben, Jugendgemeinschaften und gewerkschaftlichen Organen. Kontaktveranstaltungen: Jugendversammlungen verschiedener Art inner- und außerhalb der Betriebe. Veranstaltungen mit Jugendvertretern und Jugendgruppen. Werbemonate und Hauswerbeaktionen. Veranstaltungen mit Schulen. Berufsleistungsbewertungen. Lehrlingsaktionen.

Kleinigkeiten sind es mitunter, welche die Kritikfähigkeit und das Reaktionsvermögen einer Konferenz widerspiegeln. So etwa, als ein Präsidiumssprecher rügt, die meisten Initiativanträge hätten als ordentliche Anträge eingereicht werden können. Otmar Günther (Abteilung Jugend beim IGM-Vorstand) erhebt postwendend Einspruch: Das ist ein Eingriff in die Souveränität der Konferenz.

Die politische Reife und das Urteilsvermögen wird überzeugend belegt durch die exakte und kritische Diskussion zum Vortrag von Prof. Grosser (Paris), dessen Thesen man nicht sämtlich unbezogen akzeptierte. Bemerkenswert war die Zurückweisung illusionärer Auffassungen durch Hinrich Oetjen (Bundesjugendsekretär der IG Chemie): Für uns ist Demokratie keine Spielregel zur Machtausübung, sondern ein Prozeß zur Beteiligung aller an der Macht. Es sei falsch, sich mit der Zementierung der gesellschaftlichen Ordnung – wie sie im Verbotsurteil gegen die KPD enthalten ist – abzufinden.

Er halte es mit Adolf Arndt, der die Verfassung

1. als Siegel unter dem Befreiungsakt vom Faschismus und
2. als Waffenstillstandsabkommen rivalisierender gesellschaftlicher Kräfte bezeichnend habe.

Er betonte das Recht der Gewerkschaften, für gesellschaftlichen Fortschritt zu wirken. Und gut gezielt war auch die Frage Fred Habichts (Gewerkschaft Textil) nach dem Hintergrund von Erhards „Formierter Gesellschaft“, in der er eine Paarung von obrigkeitlichen und ständestaatlichen Vorstellungen sah – eine Frage, die beim Gast aus Paris leider nicht die rechte Antenne erreichte.

Und dann: Antragsdebatte.

Die folgenden Kostproben aus der Debatte können unmöglich die Vielfalt der Anregungen und Gedanken zeigen, die zu den un-

terschiedlichen Problemen geäußert wurden. Aber sie vermitteln wahrscheinlich doch einen kleinen Eindruck über den wachen Geist, der diese Debatte bestimmte.

Die erste ernsthafte Kontroverse entzündet sich, als Arno Kerlich (Bundesjugendsekretär IG Bau) gegen die hier formulierte Absicht spricht, „in den Beschluß zum Besuch von Gedenkstätten für die Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft, wie der Konzentrationslager Auschwitz und Birkenau, u. a. auch das ehemalige Konzentrationslager Buchenwald einzubeziehen.“

Er sei für – die vorher beschlossenen – Reisen in Ostblockländer, weil man sich dort frei bewegen könne.

Im Ulbricht-Regime ist das nicht gegeben... (Zwischenruf: Warst du denn schon da?) Er sei für Ablehnung dieses Antrages (Unruhe), man müsse an die Berliner Kollegen denken, die nicht mal nach Ostberlin könnten ...

Otmar Günther kontert, Kerlichs Aussage habe keinen Bezug zum Antrag. Es ist im Antrag nicht davon die Rede, zu Ulbricht zu fahren, sondern zu Gedenkstätten in ehemaligen Konzentrationslagern (Beifall). Der Antrag wird gegen 6 Stimmen bei 2 Enthaltungen angenommen.

Aus dem Hause Leber kam auch ein Initiativ-Antrag zur Notstandsgesetzgebung. Antragsteller Metternich plädierte für eine nach dem Leber-Verfahren „gereinigte“ Notstands-Haltung der DGB-Jugend – mit z. T. verwegenen Argumenten. Zum Beispiel diesem: Der Wahlkampf ist für oder gegen die Gasmaske geführt worden; die Gasmaske hat gesiegt. (Unruhe, Buh-Rufe)

Es werde so oder so zu den Notstandsgesetzen kommen, das lasse der Antrag 155 außer Acht. Im übrigen stehe die Entscheidung dem Parlament zu. Hier sei das letzte Wort zu sprechen.

Schweigend quittierte die Konferenz seinen Abtritt.



Dieter Kretschmar (IG Chemie) nannte die Metternich-Argumente fadenscheinig. Es gab keinen Wahlkampf pro oder kontra Gasmaske – wir sahen uns vielmehr einem Kartell der politischen Parteien gegenüber mit unserem Protest.

Wer die beschlossenen und in Vorbereitung befindlichen Notstandsgesetze kennt, muß zugeben, daß sie zur Militarisierung der Bundesrepublik führen.

Wenn es noch eines Beweises dafür bedurft hätte – die Notstandsübungen in Hessen haben ihn erbracht.

Deshalb heißt unsere konkrete Forderung: Einsatz aller zur Verfügung stehenden Mittel. Das Grundgesetz reicht aus, um evtl. Notständen zu begegnen. (Beifall)

Abstimmungsergebnis: Annahme des Antrages 156 mit überwältigender Mehrheit, gegen wenige Stimmen.

Volle Einmütigkeit gibt es über den Antrag der IG Chemie zur Mitbestimmung.

In der Diskussion dazu sagte Otmar Günther:

Das Vorgehen der Unternehmer in den letzten Wochen stellt den Versuch dar, den im Betrieb praktizierten Herr-im-Hause-Standpunkt auf die Gesellschaft zu übertragen. Das wird deutlich, wenn man im Industrie-Kurier liest, die Demokratisierung der Betriebe sei so unsinnig wie die der Schulen, Zuchthäuser und Kasernenhöfe. Hier demaskiert sich der Geist, der hinter den Angriffen auf die Forderung der Gewerkschaften nach erweiterter Mitbestimmung steht. Das Vorgehen der Unternehmer erinnert an die Vergangenheit, wo sie einem faschistischen Regime in den Sattel halfen. (Starker Beifall)

Der Delegierte Wagner (IG Metall Berlin) tritt ans Mikrofon, als die Initiativentschlie-

ßung B aufgerufen wird. Er erinnert an die Morddrohungen gegen Schriftsteller und Kabarettisten, an Schmähbriefe gegen Kirchenführer, zu denen die Entschließung Stellung nimmt und stellt dann fest:

Alte und neue Nazis blasen zum Sammeln. In dieser Situation möchte ich ein offenes Wort an die SPD richten. Diese Partei hat eigene, bittere Erfahrungen in unserer leidvollen Vergangenheit gemacht. Das sollte sie veranlassen, eine Position zu beziehen, daß unsere gefährdete Demokratie erhalten bleibt (Beifall)

Die SPD sollte sich auf ihre Rolle als Opposition besinnen (Stürmischer Beifall)

Sie muß Alarm schlagen, wenn die Reaktion der Demokratie an die Gurgel geht ...

Aber mir wird es bange, wenn ich manches aus dem Munde der Gemeinsamkeitsprediger höre. Er verweist auf Wehners Stellungnahme zur Denkschrift der EKD und stellt fest, einige sähen das Mitheulen mit den Wölfen als Politik an. Starker Beifall dankt ihm für seine offenen, kritischen Worte.

Jürgen Jöns, im Hause Leber Vorstandsmitglied für Jugend, „möchte eine Klarstellung“.

Wir haben kein Recht, der SPD von dieser Stelle aus Belehrungen zu erteilen. Wem die Politik der Partei nicht passe, der solle das innerhalb der Partei sagen.

Otmar Günther (Abteilung Jugend IGM) widerspricht energisch:

Wir haben zu jeder Zeit das Recht, zu allen Fragen unsere Meinung zu sagen. (Starker Beifall)

Dieses Recht lassen wir uns nicht nehmen. Es bleibt dabei: Die Gewerkschaften sind unabhängig. (Beifall) Wir haben einen klaren Standort, der aus den Beschlüssen, die wir hier in München gefaßt haben, spricht.

2. Die jugendlichen Mitglieder über ihren gesellschaftlichen Standort aufzuklären, an die Politik heranzuführen und zur politischen Mitarbeit zu befähigen. Dafür ist die Anwendung eines besonderen Stufenplanes für die Jugendbildungsarbeit notwendig, der nach neuesten pädagogischen und methodischen Erkenntnissen aufgebaut ist. Die politische Bildungsarbeit muß die Jugendlichen vom Betrieb und der Jugendgruppe her gewinnen und soll sie zum selbständigen politischen Denken führen. Sinnvoll ist ein mehrstufiges System, das von der Interessenweckung Informationsvermittlung zur Erkenntnis des eigenen gesellschaftlichen Standortes und zum politischen Handeln führt. Dabei müssen die Aufgaben zwischen DGB und Gewerkschaften koordiniert werden.

3. Aus dem Kreis der Mitglieder geeignete und interessierte Kolleginnen und Kollegen für die Funktionsarbeit zu befähigen und weiterzubilden. Diese Aufgabe kann vorwiegend in DGB-Seminaren, auf DGB-Landesbezirksebene und im Haus der Gewerkschaftsjugend durchgeführt werden. Dazu gehören auch Studienfahrten und Fahrten zu Gedenkstätten nationalsozialistischen Unrechts, internationale Kontakte und Erfahrungsaustausch.

4. Die sozial- und jugendpolitischen Forderungen der jungen Arbeitnehmer zu vertreten. Für Jugendliche sind spezielle jugend- und sozialpolitische Maßnahmen erforderlich. Die Gewerkschaftsjugend hat die Aufgabe, entsprechende Forderungen zu erarbeiten und sie innerhalb der Gesamtorganisation sowie gegenüber außenstehenden Institutionen wie Jugendringen, Jugendorganisationen und staatlichen Einrichtungen zu vertreten. Um die Basis der gewerkschaftlichen Forderungen im Interesse der gesamten Jugend zu verbreitern, muß versucht werden, eine Übereinstimmung in den Forderungen auf der Ebene der Jugendringe und Jugendorganisationen zu erreichen. Diese Aufgaben sind die Grundlage zur Verwirklichung gewerkschaftlicher Ziele und zur Wahrung der Interessen der Arbeitnehmer. Die Erfüllung dieser Aufgaben ist im Interesse einer in die Zukunft orientierten Gewerkschaftsbewegung und zur Förderung der Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland zu einem demokratischen und sozialen Rechtsstaat notwendig.

Politische Jugendbildungsarbeit des DGB

Die Delegierten der 6. Bundesjugendkonferenz fordern die Abteilung Jugend beim DGB-Bundesvorstand auf, unverzüglich Vorstellungen zur Jugendbildungsarbeit zu entwickeln. Dazu gehören:

1. Unter Zugrundelegung der in einzelnen Gewerkschaften gemachten Erfahrungen muß ein praktikables Mehrstuflensystem entwickelt werden;
2. zur Behandlung des Stoffes müssen qualifizierte Methoden angewandt werden;
3. das Haus der Gewerkschaftsjugend muß zu einem Institut für die politische Bildung für junge Arbeitnehmer ausgebaut werden und erhält hierzu technisch als auch personell die erforderlichen Mittel und Voraussetzungen.

Jugendsekretäre

Die Delegierten der 6. Bundesjugendkonferenz nehmen mit Empörung davon Kenntnis, daß freiwerdende Jugendsekretärstellen nicht wieder besetzt werden. Sie erinnern den DGB-Bundesvorstand an die von der 5. Bundesjugendkonferenz einstimmig angenommene Entschließung Z sowie an den einstimmig angenommenen Antrag Nr. 130. Der DGB-Bundesvorstand und der DGB-Bundesausschuß werden aufgefordert, soweit Beschlüsse gefaßt wurden, die gewerkschaftliche Jugendarbeit einzuengen oder abzubauen, diese rückgängig zu machen und alle Vorschläge die in dieser Richtung gemacht werden, abzulehnen. Der Bundesjugendausschuß wird beauftragt, der DGB-Bundeskonferenz entsprechende Anträge vorzulegen.

„Solidarität“ und „aufwärts“

Die Delegierten der 6. Ordentlichen Bundesjugendkonferenz fordern den DGB-Bundesvorstand auf, auf gar keinen Fall weitere Einschränkungen in Umfang und Auflagehöhe der DGB-Jugendzeitung „aufwärts“ und „Solidarität“ vorzunehmen. Entsprechende Beschlüsse die im Rahmen der Etatberatungen für das Jahr 1965 gefaßt wurden, sollten rückgängig gemacht werden. In Bezug auf die DGB-Jugend-Illustrierte „aufwärts“ sollten Möglichkeiten für eine Auflagenenerhöhung geprüft werden.

Begründung: Die „Solidarität“ ist eine wichtige Hilfe der gewerkschaftlichen Jugendarbeit. Der „aufwärts“ ist eine Jugend-Illustrierte, die sich durch inhaltliches Niveau und gute Aufmachung auszeichnet; sie spricht dadurch gerade auch unorganisierte Jugendliche an. Deshalb wird für eine Auflagenenerhöhung des „aufwärts“, für ein monatliches Erscheinen der „Solidarität“ sowie für einen gezielten Werbeeinsatz plädiert.

Betreuung der wehrpflichtigen Mitglieder

Die zur Bundeswehr einberufenen Mitglieder werden zwar mit ihren Pflichten, kaum aber mit ihren Rechten vertraut gemacht. Wir sind der Auffassung, daß es Aufgabe der Gewerkschaften und des DGB sein muß, ihre Mitglieder vor der Einberufung zum Wehrdienst auf ihre Rechte aufmerksam zu machen.

Außerdem ist es notwendig, daß der Kontakt der jungen Mitglieder während ihrer Wehrdienstzeit mit ihrer Gewerkschaft bestehen bleibt.

Daher sind folgende Maßnahmen dringend notwendig:

1. Beratung durch die DGB-Kreise in den Garnisonstädten.
2. Koordinierung der Betreuungsarbeit durch den DGB-BV.
3. Herausgabe von Informationen für die Mitglieder der Bundeswehr.
4. Zu prüfen, ob und in welcher Form Rechtsschutz gewährt werden kann.

Es sollte außerdem möglich gemacht werden, daß Vertreter des DGB und der Gewerkschaften Gelegenheit bekommen, im Rahmen des staatsbürgerlichen Unterrichts zu referieren.

Weiter halten wir es für dringend notwendig, in Garnisonstädten von seiten des DGB Beratungsstellen für unsere einberufenen Mitglieder einzurichten.

Jugendgefährdende Schriften

Die Produktion kriegsverherrlichender, kriegsverharmlosender und nazifreundlicher Schriften steigt in der Bundesrepublik ständig.



- Die Abteilung Jugend im DGB wird aufgefordert, sich bei der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften dafür einzusetzen, daß diese Erzeugnisse auf die Liste der jugendgefährdenden Schriften kommen.
- Da die Bundesprüfstelle jedoch nur tätig werden kann, wenn entsprechende Anträge vorliegen, werden die Mitarbeiter in der Gewerkschaftsjugend zur Mithilfe aufgefordert. Entsprechende Hefte und Bücher müssen zur Prüfung und Weitergabe an die Jugendämter gegeben werden.
- Die Aufklärungsarbeit innerhalb der Gewerkschaftsjugend über die Gefahren der genannten Schriften muß verstärkt werden.

Kriegsliteratur

Der DGB-Bundesvorstand wird von den Delegierten der Bundesjugendkonferenz aufgefordert, einen Gesetzentwurf auszuarbeiten, der die Verherrlichung des Krieges durch Schrift und Bild unter Strafe stellt. Dieser Gesetzentwurf ist allen im Bundestag vertretenen Parteien zuzuleiten.

Bildung Berufsausbildung

Berufsausbildungsgesetz

Mit Empörung haben die Delegierten der Bundes-Jugendkonferenz zur Kenntnis genommen, daß die Bundesregierung dem einstimmigen Beschluß vom 27. Juni 1962 des Deutschen Bundestages, einen Gesetzentwurf für ein einheitliches umfassendes Berufsausbildungsgesetz bis zum 1. Februar 1963 vorzulegen, nicht nachgekommen ist. Die Delegierten nehmen ebenfalls mit Bedauern zur Kenntnis, daß der Deutsche Bundestag die Ignorierung dieses einstimmigen Beschlusses durch die Bundesregierung nicht bemängelt hat.

Die Delegierten fordern darum von Bundestag und Bundesregierung unverzüglich die Verabschiedung eines solchen Gesetzes. Dieses Gesetz muß folgende wesentliche Punkte beinhalten:

1. Grundsätze der Berufsaufklärung und Berufsberatung;
2. Berufsforschung und Berücksichtigung ihrer Ergebnisse in der Berufsordnung;
3. Ausbildungsvoraussetzungen;
4. Berufsausbildung;
5. Berufweiterbildung und Berufsumschulung;
6. die Mitbestimmung.

Die Vorstellungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes zum Inhalt dieses einheitlichen Berufsausbildungsgesetzes und die Ziele einer gemeinsamen Politik der Berufsausbildung innerhalb der EWG müssen unbedingt berücksichtigt werden.

Bildungswesen

Die 6. Bundes-Jugendkonferenz des Deutschen Gewerkschaftsbundes begrüßt den Plan zur Neugestaltung des deutschen Bildungswesens, der bereits 1962 von der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft der Öffentlichkeit vorgelegt wurde. Wir bedauern es, daß die verantwortlichen Institutionen in der Bundesrepublik die dringend erforderlichen Schlußfolgerungen bisher daraus nicht gezogen und auf Grund der ungünstigen Bildungssituation in der Bundesrepublik die erforderlichen Maßnahmen nicht ergriffen haben. Wir fordern den DGB auf, mit allen Mitteln, vor allem auch in seiner Öffentlichkeitsarbeit, dahingehend zu wirken, daß die Grundgedanken dieses Planes in der Bundesrepublik verwirklicht werden.

Bildungsurlaub

Die Delegierten ersuchen den Bundestag und die Länderparlamente, einen zusätzlichen, bezahlten Bildungsurlaub für alle Arbeitnehmer gesetzlich zu verankern.

Bildungsurlaub

Die Delegierten der 6. Bundes-Jugendkonferenz begrüßen die Forderung eines jährlich bezahlten Bildungsurlaubs. Die Delegierten bitten die Industriegewerkschaften und Gewerkschaften, den im Aktionsprogramm zusätzlich geforderten Bildungsurlaub in neu abzuschließenden Tarifverträgen zu verankern.

Jugendsozialpolitik

Entschiebung zum Jugendarbeitsschutzgesetz

Das Jugendarbeitsschutzgesetz vom 9. August 1960 hat sich im wesentlichen bewährt.

Die Delegierten der 6. Bundes-Jugendkonferenz fordern, das Gesetz im Interesse der arbeitenden Jugend unter Berücksichtigung neuester Erkenntnisse zu novellieren. Der DGB-Bundesvorstand wird gebeten, den Bundestag und die Bundesregierung aufzufordern, bei dieser notwendigen Überarbeitung des Gesetzes die zu erwartende Empfehlung zur Vereinheitlichung des Jugendarbeitsschutzgesetzes für die Länder der europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zu berücksichtigen. Die Delegierten erwarten vor allem, daß folgende §§ geändert werden:

1. Der § 2 muß nach Auffassung der Delegierten dahingehend neu gefaßt werden, daß das Berufseintrittsalter grundsätzlich auf 15 Jahre ausgedehnt wird. Eine Ausdehnung des Berufseintrittsalters auf das 16. Lebensjahr muß im Hinblick auf die europäische Entwicklung unverzüglich angestrebt werden.
2. Die im § 9 für die Landwirtschaft vorgesehenen Ausnahmebestimmungen — Kinderarbeit — müssen beseitigt werden.
3. Für die im § 10 Abs. 1 festgelegte stufenmäßige Arbeitszeitregelung gibt es weder sachliche noch medizinische Gründe, insbesondere für die 44stündige Wochenarbeitszeit der 16- bis 18jährigen Jugendlichen. Die Arbeitszeit muß, um weiteren Entwicklungen auch auf internationaler Ebene gerecht zu werden, einheitlich auf 40 Stunden je Woche beschränkt sein. Nach den neuesten Untersuchungen ist durch die Herabsetzung der Arbeitszeit die Ausbildung nicht gefährdet.

Untersuchung über die Einhaltung des Jugendarbeitsschutzgesetzes

Die Delegierten der 6. Ordentlichen Bundes-Jugendkonferenz des DGB fordern die Vertreter des Deutschen Gewerkschaftsbundes in den Jugendarbeitsschutzausschüssen der Länder auf, festzustellen, inwieweit die Bestimmungen des Jugendarbeitsschutzgesetzes eingehalten werden.

Mittel für internationale Begegnungen

Die Delegierten der 6. Bundes-Jugendkonferenz haben mit Befremden von der Änderung der Richtlinien des 16. Bundesjugendplanes für die Förderung internationaler Begegnungen Kenntnis genommen. Die neuen Richtlinien geben allen Jugendverbänden mit bundeszentraler Organisation nicht mehr die Möglichkeit, für internationale Begegnungen Mittel aus den Jugendplänen der Länder zu erhalten. Bisher hatten alle Jugendverbände die Möglichkeit, die für sie günstigere Förderung entweder des Landes oder des Bundes in Anspruch zu nehmen. Die Neufassung der Richtlinien läßt diese Regelung nicht mehr zu. Die Delegierten der 6. Bundes-Jugendkonferenz sind der Auffassung, daß diese Änderung gegen das Gleichheitsprinzip verstößt. Es ist heute bereits zu übersehen, daß bei den betroffenen Jugendverbänden ein Rückgang der internationalen Arbeit eintreten wird, weil jetzt auch die örtlichen und regionalen Veranstaltungen aus Bundesjugendplanmitteln gefördert werden müssen. Die vorhandenen Mittel reichen hierfür nicht aus. In den Ländern dagegen können die kleinen Verbände die vorhandenen Mittel überhaupt nicht ausschöpfen. Die Delegierten der 6. Bundes-Jugendkonferenz fordern daher, daß entweder die Mittel erheblich aufgestockt oder die Richtlinien des Bundesjugendplanes die alte Fassung erhalten. Alle Jugendverbände sollen die gleiche Möglichkeit einer vollen Bezuschußung erhalten. Nur mit einer derartigen breiten Förderung ist eine positive Fortsetzung der bisherigen internationalen Arbeit gewährleistet.

Kündigungsschutz

Der DGB wird gebeten, endlich Sorge dafür zu tragen und über den Weg einer Novelle zu erreichen, daß die Jugendvertreter nach dem Betriebsverfassungsgesetz und Personalvertretungsgesetz den gleichen Kündigungsschutz genießen wie ihre Kolleginnen und Kollegen im Betriebs- und Personalrat. Ebenso ist in die Novelle einzubauen, das Recht der Jugendvertreter zur Teilnahme an allen Sitzungen des Betriebs- oder Personalrates sowie die Bildung von Jugendvertretern bei Stufenvertretungen.

Organisatorische Fragen

Tarifliche Gleichbehandlung junger Arbeitnehmer

Die Delegierten der Bundes-Jugendkonferenz fordern den DGB und die ihm angeschlossenen Gewerkschaften auf, alles in ihrer Macht Stehende zu unternehmen, um die gleiche arbeitsrechtliche Behandlung junger Arbeitnehmer durch Tarifverträge sicherzustellen, in-besondere die finanzielle Schlechterstellung abzuschaffen.

Begründung: Die bestehenden Bestimmungen, daß junge Arbeitnehmer bei gleicher Tätigkeit lediglich Prozentsätze des Volllohnes oder Gehalts erhalten, widersprechen gewerkschaftlicher Auffassung.

Reisen in Ostblockländer

Die Bundesjugendkonferenz des DGB begrüßt die bisher durchgeführten Reisen der Gewerkschaftsjugend und einzelner Industriegewerkschaften zu Stätten nationalsozialistischen Unrechts in Länder Osteuropas. Sie fordert vom Bundesvorstand, über die Gedenkstättenfahrten hinaus, in Zukunft Informationsfahrten nach Osteuropa zu genehmigen, die der Gewerkschaftsjugend die Möglichkeit des Kennenlernens der Lebens- und Arbeitsbedingungen in diesen Ländern schafft. Darüber hinaus erwartet die Bundes-Jugendkonferenz, daß der Bundesvorstand die Einladung junger Menschen aus diesen osteuropäischen Ländern in die Bundesrepublik ermöglicht, damit auch dieser Jugend Gelegenheit gegeben wird, die Lebens- und Arbeitsbedingungen in unserem Lande kennenzulernen.

Gedenkfahrten nach Auschwitz

Der DGB-Bundesvorstand wird gebeten, den Gewerkschaften nochmals zu empfehlen, Studienfahrten nach Auschwitz zu unterstützen.

Begründung: Die Studienfahrten sollen dazu beitragen, das deutsch-polnische Verhältnis zu verbessern. Auf der anderen Seite ist zu empfehlen, daß diese Stätten nicht nur im In-sondern auch im Ausland besucht werden.

Gedenkfahrten in ehemalige Konzentrationslager

Die 6. Ordentliche Bundes-Jugendkonferenz des DGB ersucht den Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes, in den Beschluß zum Besuch von Gedenkstätten für die Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft wie der Konzentrationslager Auschwitz und Birkenau, u. a. auch das ehemalige Konzentrationslager Buchenwald einzubeziehen.

Untersuchung über die gewerkschaftliche Jugendarbeit

Die 6. Bundes-Jugendkonferenz beauftragt die Abteilung Jugend, in Zusammenarbeit mit dem Bundes-Jugendausschuß eine Untersuchung über die gewerkschaftliche Jugendarbeit durchzuführen. Hierbei geht es vor allem um die Überprüfung des derzeitigen Inhaltes und der Methodik. Diese Untersuchung soll durch eine Kommission unter Hinzuziehung maßgebender Sozialwissenschaftler durch Analysen und Untersuchungen Methoden und Effektivität der Jugendarbeit kritisch prüfen. Konsequenz dieser Untersuchung muß sein, die sich daraus ergebenden Reformen in der gewerkschaftlichen Jugendarbeit durchzuführen. Der Bericht der Kommission sollte auf der 7. Bundes-Jugendkonferenz vorgetragen werden.

Politische Fragen

Konzentration der Massenkommunikationsmittel

Die Bundes-Jugendkonferenz wendet sich mit aller Entschiedenheit gegen die Machtkonzentration der Massenkommunikationsmittel in den Händen weniger. Die sich abzeichnende Konzentration der deutschen Presse und neuerdings auch das Illustriertenwesen beinhalten eine große Gefahr für die junge deutsche Demokratie. Die Bundes-Jugendkonferenz des DGB wendet sich ebenso entschieden gegen den Versuch der Besitzer der deutschen Presse, nunmehr auch noch das Fernsehen unter ihre Kontrolle zu bringen. Die Bundes-Jugendkonferenz erwartet von allen demokratischen Kräften entschiedene Gegenwehr gegen alle derartigen Versuche.

Notstandsgesetzgebung

Die Delegierten der 6. Bundes-Jugendkonferenz lehnen weiterhin jede Notstandsgesetzgebung ab. Sie sind der Meinung, daß unser Grundgesetz genügend Sicherungen für die Überwindung eines eventuellen Notstandes beinhaltet.

Die Vorlage des Rechtsausschusses des 4. Bundestages zur sogenannten Notstandsverfassung könnte, wenn sie Gesetzeskraft erlangt, in den Händen autoritärer Politiker gegen die Demokratie mißbraucht werden. Die Delegierten begrüßen deshalb die konsequente Haltung des DGB-Bundesvorstandes und des Bundesausschusses zur Notstandsgesetzgebung.

Sie fordern Bundesvorstand, Bundesausschuß und alle gewerkschaftlichen Gremien auf, zu aktuellen Anlässen (z. B. Beratung im Bundestag), auf Kundgebungen unseren ablehnenden Standpunkt in der Öffentlichkeit zu begründen und zu demonstrieren. Außerdem muß für eine genaue Beobachtung der Entwicklung, für eine ausführliche Information aller Gewerkschaftsmitglieder und für eine organisatorische Vorbereitung zum Einsatz aller uns zur Verfügung stehenden Mittel gesorgt werden.

Weiter fordern sie den DGB-Bundesvorstand und Bundesausschuß auf, erneut den gewerkschaftlichen Standpunkt mit allem Nachdruck gegenüber den politischen Parteien und den Bundestagsabgeordneten zu vertreten. Die Delegierten sind nach wie vor der Meinung, daß die Gewerkschaften aufgrund des Antrages 156 des 6. Ordentlichen Bundeskongresses zu jeder Zeit gehalten sind, gegen eine Gefährdung der demokratischen Grundrechte mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln zu kämpfen.

Entschiebung zur Dienstverpflichtung für Mädchen

Die Delegierten der 6. Bundes-Jugendkonferenz des Deutschen Gewerkschaftsbundes wenden sich mit Entschiedenheit gegen eine Dienstverpflichtung für Mädchen, wie sie von einflussreichen politischen Kräften angestrebt wird. Mit dieser Dienstverpflichtung sollen offensichtlich Personalfestbestände in den Sozialberufen abgedeckt werden, die dadurch aufgetreten sind, weil der Gesetzgeber bisher nicht für entsprechend attraktive und soziale Arbeitsbedingungen in diesen Berufen gesorgt hat. Die angestrebte Dienstpflicht für Mädchen kann in keiner Weise im Rahmen der Gleichberechtigung mit dem allgemeinen Wehrdienst für männliche Staatsbürger begründet oder gar verglichen werden.

Notstands-Übungen

Die Bundes-Jugendkonferenz des DGB ist empört darüber, daß das Bundesinnenministerium, während es gleichzeitig die Notstandsgesetze vorbereitet, den Bundesgrenzschutz nach dem Modell eines Ausnahmezustandes gegen streikende Arbeiter üben läßt.

Sie sieht darin einen weiteren Beweis, daß die Notstandsgesetze auch gegen das demokratische Selbstbestimmungsrecht der Arbeitnehmer und damit zur Aushöhlung der Demokratie geschaffen werden sollen. Diese Absicht läßt sich auch nicht dadurch mildern, daß man Abgeordnete und Gewerkschafter zu derartigen Übungen einladen will. Die Delegierten erwarten vom Bundesvorstand, daß kein Vertreter des DGB sich an diesen Übungen als Beobachter beteiligt.

Initiativ-Entschiebung A

Die Gewerkschaftsjugend hat aufgrund ihrer Haltung von Anfang an den Aufbau und die innere Entwicklung der Bundeswehr mit großer Aufmerksamkeit verfolgt. Sie muß leider mit Sorge feststellen — das gilt insbesondere für die letzten Jahre —, daß sich die Bundeswehr bis auf einige bescheidene positive Ansätze immer mehr von den ursprünglichen Grundsätzen der „inneren Führung“ wegentwickelt hat.

Dafür seien einige besondere schwerwiegende Beispiele genannt:

— Der „Nagold-Prozess“ und eine ganze Reihe von Schleiferprozessen haben bewiesen, daß in der Bundeswehr vielfach noch nach Methoden ausgebildet wird, die der Würde des Menschen in fataler Weise widerspricht.

— Zu Beginn der Wiederaufrüstung haben verantwortliche Politiker oft genug betont, daß sich die Bundeswehr bescheidener Zweckmäßigkeit befleißigen würde. Obwohl dieser Grundsatz anfänglich auch eingehalten wurde, gibt es heute wieder Truppenfahnen, „Traditionsecken“, Schützenschnüre usw.

Selbst wenn diese Äußerlichkeiten nach Auffassung des Verteidigungsministeriums für das „Zusammengehörigkeitsgefühl“ und die „Moral“ als erforderlich angesehen werden, so muß man ernsthafte Zweifel über den Wert und den Geist der Bundeswehr anmelden. Darüber hinaus wird damit bewiesen, daß die „innere Führung“ der Bundeswehr weitgehend ihre Ziele nicht erreicht hat.

— Es widerspricht auch dem Geist einer „Armee in der Demokratie“, daß man mit verschiedenen soldatischen Traditionsverbänden (z. B. mit dem Stahlhelm) sympathisiert.

— Ganz besonders verdeutlichen aber die Proteste des früheren Wehrbeauftragten, Vizeadmiral a. D. Heye, die kritische innere Entwicklung der Bundeswehr. Er stellte zusammenfassend fest, daß er zu Beginn seiner Amtstätigkeit gehofft hatte, die Entwicklung der Bundeswehr im Sinne der Grundsätze der „inneren Führung“ entscheidend beeinflussen zu können. Dies sei jedoch ein Wunschdenken geblieben, weil seine Einflußmöglichkeiten zunehmend beschnitten wurden. Trotz dieser alarmierenden Feststellung wurde in der Öffentlichkeit, insbesondere von verantwortlichen Politikern, nur über die Form der vom Wehrbeauftragten geäußerten Kritik diskutiert. Die Auseinandersetzung mit dem Inhalt der Kritik steht dagegen noch aus.

Die Delegierten der 6. Ordtl. DGB-Bundesjugendkonferenz erachten dieses Verhalten für alarmierend und sehen darin eine Abwertung und Mißachtung der verfassungsrechtlich garantierten Funktion des Wehrbeauftragten. Im Interesse der wehrpflichtigen Kollegen fordern deshalb die Delegierten die Öffentlichkeit und die Bundestagsfraktion auf, die innere Entwicklung der Bundeswehr noch kritischer als bisher zu verfolgen.

Bundestag und Bundesregierung werden aufgefordert, auf der Grundlage einer objektiven Analyse sicherzustellen, daß die Grundsätze der „inneren Führung“ voll zur Geltung kommen, denn schließlich geht es auch hier um die Verwirklichung unantastbarer demokratischer Prinzipien.

Bundeswehr

Die Gewerkschaftsjugend ist in ihren Grundsätzen verpflichtet, für das friedliche Zusammenleben der Völker einzutreten. Sie hat die Wiederbewaffnung Deutschlands und den Aufbau der Bundeswehr von Anfang an äußerst kritisch beurteilt. Die politische Entwicklung in der BRD im allgemeinen und in der Bundeswehr im besonderen, kann nicht dazu beitragen, diese kritische Haltung aufzugeben.

Es gilt zu verhindern:

daß die Armee der parlamentarisch demokratischen Kontrolle noch weiter als bisher entgleitet,

daß sich in der Bundeswehr die Mißachtung der Menschenwürde ausdehnen und behaupten kann,

daß die in der politischen Erziehung der Wehrpflichtigen vorhandenen demokratiefeindlichen Grundzüge weiter geduldet werden,

Wir rufen alle demokratischen Kräfte in der BRD auf, die Gewerkschaftsjugend bei diesen, für die Demokratie entscheidenden Forderungen zu unterstützen.

Wehrpflichtdauer

Der DGB und die ihm angeschlossenen Gewerkschaften werden beauftragt, allen Einfluß dahingehend geltend zu machen, die Dienstzeit der Wehrpflichtigen und Ersatzdienstpflichtigen auf 12 Monate herabzusetzen.

Verkürzung der Wehrdienstzeit

Die 6. ordentliche Bundes-Jugendkonferenz des DGB fordert den Bundesvorstand des DGB auf, sich bei den Fraktionen des Bundestages für eine Verkürzung der Dienstpflichtzeit bei der Bundeswehr und dem Zivilen Ersatzdienst von 18 auf 12 Monate einzusetzen. Die Bundesjugendkonferenz ist der Meinung, dieses wäre eine geeignete Maßnahme, die Genfer Abrüstungsbemühungen zu unterstützen. Darüber hinaus könnte damit eine Entwicklung eingeleitet werden, die uns dem Ziel der Abschaffung der Wehrpflicht ein großes Stück näher bringt.

Initiativ-Entschließung C

Zur wirtschaftspolitischen Lage

Die Delegierten der 6. Bundes-Jugendkonferenz des DGB stellen mit Befremden fest, daß Bundeskanzler Prof. Erhard in seiner Regierungserklärung völlig unzureichende wirtschaftspolitische Maßnahmen vorgeschlagen hat, um die rasante Preissteigerung und die damit verbundene Geldentwertung abzustoppen, um einer der Arbeitnehmer gerecht werdende Einkommens- und Vermögensbildung zu gewährleisten und um die politisch wirksam gewordene wirtschaftliche Machtkonzentration zu verhindern.

Die Bundesregierung hat seit 1950 durch ihre Steuer- und Wirtschaftspolitik die Besitzer großer Einkommen und Vermögen einseitig begünstigt und damit die Umverteilung des Volkseinkommens zugunsten der Arbeitnehmer unmöglich gemacht. Aus der Regierungserklärung vom 10. 11. 1965 wurde deutlich, daß die Bundesregierung die bisherige Wirtschaftspolitik zu Lasten der Arbeitnehmer und Verbraucher fortsetzen will.

Die in der Regierungserklärung angekündigten wirtschaftspolitischen Maßnahmen reichen keineswegs aus, um den neuen wirtschaftspolitischen Aufgaben gerecht zu werden, die sich aus der immer größer werdenden Verflechtung der fortschreitenden supranationalen Wirtschaftsintegration und der weltwirtschaftlichen Strukturveränderungen ergeben.

Zur Sicherung der Vollbeschäftigung und zur Gewährleistung einer volkswirtschaftlich vertretbaren Wachstumsrate unter Vermeidung einer Geldentwertung bedarf es einer grundlegenden Umgestaltung der Wirtschaftspolitik sowie eines vorausschauenden volkswirtschaftlichen Rahmenplanes, der für die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung verbindlich sein muß.

Mitbestimmung

Die Delegierten der DGB-Bundes-Jugendkonferenz fordern den DGB-Bundesvorstand und alle ihm angeschlossenen Industriegewerkschaften und Gewerkschaften auf, mit allen politischen und propagandistischen Mitteln die Mitbestimmung der Arbeitnehmerschaft der Verwirklichung näher zu bringen. Folgende Forderungen erachten sie hierbei für vordringlich:

- Die Ausdehnung der qualifizierten Mitbestimmung auf die gesamte Wirtschaft und die Ausweitung der Kontrollmöglichkeiten der Arbeitnehmervertreter in den Unternehmen;
- die Verbesserung der betrieblichen Mitbestimmungsrechte, nicht zuletzt durch die Beteiligung der Vertrauensleute in sozialen, arbeitsorganisatorischen und personellen Fragen;
- die Berücksichtigung des großen Sicherheitsinteresses der Arbeitnehmer durch Verbesserung des Kündigungsschutzes und durch Beteiligung an der technischen und organisatorischen Gestaltung ihrer Arbeitsplätze.
- die systematische Aus- und Fortbildung aller Arbeitnehmervertreter in den Mitbestimmungsorganen.

Sie fordern die Mitglieder der DGB-Gewerkschaften im Bundestag und in der Bundesregierung auf, ohne Rücksicht auf verschiedene Parteizugehörigkeit, in Verfolgung dieser vordringlichen Arbeitnehmerinteressen zusammenzuarbeiten.

Mitbestimmung

Die bisherige Wirtschafts- und Steuerpolitik der Regierungskoalition führte zu einer wirtschaftlichen Machtkonzentration, die nicht ohne Einfluß im politischen Bereich geblieben ist. Um diese gefährlichen Tendenzen zu unterbinden, fordern die Delegierten der Bundes-Jugendkonferenz eine gleichberechtigte Beteiligung der Arbeitnehmer an den Entscheidungen in allen Bereichen der Wirtschaft. Die Delegierten sind der Auffassung, daß eine demokratische Grundordnung erst dann möglich ist, wenn auch im wirtschaftlichen Bereich demokratische Prinzipien verwirklicht werden. Eine Mitbestimmung der Arbeitnehmer ist nur dann gewährleistet, wenn sie unmittelbar am Arbeitsplatz, im Betrieb, im Unternehmen, in nationalen und supranationalen Institutionen entscheidend mitwirken können.

Die Ausweitung der Mitbestimmung auf alle Bereiche der Wirtschaft ist daher die vordringliche Aufgabe zur Sicherung einer fortschrittlichen demokratischen Grundordnung.

Preispolitik

Die rasanten Preissteigerungen der letzten Jahre haben zu einer beachtlichen Minderung der Kaufkraft geführt und damit den Lebensstandard der Arbeitnehmer entscheidend beeinträchtigt. Die jüngsten Steigerungen der Verbraucherpreise haben u. a. ihre Ursache in dem übersteigerten Gewinnstreben sowie in der völlig unzulänglichen Wirtschafts- und Steuerpolitik der Bundesregierung.

Die Delegierten der Bundes-Jugendkonferenz fordern deshalb den Bundestag auf, durch eine langfristige wirtschaftliche Strukturpolitik die Tatenlosigkeit der Bundesregierung zu überwinden. Der DGB-Bundesvorstand wird gebeten, geeignete Vorschläge zur Stabilisierung der Wirtschaft und der Währung auszuarbeiten, und den Bundestagsfraktionen zu unterbreiten, damit geeignete parlamentarische Entscheidungen getroffen werden.

Eigentumsbildung der Arbeitnehmer

Die Delegierten bekräftigen erneut den Anspruch aller Arbeitnehmer an dem volkswirtschaftlichen Vermögenszuwachs mehr als bisher beteiligt zu werden. Die skandalös werdende einseitige Vermögensverteilung bedarf dringend einer Korrektur. Die Delegierten begrüßen deshalb alle Initiativen, die der Lösung dieser Frage näherkommen. Die bisher publizierten Vorschläge sowie die bereits praktizierten Methoden sind nicht allein geeignet, die Vermögensbildung grundlegend zu beeinflussen und zu verändern. Einige in dieser Hinsicht bereits getroffenen Regelungen lenken von der eigentlich notwendig gewordenen Einkommens- und Vermögensbildung ab. So wird das neue Gesetz zur Förderung der Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand (312.- DM-Gesetz) keineswegs diesem Anliegen gerecht. Eine Erhöhung des Anteils der Arbeitnehmer am Brutto sozialprodukt sowie eine grundlegende Änderung der Wirtschafts-, Steuer-, Finanz- und Preispolitik sind entscheidende Voraussetzungen, für die Arbeitnehmer eine günstigere Einkommens- und Vermögensverteilung zu erzielen.

Antisemitisches Gedankengut

Mit außerordentlichem Bedauern nehmen die Delegierten der 6. Bundes-Jugendkonferenz des DGB zur Kenntnis, daß sich auch heute noch Bürger unseres Staates antisemitischer Schmierereien bedienen, wenn ihnen persönliches Unbill widerfahren ist und sie ihrem Protest Ausdruck geben wollen.

Die Gewerkschaftsjugend ist bestürzt, daß es gerade Jugendliche waren, die als Täter entlarvt wurden. Von diesen Tätern distanziert sich die Gewerkschaftsjugend mit allem Nachdruck. Aber das allein soll nicht genügen, zeigt sich doch, daß es in unserem Staat noch zahlreiche Gruppen gibt, die antisemitisches Gedankengut an die Jugendlichen vermitteln. Leider scheinen auch viele Familien der unseligen Tradition zu folgen, in der Erziehung, mehr oder weniger bewußt, schon den Kindern antisemitische Vorurteile einzupflanzen. Diese Entwicklung ist für unsere jüdischen Mitbürger und auch für unsere junge Demokratie gefährlich. Deshalb ist es erforderlich, daß die Jugend mehr von den Feinden der Demokratie erfährt, die erneut den Völkerverhaß schüren. Der DGB wird daher aufgefordert, in seiner Bildungsarbeit nicht nur eine Aufklärung über die Gefahren des Kommunismus zu betreiben, sondern in stärkerem Maße als bisher ebenso über die Gefahren des Faschismus und den analogen nationalen Tendenzen, wie sie heute wieder zu finden sind, Aufklärung zu geben. Die Jugend muß erfahren, daß jeder Totalitarismus Feind der Demokratie ist.

„Aktion Saubere Leinwand“

Die Delegierten der 6. Bundes-Jugendkonferenz wenden sich entschieden gegen die unter der Bezeichnung „Aktion Saubere Leinwand“ bekanntgewordenen Bestrebungen, eine Filmzensur und darüber hinaus eine Zensur der Malerei, Literatur usw. einzuführen. Der DGB-Bundesvorstand wird aufgefordert, gegen derartige Bestrebungen vorzugehen. Die bestehenden Regelungen zum Schutze der Jugend genügen voll und ganz. Eine bewußte Einschränkung der Grundrechte durch ein allgemeines „Sittengesetz“ ist keineswegs nötig. Sie bedeutet eine Entmündigung des Staatsbürgers, an deren Ende der Obrigkeitsstaat steht. Es waren nicht Filme, Bücher und Zeitschriften, die die Weimarer Republik zerstörten und die Jugend in die Massengräber des zweiten Weltkrieges führten, sondern die Jungendstutzer und Sittenapostel des Dritten Reiches.

Mit dem Kampf gegen „Entartung“ und der Einschränkung der Grundrechte fing es an. Die Folgen sind bekannt. Wir sollten sie nie vergessen, wenn 20 Jahre danach wieder von Sittenverfall, Entartung und Jugendgefährdung die Rede ist.

Jugend in Mitteldeutschland

Die Delegierten der 6. Ordentlichen DGB-Bundes-Jugendkonferenz sehen eine zentrale Zielsetzung aller jugendpolitischen Bemühungen darin, ein völliges Auseinanderleben der Jugendlichen in den beiden Teilen Deutschlands zu verhindern.

Sie plädieren deshalb für eine ständige und objektive Information über die Situation der Jugend im anderen Teil Deutschlands. Das sollte verstärkt auch im Rahmen der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit und aller gewerkschaftlichen Publikationen geschehen.

Der DGB-Bundes-Jugendkongreß wird außerdem aufgefordert, unter Einbeziehung bisheriger Erfahrungen, zu prüfen, ob und ggf. welche Möglichkeiten es gibt, der völligen Isolierung der Jugend in Mitteldeutschland, besonders auch in bezug auf Informationen über die Jugendpolitik und Jugendverbandsarbeit in der Bundesrepublik, entgegenzuwirken.

Begründung:

Das uneingeschränkte Bekenntnis der Gewerkschaftsjugend zur Wiedervereinigung ist nur dann glaubhaft, wenn sie sich ständig mit der Situation der Jugend in Mitteldeutschland auseinandersetzt und ihre Jugendpolitik so konzipiert, daß ein völliges Auseinanderleben der Jugendlichen in beiden Teilen Deutschlands verhindert wird.

Die erste Voraussetzung dazu ist, daß man die Situation der Jugend in Mitteldeutschland genau kennt und neue Entwicklungen und Veränderungen sorgfältig beobachtet. Deshalb die Forderung nach einer ständigen objektiven Information.

Selbst vorbildliche Bemühungen dieser Art reichen aber nicht aus. Wir müssen mithelfen, die Isolierung der Jugend in Mitteldeutschland zu durchbrechen, um so zu verhindern, daß sie sich ein Bild über die Situation der

Jugend in der Bundesrepublik, insbesondere auch über die Jugendverbände und deren Politik, nur anhand der dort einheitlich ausgerichteten Massenkommunikationsmittel macht. Der DGB-Bundes-Jugendausschuß soll den Versuch unternehmen, praktische Vorschläge zur Durchbrechung dieser Isolierung zu erarbeiten.

Weltjugendfestspiele (Festival)

Die Delegierten der 6. Bundes-Jugendkonferenz des DGB fordern den DGB-Bundesvorstand auf, eine Beobachterdelegation zu den jeweiligen Weltjugendfestspielen (Festival) zu entsenden.

Darüber hinaus ist zu prüfen, ob die Möglichkeit besteht, durch einen Informationspavillon den interessierten Festivalteilnehmern die Gelegenheit zu eröffnen, sich über die Situation der Jugend in der Bundesrepublik zu informieren. Gegebenenfalls könnte eine derartige Einrichtung in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Bundesjugendring geschaffen werden.

Begründung:

Bei den Festivals in Wien und Helsinki hat sich die Entsendung einer gewerkschaftlichen Beobachter-Delegation als vorteilhaft erwiesen, weil die offizielle Berichterstattung häufig sehr widersprüchlich war.

Beide Beobachter-Delegationen haben übereinstimmend mit Beobachtern von anderen Jugendverbänden berichtet, daß das Bild der deutschen Jugend von der Delegation der DDR einseitig und unvollständig gezeichnet wurde. Hinzu kommt, daß bei einem Großteil der Festival-Besucher durchaus Interesse besteht, über die Verhältnisse in der Bundesrepublik etwas zu erfahren.

In Helsinki hatten die Vereinigten Staaten und die Schweiz Informations-Pavillons errichtet, die von zahlreichen Festival-Teilnehmern aufgesucht wurden.

Initiativ-Antrag Z

Die 6. Bundes-Jugendkonferenz des DGB ersucht den Bundesvorstand, alles zu unternehmen, um die Bundesregierung und den Bundestag zu veranlassen, die Härten und Mängel des Wiedergutmachungs-Gesetzes zu beseitigen.

Begründung:

Nachdem die moralische Berechtigung des deutschen Volkes um gleichwertige Aufnahme und Anerkennung in die internat. Völkerfamilie ihre stärkste Rechtfertigung in den Menschen findet, die das bessere Deutschland während des 3. Reiches verkörperten, ist es ein dringendes Gebot, daß man dem Kreis der Überlebenden Achtung und Anerkennung zollt, die der Größe ihres Opfers entsprechen.

Ein Teil dieser Anerkennung und Achtung findet seinen Ausdruck in der Wiedergutmachung. Das Abschlußgesetz zur Wiedergutmachung läßt aber viele gesundheitliche Schäden dieser Widerstandskämpfer, die sie als Spätfolgen durch mehrjährige Haft und Terror erlitten haben, unberücksichtigt. Wir fordern daher besonders, daß den Verfolgten des NS-Regimes das Altersruhegeld vom 60. Lebensjahr ab gewährt wird. Als Vertreter der jungen Generation fühlen wir uns verpflichtet, für die Anliegen dieser bewährten Minderheit einzutreten, da wir es nur ihnen zu verdanken haben, wenn wir als deutsche Menschen die Anerkennung der Völker wieder finden konnten.

Ostkontakte

Die Delegierten der Bundes-Jugendkonferenz des DGB unterstützen die Entsendung einer Studienkommission des DGB-Bundesvorstandes in die Sowjetunion zur Prüfung von Kontaktmöglichkeiten mit Ostblockstaaten. Sie begrüßen die erfolgreichen Initiativen des Vorsitzenden des OTV in diesem Zusammenhang. Die Gewerkschaftsjugend erwartet, in der Delegation des DGB-Bundesvorstandes vertreten zu sein.

Initiativ-Antrag — Nr. 16

Die 6. Bundes-Jugendkonferenz des DGB begrüßt das Memorandum der Evangelischen Kirche Deutschlands zur Lage der Vertriebenen. Die Delegierten sind der Auffassung, daß das Spiel mit den Gefühlen vertriebener Menschen, dessen sich einige radikale Verbandsfunktionäre schon aus Tradition befleißigen, ein Ende haben muß.

Die Delegierten der 6. Bundes-Jugendkonferenz des DGB stellen sich hinter die wesentlichen Tendenzen des Memorandums. Sie unterstützen die Bemühungen um eine faire und offene Diskussion, die sich auch um eine Aussöhnung mit den östlichen Nachbarn bemüht.

Sie begrüßen, daß sich die EKD nicht gescheut hat, das offen auszusprechen, was viele Politiker aller Parteien aus Sorge vor Repressalien durch Verbandsfunktionäre von Vertriebenenverbänden nicht offen auszusprechen wagen. Sie erklären sich mit der EKD in dieser Frage solidarisch.

Rassendiskriminierung

Die 6. Bundes-Jugendkonferenz stellt fest, daß in verschiedenen Ländern der Erde nach wie vor eine Politik der Rassendiskriminierung im Gegensatz zu den Menschenrechten steht. Die 6. Bundes-Jugendkonferenz appelliert an die internationale freie Gewerkschaftsbewegung, ihren Einfluß auf nationaler und auf internationaler Ebene zu nutzen, um jeder Art von Rassendiskriminierung mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten.

Darüber hinaus ruft die 6. Bundes-Jugendkonferenz alle demokratischen Kräfte in den Vereinigten Staaten auf, alle Schritte zu unterstützen, die zur Realisierung der Bürgerrechte in allen Staaten der USA führen.

Entschließung zur unbewältigten Vergangenheit

Die Delegierten der 6. Bundes-Jugendkonferenz des Deutschen Gewerkschaftsbundes begrüßen die diplomatische Anerkennung Israels.

Sie sind darüber hinaus der Meinung, daß diese Anerkennung nur ein Teil zur Bewältigung unserer Vergangenheit sein kann.

Sie verlangen deshalb energisch von der Bundesregierung und vom Deutschen Bundestag eine unbegrenzte Verlängerung der Verjährung für Nazi- und Gewaltverbrechen, so daß alle Schuldigen zur Rechenschaft gezogen werden können. Es ist den Delegierten der Bundesjugendkonferenz des DGB unverständlich, daß in der Bundesrepublik schon wieder SS-Traditionstreffen stattfinden können. Sie fordern deshalb bei weiteren SS-Treffen in Zusammenarbeit mit dem DGB und den ihm angeschlossenen Gewerkschaften sowie den demokratischen Jugendverbänden, geeignete Schritte zu deren Verhinderung einzuleiten.

Skandal ohne Ende: Dr. Fritz Arlt bekam einen neuen Posten. Wann bekommt Eichmann das Bundesverdienstkreuz?

Arlt kam wieder!

Die Affäre Arlt (elan Nr. 9, 10, 11/65) ist nicht zu Ende. Zwar teilte Ministerialdirigent Ludwig vom Bundesfamilienministerium am 21. Oktober mit, Herr Arlt habe als Unternehmensvertreter im Bundesjugendkuratorium „den zuständigen Minister um Entbindung von seiner Funktion gebeten“. Diesem „Wunsch“ wurde stattgegeben.

Frost zum gleichen Zeitpunkt jedoch wurde der frühere Gauamtsleiter des Rassenpolitischen Amtes Schlesien, der Verfasser rüder, antisemitischer Schriften, dessen Zusammenarbeit mit dem berühmten KZ-Arzt Clausberg dokumentarisch belegt ist, in das neubesetzte Kuratorium des Deutsch-Französischen Jugendwerks berufen. Als Vertreter der Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände. Das geht aus dem „Bulletin der Bundesregierung“ vom 20. November 1965 hervor.

elan fragt erneut:

- 1 Wie lange noch wird ein schwerbelasteter Nazidiener den Repräsentanten demokratischer Jugendverbände als Partner zugemutet?
- 2 Wer ist für die Berufung Dr. Arlts in das Kuratorium des Deutsch-Französischen Jugendwerks verantwortlich?
- 3 Trifft es zu, daß der Nachfolger des Dr. Arlt im Bundesjugendkuratorium, Dr. Jurschek, ebenso wie Arlt eine hohe Funktion bei der SS innehatte?

Unsere Meinung:

Sofortige Abberufung des Herrn Dr. Arlt aus allen öffentlichen Ämtern – eine andere Forderung kann es angesichts der gravierenden Beweise nicht geben. Darüber hinaus ist es ein Skandal, nicht nur der Jugend der Bundesrepublik, sondern gar der französischen Jugend einen intellektuellen Mitschuldigen an den Judenverfolgungen als Partner zu servieren

Abschluß mit jugendlichem Elan

Arbeitgebervertreter im Bundesjugendkuratorium trat zurück

DÜSSELDORF, im November
Am 22. Juni dieses Jahres war das Bundesjugendkuratorium zu seiner konstituierenden Sitzung und zur Entgegennahme der Urkunden zusammengetreten. Bei der ersten Arbeitssitzung am 21. und 22. Oktober gab Ministerialdirigent Ludwig beim Bundesminister für Familien- und Jugendfragen bekannt, daß der Vertreter der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Dr. Fritz Arlt, den zuständigen Minister um Entbindung von seiner Funktion gebeten hatte. Diesem Wunsch war, wie es hieß, stattgegeben worden.

Bei der linksorientierten Jugendzeitschrift „elan“ rief man sich die Hände und malte sicherlich befriedigt einen Abschlüß, denn den Rücktritt des Arbeitgebervertreters in diesem Gremium, das die

Bundesregierung in jugendpolitischen Fragen berät, buchte man in der Redaktion auf die Habenseite. Kaum war das Bundesjugendkuratorium bestellt und noch gar nicht zu einer Arbeitssitzung angetreten, da stellte „elan“ allerlei peinliche Fragen an Bundesminister Heck: So wollte man beispielsweise wissen, ob Arlt „Gauamtsleiter des Rassenpolitischen Amtes Schlesien“ in Breslau war, ob er weitere nazistische Schriften, unter anderen den „Volkspolitischen Informationsdienst“, herausgegeben hatte, ob er eine hohe Funktion bei der SS bekleidet hatte. In scharfer Formulierung stellte „elan“ als Überschrift die Frage: „Ein Globke im Bundesjugendkuratorium?“

Bei einigen Mitgliedern des Kuratoriums gingen die zitierten „elan“-Seiten als Fotokopien von Hand zu Hand, im Bundesministerium für Familien- und Jugendfragen schenken man Leser des linksorientierten Blattes zu sein. In einer späteren Ausgabe fragte die Zeitschrift schon dringlicher: „Wann geht Arlt?“ Gegenüber dem „Jugendinformationsdienst“ in Wiesbaden soll sich Dr. Arlt, der im Deutschen Industrieinstitut in Köln mit Bildungsfragen beschäftigt ist, geäußert haben, im „elan“ seien „bereits vor Jahren von zuständigen Stellen geklärte Fragen in wahrheitswidriger Form behandelt worden“. Bissig verglichen daraufhin die „elan“-Redakteure das Verhalten des Arbeitgebervertreters mit dem „Quätschen einer Ratte“. Das Blatt zitierte das zuständige Ministerium, das behauptet haben sollte, dort seien jene Ergebnisse „bislang nicht bekannt gewesen“.

Die Zeitschrift brachte dann Zitate aus den Arbeiten von Dr. Arlt während der Nazizeit. Aus einer Fotokopie aus dem Jahr 1938 ging hervor, daß der unter Beschuß stehende Arbeitgebervertreter im Bundesjugendkuratorium wirklich „Gauamtsleiter“ des Rassenpolitischen Amtes Schlesien gewesen war. Außerdem brachte „elan“ fotokopierte Auszüge aus den Aufträgen von Arlt sowie aus seiner Dissertation. Danach hatte er 1938 in einer Untersuchung veröffentlicht: „... für die gesamtbioologische Lage des Judentums in Deutschland ist dies ohne Belang: Die Politik des Führers, die sich die Reinigung des deutschen Volkskörpers von dem fremden Blute zum Ziele gestellt hat, verhindert ein Wiederaufleben der jüdischen Gemeinden durch Blutsaufreicherung aus Galizien. Man kann abschließend feststellen: Die genaue Betrachtung des Judentums einer Großstadt hat die Notwendigkeit unseres Kampfes gegen das in den deutschen Volkskörper eindringende Judentum erwiesen. Sie zeigt aber darüber hinaus noch mehr: daß dieser Kampf nach menschlichem Ermessen zum Ziele führt.“

Die Jugendzeitschrift brachte noch ähnliche Abschnitte als Fotokopien und erbot sich, wie es im Begleittext hieß, „gegen jedermann die Echtheit der Textproben nachzuweisen“. Sicherlich brauchte die Redaktion das nicht, denn bei der ersten Arbeitssitzung des Bundesjugendkuratoriums, in der unter anderem der Jugendbericht der Bundesregierung zur Diskussion stand, war der Kreis um einen Teilnehmer kleiner geworden. Arlt verbrachte die belästigende Sitzung an seinem Arbeitsplatz im Kölner Industrieinstitut, die Mitglieder des Jugendkuratoriums nahmen die Mitteilung von seinem Rücktritt ohne Kommentar entgegen.

Hans Dieter Baroth

Neubesetzung des Kuratoriums des Deutsch-Französischen Jugendwerks

Das Kuratorium des Deutsch-Französischen Jugendwerks hat nach der Neubestellung folgende Mitglieder:

1. Ministerialdirigent Philipp Ludwig, Bundesministerium für Familie und Jugend, Stellvertreter: Ministerialdirigent Rudolf von Schönfeld, Bundesministerium für Familie und Jugend; 2. Ministerialdirektor Dr. Dieter Sartorius, Auswärtiges Amt, Stellvertreter: Ministerialdirigent Karl-Kuno Overbeck, Auswärtiges Amt; 3. Ministerialdirigent Ludwig Clausberg, Arbeits- und Sozialministerium Nordrhein-Westfalen, Stellvertreter: Ministerialdirigent Althaus Arnold, Ministerium für Kultus, Unterricht und Volksbildung des Saarlandes; 4. Ministerialdirigent Hans Altken, Niedersächsisches Kultusministerium, Stellvertreter: Senatsdirektor Werner Müller, beim Senator für Jugend und Sport in Berlin; 5. Professor Helmut Becker, Pädagogische Hochschule Bonn, Stellvertreter: Helmut Becker, Pädagogische Hochschule Bonn; 6. Dr. Schenk, Deutsch-Französisches Institut in Ludwigshafen, Oberkirchenrat, Dr. Manfred Müller, führende Persönlichkeit in der evangelischen Jugendarbeit, Stellvertreter: Dr. Fritz Arlt, Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände; 7. Uwe Janssen, Vorsitzender des Verbandes Deutscher Studentenschaften, Stellvertreter: Klaus Polthoff, Bundesgeschäftsführer der Deutschen Jugenddemokraten; 8. Fraulein Resi König, Bundesführerin des Bundes der Deutschen Katholischen Jugend, Stellvertreter: Harry Neyat, Ring Deutscher Pfadfinderbünde — DPSG; 9. Helmut Naukirch, Vorsitzender des Deutschen Bundesjugendringes, Vorsitzender der Gewerkschaftsjugend — DGB, Stellvertreter: Fraulein Assessorin Nöldeke, Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband; 10. August Zeuner, Bürgermeister und Mitglied des Präsidiums des Deutschen Sportbundes, Stellvertreter: Dieter Buchholz, 1. Vorsitzender der Deutschen Sportjugend.



EISHOCKEY

Vom schnellsten Sport der Welt berichtet Werner Wolf.

Wenn man den Werbespruch eines bekannten Marken-Schnapses ein wenig abwandelt, trifft er haargenau auf eine Sportart zu: Für harte Männer — Eishockey. Es handelt sich in der Tat um die härteste (vom Rugby und American Football abgesehen) und zugleich schnellste Mannschaftssportart, die wir kennen, und beide Faktoren dürften ausschlaggebend dafür sein, daß sich das Eishockey solcher Beliebtheit erfreut.

Kampf um den Puck

Blitzschnell wechselnde Szenen, entschlossener und erlaubter körperlicher Einsatz, harte Zweikämpfe im Kampf um die kleine Hartgummischeibe — Puck genannt —, das alles prädestiniert das Spiel auf den schmalen Schlittschuhkufen geradezu dafür, als Magnet unter den Sportbegeisterten zu wirken.

Als Mutterland des Eishockey wird Kanada bezeichnet, da dort die günstigsten klimatischen Voraussetzungen bestanden, diese Sportart zu einem raschen Aufschwung zu führen. In einer Zeit, als Kunsteisbahnen noch unbekannt waren, konnte in dem langen kanadischen und nordamerikanischen Winter über Monate hinweg Eishockey gespielt werden. Bereits um die Jahrhundertwende kannte man in Kanada und dem Nor-

den der USA Berufsspieler-Mannschaften, die sich auch bis auf den heutigen Tag erhalten haben.

Das Bandyspiel

In Europa wurde zur gleichen Zeit mehr das Bandy gespielt, eine Abart des Eishockey, in dem ein kleiner Ball statt des Puck als Kampfobjekt benutzt wird. Erst mit der Entstehung von Kunsteisbahnen nahm die Entwicklung des Eishockeys auch im mittleren Europa einen stürmischen Aufschwung, da man nun nicht mehr auf die Gunst des Wetters angewiesen war.

Kanadisches Fiasko

Zwei Länder traten nach dem letzten Krieg immer stärker in Erscheinung und sorgten auch für eine neue Spielauffassung im Eishockey: Die Sowjetunion und die CSSR. Während die Kanadier die kraftvolle, mehr körperliche und deshalb rauhe Art bevorzugten, begeisterten die sowjetischen und tschechischen Eishockeyspieler durch ihre elegante, technisch ausgefeilte Spielweise, die heute — gepaart mit hervorragender Kondition und geschicktem Ausnutzen des erlaubten körperlichen Einsatzes — als vorbildlich und erfolgreich gilt.

Die Kanadier sind, das bekannten die führenden Männer im Eishockeysport dieses Landes vor allem nach der letzten Weltmeisterschaft im März dieses Jahres in Finnland neidlos, in ihrer Entwicklung stehengeblieben, und aus dieser Tatsache heraus werden auch die Mißerfolge bei den Olympischen Spielen oder Weltmeisterschaften verständlich. Kanada gewann 1952 zum letztenmal ein olympisches Eishockeyturnier und mußte der Sowjetunion oder Schweden auch bei Welttitelkämpfen häufig den ersten Platz überlassen.

Die Entwicklungsländer

Das internationale Eishockey teilt sich seit Jahren — sieht man von einigen ganz schwachen Ländern ab — in zwei Gruppen mit deutlichem Abstand: UdSSR, Kanada, CSSR und Schweden (vorübergehend auch USA) bilden die Spitze, dahinter folgen Finnland, die DDR, Norwegen, Polen, die Bundesrepublik, die Schweiz und Italien. Der Weltmeister oder Olympiasieger wurde stets unter den Mannschaften der Spitzengruppen ermittelt, keinem anderen Land gelang in den letzten Jahren der Einbruch in diese Phalanx „der großen Vier“.

Sportlich

Jetzt hat die Zone den „schwarzen Peter“, jubelte ein Teil unserer Presse nach der Aufhebung des Düsseldorfer Sportverbotes am 30. Oktober 1965 in Köln. Der Hauptausschuß des Deutschen Sportbundes (DSB) hatte sich in seiner Tagung endlich entschlossen, jenes unsinnige Dekret aufzuheben, mit dem am 16. Aug. 1961 die sportlichen Beziehungen zwischen den Fußballern, Leichtathleten oder Tischtennisspielern von „hüben und drüben“ jäh abgebrochen worden waren.

„Die Turn- und Sportvereine des Deutschen Sportbundes nehmen den Sportverkehr mit den Gemeinschaften des Deutschen Turn- und Sportbundes wieder auf“, lautet der entscheidende Satz des kurzen Beschlusses, mit dem grünes Licht für den gesamtdeutschen Sportverkehr gegeben wurde.

WER SPIELT

„SCHWARZER PETER“!

Wird zwischen den Sportorganisationen beider deutscher Staaten nur „Schwarzer Peter“ gespielt oder geht es darum, einen Zustand zu beenden, gegen den viele unserer Sportler und Vereinsfunktionäre Sturm gelaufen sind und der nie das Verständnis oder gar Wohlwollen ausländischer Sportsmänner gefunden hat? Die deutschen Sportler fragen nicht danach, wer den „Schwarzen Peter“ in der Tasche hat. Für sie geht es darum, endlich wieder Sport treiben zu dürfen. Taktisch-politische Überlegungen, von der Springer-Presse z. B. angestellt, sind für die Aktiven völlig nebensächlich. Sie haben den DSB-Beschluß begrüßt, und in vielen Vereinen macht man sich Gedanken, wie nach 50 Monaten Sportverbot die Kontakte wieder aufgenommen werden können, wie man Vergleichskämpfe in Gang bringen kann.

ERSTE BESUCHER

Daß die andere Seite, die DDR, offensichtlich bereit ist, den vom DSB zugeworfenen Ball aufzufangen und dabei auch die westberliner Sportler in die gesamtdeutschen Beziehungen einzuschließen, mag ein kleines Beispiel beweisen: Ein Vertreter des Fußballklubs Cottbus erschien persönlich bei Vorstandsmitgliedern des westberliner Regionalligavereins Wacker 04, um eine Einladung zu einer Begegnung am 17. November zu überbringen. Die Berliner konnten den Termin wegen ihrer Pokalverpflichtungen nicht akzeptieren, aber sie ließen erkennen, daß aufgeschoben nicht aufgehoben ist. Da es sich in diesem Falle um Fußballmannschaften oberer Klassen handelt, darf geschlossen werden, daß man in der DDR auch daran interessiert ist, Wettkämpfe auf höherer Ebene, also mit Spitzensportlern und führenden Vereinen und Mannschaften, abzuschließen. Ein solcher Vergleich wäre aus vielen Gründen zu begrüßen: Er würde ein Bild über den Leistungsstand in Ost und West vermitteln – der uns seit Jahren fehlt, sieht man von den Olympia-Ausscheidungen einmal ab –, und das Interesse der Sportbegeisterten an solchen Veranstaltungen wäre riesig.

Worauf es ankommt, ist, daß sich Ost und West nun der praktischen Seite, der Organisation des Sportverkehrs, zuwenden.

Der „Schwarze Peter“ kann getrost im Hamburger Springerhaus deponiert werden ...

Walter Stoll



Der Puck ist im Tor! Dieser Spieler der Tschechoslowakei nutzte nichts. Die DDR-Jetunion gewann klar und verdient 7:5.

Torhüter Konowalenko (UdSSR) gehört zu den besten Eishockey-Keepern der Welt. Aufmerksam und gut geschützt verfolgt er das Spiel.

Alle Fotos Horst Müller





Kanadier in Aktion. Jahrelang konnte den Nordamerikanern niemand das Wasser reichen. Jetzt sind sie schon mit einem zweiten Platz zufrieden. Hier im Spiel gegen die CSSR.

Tor! Olympiasieger!
Die Russen besiegten auch in Innsbruck die Kanadier erwartungsgemäß.

Von einem deutlich spürbaren Rückgang der Leistungen war in den vergangenen Jahren die Mannschaft der Bundesrepublik betroffen. Uneinigkeit in der Eishockey-Führung, mangelhafte Vorbereitung auf die Weltmeisterschaften und eine wenig glückliche Hand bei der Auswahl der Trainer haben zu einem Tiefstand geführt, der sich am deutlichsten bei den letzten Titelkämpfen in der Schweiz zeigte. Nachdem die Auswahl der Bundesrepublik das Qualifikationsspiel gegen Norwegen um die Teilnahme in der Gruppe A knapp verloren hatte — in dieser Gruppe wird der Weltmeister ermittelt —, mußte sie sich auch in der B-Gruppe nur mit dem dritten Platz hinter Polen und der Schweiz zufrieden geben, so daß sie auch im nächsten Jahre bei den Kämpfen in Jugoslawien in der Gruppe der Eishockey-„Entwicklungsländer“ spielen muß.

Bei uns: Wenig Zuversicht

Es sieht, nach dem bisherigen Verlauf der Saison zu urteilen, nicht danach aus, als ob unsere Vertretung aus ihrer bescheidenen Rolle im internationalen Eishockey endlich herauskäme. Noch ist keine Entscheidung darüber gefallen, wer die Nationalmannschaft in dieser Saison trainieren soll, von Lehrgängen für die zum Auswahl-Kader gehörenden Spieler oder den Nachwuchs ganz zu schweigen. Es fehlt einfach an der systematischen Arbeit, obwohl sich der größte Teil der besten Spieler im Gebiet Füssen — Bad Tölz — Risserssee, also auf verhältnismäßig kleinem Raum, konzentriert und damit die Lehrgangsarbeit erleichtert würde.

Doch von neuen Ideen oder Methoden des Trainings und der Vorbereitung ist nichts zu erkennen. Kein Wunder, daß die Bundesrepublik von dem Aufschwung, den das schnellste Spiel der Welt in vielen anderen Ländern in den letzten Jahren genommen hat, bislang „verschont“ geblieben ist.





motodrom

Der Bau des schon seit Ende 1961 gemeinschaftlich von Ernst Christ und Prof. Dr. Ing. Leins bis ins kleinste Detail geplanten und fixierten Motodroms, konnte im Frühjahr 1963 begonnen werden. Der Bund, das Land Baden-Württemberg, die Hockenheimring G. m. b. H. und zahlreiche KFZ-, Zubehör-, Reifen- und Mineralölfirmen haben die Finanzierung dieses Großprojektes endgültig ermöglicht.

IN EUROPA: EINZIGARTIG

Nach dem umfangreichen, weitflächigen Holzeinschlag, der Demontage der ehemaligen „Bosch“-Tribüne, sowie der Boxen am bisherigen Start- und Zielplatz des Hockenheim-Rings erfolgen die Tiefbau-Vermessungsarbeiten. Anschließend werden die Löss für die notwendige Bewegung von einer Million Kubikmeter Erdreich vergeben, wobei der Aushub für den 2 1/2 m versenkt liegenden Varianten-Kurs für die Aufschüttung der Stehplatz-Tribünen und der neuen Autobahn-Terrasse verwendet wurde.

Die neue, für ganz Europa einzigartige Vielzweck-Anlage, die nicht

nur Motor-, Rad- und Pferdesport-Veranstaltungen aller Art, außerdem industriellen Testen und Versuchsfahrten dienen wird, sondern auch Verkehrsübungs- und Schulungszwecken — durch ein System der Praxis nachgebildeter Anlagen einschließlich Steilstrecken, Gefällen, Gleisen, Signalen und Beschilderungen — entstand also gleichzeitig mit der neuen Autobahnstrecke Mannheim — Schwetzingen — Hockenheim — Wiesloch/Walldorf.

MOTODROM MIT 32 KOMBINATIONEN

In diese „Übereckverbindung“ zur Entlastung des seit langem überbeanspruchten Teilstücks Mannheim — Heidelberg, die 2 km südlich der heutigen Autobahn-Fin- und Ausfahrt Wiesloch/Walldorf durch ein „Kleeblatt“ wieder in die alte Strecke Heidelberg-Bruchsal eingeführt wird und später bis Heilbronn weitergebaut werden soll, mündet, genau hinter der künftigen Haupttribüne des „Motodroms“, ein weiteres Autobahn-Teilstück ein: Die Abzweigung von der Strecke Saarbrücken — Kaisers-

lautern bei Frankenthal, die ebenfalls den nach Süden, also nach Karlsruhe und Stuttgart führenden Verkehr unter Auslassung des Ballungszentrums bei Mannheim aufnehmen soll.

Kernpunkt des künftigen Grand-Prix-Kurses, der bei rund 6,8 km Rundenlänge nur noch im Uhrzeigersinn befahren wird, bildet das Motodrom mit 32 verschiedenen Kurs-Kombinationen, von denen außerdem gleichzeitig vier befahrbar sein werden.

Es ist mit der 600 m langen Zielgeraden sowohl von der Haupttribüne, als auch von den hochgelegenen, 100 000 Personen fassenden Terrassenstehtplätzen ebenso vollständig einzusehen, wie der 200 m lange Boxen-Trakt, das Fahrerlager mit einer „Warmlaufstrecke“, sowie das hiervon durch eine Hecke getrennt angelegte Industrielager.

SICHERHEIT DURCH FANGZÄUNE

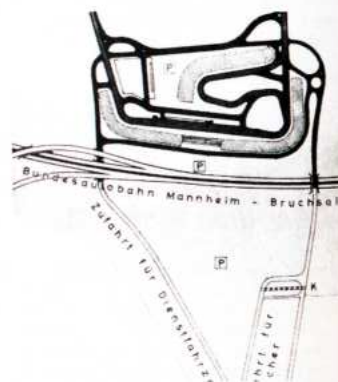
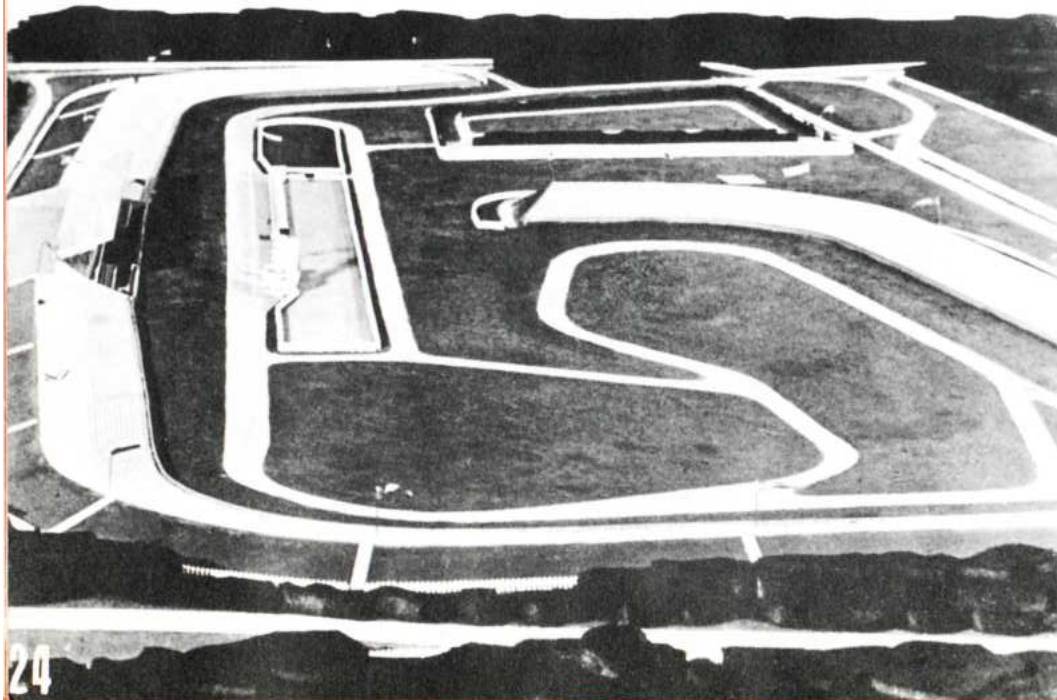
Natürlich erhielt das Motodrom außer zwei mehrstöckigen Zielrichtertürmen, in dem Renn- und Polizeileitung,

Zeitnahme, Streckensprecher, Pressechef, Telefonzentrale sowie ein Arzt- und Sanitätsraum untergebracht werden, die modernsten Sicherheitseinrichtungen. Beiderseits der Streckenführung wurden auf gleicher Höhe 10 m breite Grasflächen angelegt, an die sich leicht abfallende Sicherheitsstreifen anschließen. Diese werden an allen sogenannten „Abtriebsabschnitten“ durch elastische Stahlfangzäune eingegrenzt, während weitere fünf Meter dahinter Betonwälle für die absolute Trennung zwischen Akteuren und Zuschauern sorgen.

Die Haupttribüne erhält ein Restaurant, und im Raum der Boxen und des Fahrerlagers werden eine Tankstelle, ein Waschraum und eine Werkstätte mit Hebebühne ebenso wenig fehlen, wie verschleißbare Ersatzteillager. Die Zu- und Abfahrt zu den Verkehrsübungsanlagen und den riesigen Parkplätzen erfolgt auf drei vollkommen getrennten Straßen für die aus nördlicher, westlicher und südlicher Richtung kommenden Besucher, um auch bei Großveranstaltungen Stauungen unmöglich zu machen.

Alebü

hockenheim



Die endgültige Streckenführung, in das die beiden Hochgeschwindigkeitspisten mit der Ostkurve (links und rechts oben) einmünden. Grand-Prix-Kurs, grau gezeichnet.

Hier das Modell des MOTODROMS mit der gedeckten Haupttribüne (ganz links). Rechts davon der Zielrichterturm mit den sich anschließenden Boxen, den Stehtribünen und dem Fahrer- und Industrielager (oben im Karree).

FOTOS: Büttner/Rose

„Ich bin eigentlich keine Sängerin, sondern eine Politikerin. Ich würde nie im Leben wieder singen, wenn ich dadurch erreichen könnte, daß nur eine Woche lang in Vietnam nicht geschossen wird!“

JOAN BAEZ

Die Königin läuft barfuß oder trägt im Höchst-falle Holzsandalen. Make up ist ihr verhaßt. Und ihre ganze Garderobe ist gerade so umfangreich, daß sie in eine Hutschachtel hineinpaßt. Die Königin ist Joan Baez (bai-es). Sie ist die bekannteste, begabteste, beliebteste, aber auch bestgehaßte – auf jeden Fall aber erfolgreichste Folklore-Sängerin Amerikas. Joan Baez singt ihr Leben und lebt ihre Lieder. Sie singt die alten amerikanischen Volkslieder, die von Generation zu Generation weitergereicht wurden. Joan gab diesen Weisen ein neues Leben, eine neue Ausdruckskraft und zum Teil einen neuen Sinn.

Ihre Anliegen sind Gleichheit der Rassen, Freiheit – und Frieden! Sie scheut sich nicht, ganz nach diesen Vorsätzen zu leben. Joan ist wild und kompromißlos.

So brach sie einmal im tiefen Süden des US-Staates Texas mitten in einem Lied ab, griff das Mikrofon etwas fester und erklärte: „Ladies und Gentlemen, ich freue mich, in diesem Saal auch farbige Zuschauer sitzen zu sehen.“

Das Publikum war perplex. Hinterher erzählte Joan strahlend: „Sie alle klatschten Beifall. Ich war sehr glücklich.“

Joan Baez: Kompromißlos

Genauso wenig macht es ihr aus, im Beatnik-Aufzug an der Spitze einer Pazifisten-Kolonnie zu marschieren oder Plakate gegen die Atomrüstung zu kleben. Joan Baez ist mittlerweile zum Symbol für den Aufbruch der jungen Generation geworden. Die Stationen ihrer Friedensdemonstrationen: New York, Montgomery und Selma (Alabama), San

Francisco, London, Paris und Tokio. Sie ist dabei, wenn gegen die amerikanische Vietnampolitik protestiert wird. Sie scheut sich nicht, Präsident Johnson und Verteidigungsminister Mc Namara anzugreifen.

Ihr Lied „Think it over“ ist eine freundliche Empfehlung an Präsident Johnson, seine Vietnampolitik zu überprüfen. Doch Joan ist konsequent. Sie weigert sich schlichtweg, Steuern zu zahlen. „Mit meinem Geld wird der Krieg in Südvietsnam bezahlt. Und ich bin gegen das Töten und gegen den Krieg“, sagt sie.

Wahrscheinlich liegen die Gründe für ihren unbändigen Freiheitsdrang und ihre Feindschaft gegen jede Art von Konformismus in ihrer Kindheit. Joan Baez wurde am 9. Januar 1941 in Staten Island (USA) geboren. Beide Elternteile waren Einwanderer. Die Mutter, Tochter eines Priesters, kam aus Schottland. Ihr Vater, Mexikaner, ist ebenfalls Sohn eines Priesters. Vater Baez studierte Physik und ist heute USA-Berater bei der UNESCO in Paris.

Bomben: „Mit meinem Geld . . .“

Schon früh wurde Joan mit den Rassenunterschieden in Amerika konfrontiert. Selbst in dem 900-Seelen-Dorf Clarence Center im Staate New York wurde Joan wegen ihrer dunklen mexikanischen Hautfarbe von einem ihrer Nachbarn, als „Nigger“ bezeichnet. Als die Familie Baez nach Redlands (Kalifornien) umzog, mußte Joan in der Schule getrennt von den „Weißen“ spielen.

Ihre Liebe für Folklore entdeckte Joan in Boston. Vater Baez marschierte eines Abends mit Mimi und Joan, seinen beiden Töchtern, zu „Tullas Coffee Grinder“, wo einige Amateure Volkslieder zum Besten gaben. Joan war begeistert.

Vorbilder

Die Baez schloß sich einigen Beatnikgruppen an. Bis sie schließlich im Sommer 59 von einem anderen Volksänger zum ersten „Newport-Folk-Festival“, das inzwischen zur Folklore-Tradition geworden ist, eingeladen wurde. Ihre helle und klare Stimme überwältigte die mehr als 13 000 Zuhörer. Heute ist sie neben Odetta, Pete Seeger, Bob Dylan, Peter, Paul und Mary und Woodie Guthrie die bekannteste Folk-Sängerin. Joan wurde zum Vorbild vieler amerikanischer jugendlicher und Sängerinnen in aller Welt. Die Israelin Esther Ofarim ist eine ihrer Bewunderinnen, in deren Songs dies deutlich spürbar wird.

Joan Baez ist nicht für Halbheiten. Sie hält nicht viel von jenen Leuten, die meinen, durch Beatles- und noch längeren Mähnen sowie schwarzen, ungewaschenen Füßen bereits Gesellschaftskritik zu betreiben. Deshalb marschiert Joan an der Spitze des Demonstrationszuges. Nicht nur das Lied, das Aussehen, das Auftreten – die Tat ist entscheidend. Joan Baez, deren Vorbild Bob Dylan ist, wird geliebt und gehaßt. Ihr musikalisches Können wird jedoch auch von den größten Kritikern anerkannt. Das amerikanische Nachrichten-Magazin „Time“ schrieb: Ihre Stimme ist so klar wie die Luft im Herbst, ein vibrierender kraftvoller unerzogener aufwühlender Sopran.“



Foto: elan

WENN SIE MICH FRAGEN...

dann muß ich gestehen, daß mich schon bald nichts mehr überrascht — nur erschreckt. Da wird Feuer an das Haus von Günter Graß gelegt, da beschimpft man die Kabarettisten Kai und Lore Lorenz, bedroht sogar deren Kinder — und legt dem Ehepaar nahe, künftig unter Polizeischutz zu gastieren. Dann wird gesagt, nicht die oder die dürft ihr verdächtigen, das waren bestimmt diese bösen Kommunisten. Das ist am bequemsten, denen kann man legal alles in die Schuhe schieben, denn die sind in der Bundesrepublik sowieso verboten.

Die Bücherverbrennung in Düsseldorf kann man allerdings den bösen Kommunisten nicht in die Schuhe schieben, die am Feuer standen und zur Laute sangen, waren Christen — ich hätte es nicht vermutet, aber sie haben es selbst gesagt, sie fühlten sich von Graß und Kästner bedroht. Erich Kästner protestierte beim Düsseldorfer Oberbürgermeister, der aber nannte die Aktion einen „Dummenjungenstreik“, das Ordnungsamt der Stadt Düsseldorf hatte jedoch die Verbrennung genehmigt — alles muß in Deutschland seine Ordnung haben. Die 196 Delegierten des „Ver eins Christlicher Junger Männer“ sprachen von einem „bedauerlichen Fehlgriff“ und von einer Handlung aus „Notwehr“.

Eine Studentin fragte mich bei einem Round-Table-Gespräch in Bochum, warum denn alles in der Welt die Jugend keine Bücher verbrennen dürfe, sie verstehe nicht, warum das Ausland sich so darüber aufregt, laß doch die ollen Kamellen, warum muß man uns Jugend sofort mit den Sünden der Väter in Verbindung bringen. Das fragte sie allen Ernstes und vergaß dabei, daß das Ausland unsere Jugend niemals verantwortlich macht dafür, was die Väter gesündigt haben, verfielen diese Jugend nicht freiwillig in die Sünden der Väter. Und sie scheinen auch zu vergessen, daß damals unsere Väter unter Zwang schuldig wurden. Eine Studentin sieht sogar in der Bücherverbrennung ein legitimes Mittel demokratischer Willensäußerung. Und das erschreckt mich, daß viele Jugendlichen heute keine Kriterien mehr haben, daß sie sagen: Na, laßt doch diese Narren! 1923 schrieben in Deutschland auch viele Zeitungen über Hitlers Marsch zur Feldherrnhalle: Laßt sie doch gewähren, diese

Narren! Der Marsch zur Feldherrnhalle endete in Stalingrad und Auschwitz.

Der Rat der evangelischen Kirche von Deutschland arbeitete eine Denkschrift über die Oder-Neiße-Grenze aus, sie sollte zur Diskussion gestellt werden. Aber was tut man? Schimpfen. Die Sturmtrupps der Vertriebenenverbände wollen ja gar nicht diskutieren, weil ihnen nach 10 Minuten die sachlichen Argumente ausgehen, die Ewig-Gestrigen wollen nichts überdenken, wollen sich sachlichen Auseinandersetzungen nicht stellen, wollen nicht verhandeln, sondern nur fordern, weil in der Forderung ihre einzige Stärke liegt. Aber ich tröste mich damit, daß der Lauf der Geschichte und die politische Vernunft die Schreier um des Geschreis willen von selbst verstummen läßt. Ich glaube immer noch an die Vernunft. Einige mögen mich mitleidig belächeln, sollen sie es tun, aber wenn ich letztlich an die Vernunft glaube, dann heißt das nicht, daß ich schweige und alles auf mich zukommen lasse. Es gibt Erscheinungen, zu denen kann man einfach nicht schweigen. Es ist in Deutschland und durch Deutschland so viel passiert, durch Schweigen, daß Schweigen heute schon ein Verbrechen geworden ist. Man darf nicht schweigen zu inhumanen Erscheinungen, die eines Tages, ehe man sich versieht, zu beherrschenden Elementen im Staate werden könnten.

Ich bin weit davon entfernt, die Jugend schlechthin auf Grund verschiedener Vorfälle in einen Sack zu stecken und zu verdammen, wenn ich auch die Glorifizierung der Jugend nicht mitmache, sie neigt, insbesondere die akademische, den res.aurativen Tendenzen immer mehr zu; beunruhigend ist nur, weil diese Jugend am Anfang einer Zukunft steht. Die Ewig-Gestrigen werden weniger, die Jugend wird eines Tages in deren Sesseln sitzen — was dann?

In Bochum waren einige Jugendliche auf das Ausland böse, weil verschiedene Zeitungen in England, Schweden und Holland geschrieben hatten, wer Bücher verbrenne, der sei auch fähig, Menschen zu verbrennen. Die deutsche Geschichte bestätigt das. Natürlich werden sich die verschiedenen Christen von Düsseldorf heftig dagegen wehren, sie wären auch in der Lage, Menschen zu verbrennen.

Ich glaube ihnen das sogar, nur kann ich nicht verstehen, daß sie nicht verstehen, daß beide Verbrennungen,

1933 und die von Düsseldorf etwas Gemeinsames haben: Willkür und jegliches Fehlen von Toleranz. In Auschwitz wurden Menschen verbrannt, weil sie nicht der herrschenden Rasse angehörten, nicht den gleichen Glauben hatten, nicht deutsch waren und weil sie für den Bestand des NS-Staates eine Bedrohung waren. Die Nazis fühlten sich von den Juden bedroht.

Die verschiedenen Christen verbrannten am Rheinufer in Düsseldorf Bücher von Kästner, Graß und Camus, weil sie sich bedroht fühlten. Besteht da ein Unterschied? Christus hat keine Bücher verbrannt, trotzdem breitete sich die christliche Lehre über den ganzen Erdball aus — auch Christus fühlte sich bedroht, aber er hatte etwas, was die verschiedenen Christen in Düsseldorf nicht haben konnten: Glauben, Liebe, Hoffnung

Einige Verteidiger der Düsseldorfer Verbrennungsaktion sprechen von Irregeleiteten. Sind die Verteidiger vielleicht jene, die diese Jugendlichen irregeleitet haben?

In Bochum machten einige Jugendliche die Presse des Auslandes dafür verantwortlich, sie habe die Düsseldorfer Aktion zu einem weltbewegenden Ereignis aufgebauscht. Nun, dazu wäre zu sagen: Hätte man nicht — dann hätte man nicht! Andersherum gesagt: Es ist nun einmal in der Welt etwas Anderes — ob mir oder der Jugend das nun paßt oder nicht — wenn Deutsche Bücher verbrennen oder vielleicht ein paar Studenten in England ihren Osborne oder Beckett. Es liegt eben daran, wie man Demokratie versteht, und verbrennen ist undemokratisch. Demokratische Völker haben Vernunft und die sagt ihnen: Man kann immer nur Bücher verbrennen, nie den Geist, der aus diesen Büchern spricht; mit dem muß man sich auseinandersetzen. Dem kann man nur beikommen, hat man bessere, sachlichere und vernünftige Gegenargumente. Übrigens: Bücher verbrennen ist mehr als ein Akt der Intoleranz — es ist ganz einfach eine Dummheit. Auch wenn die katholische Kirche Galileis Bücher verbrannt hätte, trotzdem würde sich die Erde um die Sonne bewegen. Und den Jugendlichen, die sich darüber aufregen, daß in östlichen Ländern das und das Buch nicht gedruckt wird, weil es dem System gefährlich werden könnte und eine Bedrohung darin sehen, denen möchte ich sagen: Und ihr verbrennt die Bücher. Wo liegt da der Unterschied?

Sie schlagen sich mit ihren eigenen Methoden, weil ihre Methoden dumm sind. Auch Karl Marx zu verbrennen, wäre dumm, der Marxismus beherrscht heute die Hälfte der Menschheit, auch die Bibel zu verbrennen wäre dumm, das Christentum reicht um die ganze Welt. Wenn ich mich als Christ vom Marxismus bedroht fühle, kann ich dieser Bedrohung nicht entgehen, daß ich die Bücher von Marx und Lenin verbrenne, im Gegenteil, ich muß sie kennen, um mich schützen zu können, und dem Marxismus wäre nicht damit gedient, die Bibel zu verbrennen, er muß sie kennen, um sich mit dem Christentum auseinanderzusetzen zu können. Das nenne ich Vernunft, das nenne ich Klugheit.

Verbrennen tut ja auch nicht weh, solange es sich um Bücher handelt, im Gegenteil, es unterstützt nur die eigene geistige Trägheit, wärmt die eigene Faulheit, und läßt die Scheuklappen vor den Augen der Intoleranz weiter wachsen, auf daß man sich wohl fühle in der Gewißheit — hat man sich die Flugasche von den Händen geklopft — ein gut Teil beigetragen zu haben, das eigene Nest zu entmisten. Dinge gibts — die gibts gar nicht.

Aber Asche fliegt, und niemand weiß, ob nicht auch Glut unter der Asche ist, die irgendwo außerhalb Düsseldorfs niederfällt und ein neues Feuer entfacht. Wir Deutsche sind nun mal gebranntes Volk, deshalb reagieren wir auch so empfindlich, gebrannt von eben diesem Feuer, das in Düsseldorf loderte, an dem man fromme Lieder sang. Und wenn wir eine Parallele ziehen wollen zum 10. Mai 1933 — wo die eigentliche faschistische Willkür begann — andere tun es um so mehr, und wenn wir vergessen wollen, was Josef Goebbels damals auf dem Opernplatz in Berlin sagte —, andere vergessen es nicht. Und ich bin froh darüber, daß das Gedächtnis anderer wacher als das unsere ist.

Die verschiedenen Christen von Düsseldorf sollten einmal die „Moabiter Sonetten“ lesen, die der entschiedene Christ Albrecht Haushofer angesichts des Todes 1944 in seiner Zelle schrieb. Das ist auch eine, die sich mit Bücherverbrennungen befaßt, als Gleichnis sozusagen, wo ein Feldherr des Islam die große Bücherei in Alexandria verbrennen ließ. In den Schlusszeilen heißt es:

Der Name jenes Feldherrn ist vergessen, Homer und Plate, die sein Spruch gebannt, sind heute noch dem Erdenkreis bekannt.

„Süverkrüps politisches Lied,
an Tucholsky
und Brecht geschult,
mag garstig sein –
treffend ist es immer.“
DER SPIEGEL

Zeitkritische Chansons von
Dieter Süverkrüp

FRÖHLICH ISST DU WIENER SCHNITZEL

(30 cm Stereo, auch Mono ab-
spielbar, LP 33 1/3, DM 18,-)

„Diese Lieder,
von der Arbeiterbewegung
entscheidend beeinflusst,
propagieren
über den aktuellen Kampf
gegen Okkupation
und Unterdrückung hinaus
zugleich auch die Idee
der sozialen Freiheit.“
METALL

LIEDER DES EUROPÄISCHEN WIDERSTANDES GEGEN DEN FASCHISMUS

1933 – 1963
(30 cm, LP 33 1/3, DM 18,-)

Alle pläne-Platten erhalten Sie
in modern gestalteten Kasset-
ten mit umfangreichen, infor-
mierenden Textbeiträgen.

Auf pläne-Platten erschienen
u. a. bisher:

CARMINA URANA

Vier Gesänge gegen die Bombe
von Hanns Dieter Hüsch.
(17 cm, LP 33 1/3, DM 8,50)

I'M ON MAY WAY

Amerikanische Negerlieder, ge-
sungen von Perry Friedman.
(17 cm, LP 33 1/3, DM 8,50)

WIR WOLLEN DAZU WAS SAGEN

Neue Lieder gegen die Bombe.
(17 cm, LP 33 1/3, DM 8,50)



Verlag pläne
4 Düsseldorf
Kruppstraße 18

463 Bochum
Wittener
Straße 183

Die junge Zeitschrift einer mo-
dernen Anschauung auch in
der Bundesrepublik

MARKISTISCHE BLÄTTER

aus Frankfurt/Main.

In MARKISTISCHE BLÄTTER
schreiben für Sie Wissenschaft-
ler und Experten ihres Faches
aus der Bundesrepublik und
der DDR, aus Moskau, Paris,
Prag, London, New York und
Warschau...

Dabei sind MARKISTISCHE
BLÄTTER keine akademische
Zeitschrift. Jeder Mensch mit
kritischem und wachen Ver-
stand findet hier Anregung und
Orientierung.

Aus dem Inhalt der Nr. 6, Nov./
Dez. 1965:

ARBEITENDE JUGEND IN DER BUNDESREPUBLIK:

Karl Hubert Reichel: Die so-
ziale Lage und der Kampf
der Arbeiterjugend / Wilhelm
Schwettmann: Wie steht der
Staat zur Jugend? / Dr. Arno
Klönne: Zum Problem der ideo-
logischen Orientierung der Ju-
gend in der Bundesrepublik /
u. a.

Dr. Helmut Steiner: Aufstiegs-
chancen in der DDR / Roger
Loubet: Staatsmonopolistischer
Kapitalismus in Frankreich /
Dr. E. Schumacher: Brechts „Le-
ben des Galilei“ und die heu-
tige Naturwissenschaft / u. a.
Zweimonatlich DM 2,-

An MARKISTISCHE BLÄTTER,
6 Frankfurt/M., Kurfürstenstr. 8

senden Sie.....Probeexemplare.
Ich bestelle ab
MARKISTISCHE BLÄTTER:

Name

Vorname

Wohnort

Str./Nr.

Unterschrift

Bitte sehr

Einen Mini Transistor schenken wir Ihnen! Mit Kopf-
hörer und Tasche. Er ist 10 cm breit, 6,5 cm hoch und
2,5 cm tief.

Das ist genau das Richtige: Für drinnen und draußen,
für Beatfans und Omas.

Sie können ihn behalten oder verschenken oder auch,
falls Sie bereits einen Transistor besitzen, wegwerfen.
Was ist zu tun?

Nicht viel: Werben Sie fünf neue Leser, die für min-
destens ein Jahr e l a n bestellen.

Das ist alles.

Achten Sie bitte darauf, daß alle Vordrucke richtig
unterschrieben werden. Sonst sind sie ungültig. Leider.

Und noch ein Tip: Liest Ihr Freund oder Ihre Freundin,
lesen Ihre Arbeitskollegen oder Freunde in der Ju-
gendgruppe schon e l a n.

Versuchen Sie's. Viel Glück.

Bestellkarten erhalten Sie bei uns:
Redaktion e l a n, 46 Dortmund, Kuckelke 20,
Telefon: 57 20 10.

AUS UNSEREM VERLAGSPROGRAMM:

Gericht über Veit Stoß

von Leo Weismantel, DM 8,50

Wo Moskau weit im Westen liegt

von Georg Polikeit, DM 7,60

Auf einem anderen Stern

Gedichte von Arno K. Reinfank, DM 5,-

Bestellungen: Weltkreisverlags-GmbH., 6 Frankfurt/M., Robert-
Mayer-Straße 50, Telefon: 77 38 03.

elan Zeitung für internationale Jugendbegegnung

HERAUSGEBER: Pfarrer W. Heintzeler, Bernhard Jendrejewski, Arno K. Reinfank – VERLEGER: Karl Heinz Schröder, Werner Weismantel –
CHEF VOM DIENST: Karl-H. Reichel – Verantwortlicher REDAKTEUR: Rolf J. Priemer – REDAKTION: 46 Dortmund, Kuckelke 20, Tel. 57 20 10 –
ERSCHEINT in der Weltkreisverlags-GmbH., 6104 Jugenheim/Bergstr., Alsbacher Straße 65, Postscheck-Konto: Ffm. 20 32 90 – FRANKFURTER
BURO: 6 Frankfurt/M., Robert-Mayer-Straße 50 – DRUCK: U. J. Lahrssen, Hamburg – LESERBRIEFE: erwünscht – Namentlich gezeichnete Bei-
träge entsprechen nicht unbedingt der Meinung der Redaktion – Einzelpreis: 50 Pfennig – Jahres-Abonnement: DM 5,- + DM 2,- Zustellg.

clan stellt vor:

junge lyrik

CHRISTINE KAINRADL

DIE ANDEREN

Betrachten wir die,
deren Leben im Schatten stehen,
deren Augen gefüllt mit müdem Licht,
die manchmal nur bittend
ihre Hände heben,
um Gaben oder zum Zeichen,
daß sie noch leben.

Unbedeutend ist ihr Leben
und klein in den Augen
der Großen,
denen es gehört und
für die sie dienen.
Wenn sie einander
auf der Straße begegnen,
sehen die Herren durch
sie hindurch,
beachten sie nicht.

Wenn Kriege wüten,
oder Katastrophen,
Dunkles mit Hellem
sich verflucht,
sind wieder sie es,
die man ins Dunkle,
ins Tote stößt,
und ihre Gräber
sind riesengroß,
namenlos die Felder,
ohne Zahl.

Fragt man
wie sie heißen,
hört man ihren Namen
tausendfach sich ändern,
wie die Farbe ihrer Haut:
arm, nur, oder Neger,
blind, nur oder Jude,
heimatlos oder Arbeiter im Stein.

fotos: rose (3), alfermann (1),



H. R. HESS

HAND IN HAND

Gehn im lohnenden Licht
über schnitttreies Land
unter Wolken im Blau
zwischen wogendem Korn
helter dahin
Hand in Hand.

Hör, Sirenen
heulen auf!
Trugbild, das uns
hier umspielt:
Nah im Dschungel
dröhnt der Mord.
Friede ist nicht
jedem Volk.

Daß der lohnende Tod
nicht den Kindertaum löscht,
die Maschine nicht schmelzt,
unstre Lippen nicht sengt,
schreiten wir fest
Hand in Hand.



CHRISTINE KAINRADL

EIN SCHNEEMANN

Ein Schneemann stand auf einem Bein,
kling klang, kling klang, kling klang.
Wieso, deswegen kann er doch ein Schneemann sein

Die Augen schwarz mit Stift umrandet,
die kleinen Wangen rot bewandert,
Marihuana-Zigaretten liebte er sehr,
girls und whisky noch viel mehr,
nun ja, er war schon fast kein Schneemann mehr.

Dafür war er modern und hatte Schick,
gewiß, das war sein stärkster Trick,
leicht hysterisch als es wärmer ward,
doch auf sehr charmante Art.

PAUL H. SUKOWSKI

GEWISSE GLOBETROTTER

Sie trinken Gin und kleiden ihre Jüngsten
in Büstenschmittfrisuren und Blue jeans.
Sie fliegen nach Las Vegas über Pfingsten ...
jedoch: Sie interessiert nicht im geringsten
die Säuglingssterblichkeit in New Orleans.

Sie ziehn im Frühling eines jeden Jahres
(wenns sein muß, sogar mit der eignen Frau)
per Düsenklipper an den Manzanares,
denn so ein Stierkampf ist was wunderbares ...
doch frag sie nicht nach Julian Grimau.

Sie schwärmen von der Kochkunst der Chinesen:
„Gebäckne Haifischflossen, Currylamm.
Sie sind schon oft in „Butterfly“ gewesen ...
doch gähnen sie, sobald sie etwas lesen
vom Phosphorregen über Nordvietnam.

Sie möchten rasendern den Leopard hörn,
wie er bei Vollmond durch den Dschungel bricht,
worauf sie einen Großwildjäger chartern ...
doch wo Patrice Lumumba unter Marten
den Tod erlitt – das interessiert sie nicht.

Der Duft der weiten Welt hat viel Verehrt!
„Sie sehen nichts und müssen alles sehn ...“
Und dennoch: „Deutsch“ wie erstmals ihre Lehrer
ham' sie zuhaus – als simplen Briefbeschwerer –
ein kleines Stück vom ... Obersalzberg stehn.

